

13.14

GB

Geschäftsbericht

INDUSTRIE.ZUKUNFT

PERSPEKTIVEN

Nichteisen-Metalle
Ressource für die Gesellschaft

02 Gesellschaft

29

Eine moderne Industriegesellschaft braucht Partner und Akteure, die für Entwicklung sorgen. Die Nichteisen(NE)-Metallindustrie sucht die Balance zwischen wirtschaftlicher Leistung und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen. Unternehmen und Verbände sind offen für den aktiven Dialog mit der Gesellschaft. Die NE-Metallindustrie definiert sich als Teil der Gesellschaft. Der WVM-Geschäftsbericht spiegelt die Verantwortung der Grundstoffindustrie für das Industrieland Deutschland und informiert über die Leistungen der Branche als Problemlöser gesellschaftlicher Herausforderungen. Die Leser und Leserinnen finden Positionen und Botschaften der Industrie, die zur Diskussion und zum Dialog einladen.

30 Politik

83

Die WVM versteht sich als Politikberatung. Rohstoffe, Energie, Umwelt und Gesundheit, Steuer- und Handelspolitik, Europa- sowie Chemikalienpolitik stehen im Mittelpunkt der fachlichen Arbeit. Gesellschaftspolitische Entwicklungen und Themen werden aktiv aufgegriffen. Interessen und Anliegen des Industriezweiges und seiner Unternehmen werden transparent formuliert und klar artikuliert. Politik, Verwaltung und Wissenschaft sind unsere Dialogpartner. Als Netzwerker und in strategischen Allianzen arbeiten Verband und Unternehmen an der Zukunft eines führenden Industrielandes und einer modernen Gesellschaft. Der Jahresbericht präsentiert und erläutert die Positionen und Kompetenzen der WVM.

84 Konjunktur und Statistik

127

Die Metallindustrie zählt zu den industriellen Führungsbranchen in Deutschland und Europa. Nichteisen-Metalle bestimmen in vielfältiger Art die Lebenswelt einer modernen Industriegesellschaft: Eine große Zahl von Werkstoffen und Produkten, geschlossene Wertschöpfungsketten, eine große unternehmerische Vielfalt und die enge Vernetzung mit anderen Industriezweigen formen ein unverwechselbares Branchenbild. 660 Unternehmen mit über 109.000 Beschäftigten erwirtschafteten 2013 Umsätze in Höhe von über 45 Milliarden Euro. Der statistische Anhang öffnet den Blick in die ökonomische Struktur der deutschen NE-Metallindustrie, analysiert die Märkte und liefert Zahlen und Fakten zur aktuellen Lage der NE-Metallindustrie.

01

GESELLSCHAFT

Metalle für eine moderne Gesellschaft

02 – 29

Positionen zur gesellschaftlichen und politischen
Relevanz der NE-Metallindustrie

02 Editorial

Oliver Bell und Martin Kneer

04 Chancen für die Champions League sichern

Oliver Bell, Präsident der Wirtschaftsvereinigung Metalle und Vorstand von Norsk Hydro

12 Im Land der unterschiedlichen Sichtweisen und Geschwindigkeiten

Martin Kneer, Hauptgeschäftsführer der Wirtschaftsvereinigung Metalle

20 Das sichere Unternehmen

Michael Hochenrieder, Vorstand der HvS-Consulting, Garching bei München

26 Die deutsche Politik verjüngt sich

Wieland Kramer, freier Journalist



„Präsent in der Mitte der Gesellschaft.“

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

selten bis nie hat die Industrie in der jüngeren deutschen und europäischen Geschichte eine größere Zahl von Themen und Problemen bearbeitet als in den zurückliegenden achtzehn Monaten. Vieles, was als politisch gesichert oder akzeptiert galt, wurde neu hinterfragt oder zurückgenommen. Bei Energiewende, Arbeit und Rente, in der Finanzpolitik muss nachgearbeitet und korrigiert werden. Oft ist eine zusätzliche Belastung für die Industrie der einfachere Weg.

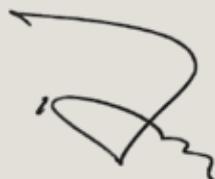
Die Gesellschaft bewegt sich nur mit kleinen Schritten auf die Industrie zu, weil es viel Zeit und Anstrengung erfordert zu verdeutlichen, dass Ökonomie und Technik keine Probleme, sondern Lösungen für unsere vielfältigen gesellschaftspolitischen Aufgaben liefern.

Die Wirtschaftsvereinigung Metalle hat alle persönlichen und institutionellen Ressourcen eingesetzt, um erkennbar Negatives abzuwenden und Positives zu befördern. Ein Teil der Anstrengungen könnte sich gelohnt haben. Die EU-Kommission hat das Wiedererstarben der europäischen Industrie ganz oben auf die Agenda gesetzt. Die Bundesregierung geht erste Schritte zur Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und zum Projekt der Energiewende.

Deutschland muss europäischer denken und handeln. Dies ist unser festes Credo. Unsere Erkenntnis wird gespeist aus den Erlebnissen und Erfahrungen der zurückliegenden Monate. Die kontroverse Anpassung des europäischen Beihilferahmens für den Energie- und Umweltsektor ist eine Mahnung zur Verbesserung der Kommunikation zwischen Brüssel und Berlin. Datensicherheit für Bürger und Unternehmen, äußere Sicherheit und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Industrie verlangen europäisches Denken und Handeln.

Die Wirtschaftsvereinigung Metalle zeigt Präsenz – vor, während und nach den politischen Entscheidungsprozessen. Meinung und Expertise des Verbandes sind Teil der politischen Kommunikation in Berlin und Brüssel – auf allen Ebenen und in jeder politischen Couleur.

Der jährliche Geschäftsbericht ist Anlass, Reflektion und Analyse zu betreiben sowie über die Zukunft nachzudenken. Unser Anspruch war es erneut, Bilanz und Ausblick in einem lesenswerten Heft zusammenzubinden. Wir übergeben Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, unseren Geschäftsbericht zur Lektüre und als Impuls, mit uns weiter im Gespräch zu sein.



Oliver Bell
Präsident



Martin Kneer
Hauptgeschäftsführer

Chancen für die Champions League sichern

Reindustrialisierung und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft in Deutschland und Europa

von Oliver Bell, Präsident der Wirtschaftsvereinigung Metalle und Vorstand Norsk Hydro

Jedes Ballspiel hat mindestens zwei Spielzeiten, kurze Spielpausen und Seitenwechsel. Zuschauer empfinden Spielpausen oft als Unterbrechung ihrer emotionalen Anspannung. Die Akteure auf dem Spielfeld verbinden mit Spielpause und Seitenwechsel die Möglichkeit einer kurzen Erholung und der Chancengleichheit.

Ich genieße das kurze Ritual des Neuanstoßes beim Fußball in besonderer Weise: Wenn der Fuß des Spielers für wenige Sekunden auf dem ruhenden Ball liegt, scheint die Welt einen Moment still zu stehen. Der aktuelle Spielstand ist unwichtig, die körperlichen Anstrengungen der ersten Halbzeit vergessen. Die zweite

Spielhälfte bietet Chancen und Möglichkeiten, den Rückstand aufzuholen oder den Vorsprung auszubauen.

Analogien zwischen Sport und Lebenswirklichkeit im Allgemeinen, zwischen Fußball und Wirtschaft im Besonderen, sind beliebt und nicht selten etwas konstruiert. Doch die Reflexion über das Ritual des Seitenwechsels und des Neuanstoßes ist nicht trivial. Der englische Sprachraum hat diesem Grundgefühl der Fairness und der Chancengerechtigkeit einen treffsicheren sprachlichen Ausdruck gegeben: Das level playing field. Im Deutschen tun wir uns schwer mit einem adäquaten Begriff, vielleicht auch, weil vie-

le Menschen das lebenswichtige Gut der Wettbewerbsfähigkeit und der Fairness im ökonomischen Leben nicht mehr als prioritäres Ziel einstufen.

Analogien zum Ballspiel können sogar philosophische Tiefe haben. Auf die Frage, was den Menschen zum Menschen mache, antwortete der Göttinger Philosoph und Physikprofessor Georg Christoph Lichtenberg tiefgründig: „Das Vermögen, Ball zu spielen“. Fast zwangsläufig formt sich aus den Aspekten Spielen, Denken und Arbeiten ein Zieledreieck für die individuelle und kollektive Lebensplanung mit den Substantivierungen Kreativität, Organisation und Produktion.



In der Europäischen Union werden pro Tag Industriegüter im Wert von 1 Milliarde Euro produziert. Die griffige Zahl ist imposant und hat zwei Implikationen: Europa zählt zu den wertschöpfungsintensivsten Regionen der Erde. Die Industrie ist Basis und Motor unseres Wohlstands. Die Finanz-, Wirtschafts- und Schuldenkrise in Europa hat die Wahrnehmung der Industrie in Politik und Öffentlichkeit verändert. Immer weniger Politiker bewerten die Bedeutung der gewerblichen Wirtschaft unzureichend und stimmen Maßnahmen zur Stärkung der Industrie nicht zu. Da der Meinungswandel in der breiten Öffentlichkeit träge verläuft, scheuen sich viele Politiker, aktive Industriepolitik zu betreiben.

EUROPA SUCHT DEN WACHSTUMSPFAD

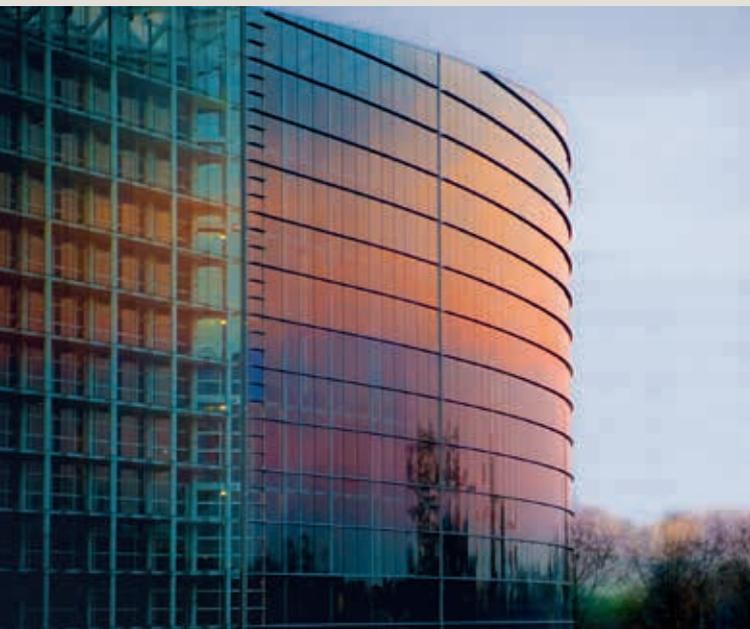
Doch es wird ökonomisch schwieriger, Produktion und Wertschöpfung auf hohem Niveau zu halten oder zu steigern. Angesichts des Verlustes von 3,5 Millionen industriellen Arbeitsplätzen seit 2008, der anhaltenden ökonomischen Krise im südlichen Euro-Raum und einer zunehmenden Kritik an der nachlassenden Wettbewerbsfähigkeit und Innovationkraft Europas wächst die Zahl der Rufe nach einer industriepolitischen Stabilisierung. Der Anteil der Industrie an der gesamten Wirtschaftsleistung der Union ist 2013 auf eine Marke knapp oberhalb von 15 Prozent abgesunken. Das ist zu wenig für einen führenden Wirtschaftsraum und für eine moderne Gesellschaft.

EU MIT KLARER ANALYSE ZU NEUEN WACHSTUMSZIELEN

Die EU-Kommission hatte 2010 eine Entwicklungsstrategie für Europa vorgelegt, die stark auf ein heterogen zusammengesetztes Modell qualitativer Wachstumsziele setzte. Anfang 2014 legte sie nach: Der programmatisch starke Titel ihrer neuen Mitteilung „Für ein Wiedererstarken der europäischen Industrie“ überrascht mit einem Bekenntnis zum quantitativen Wachstum. Vier Hauptfaktoren belasten die ökonomische Entwicklung in Europa im besonderen Maße und bedürfen dringend Lösungen:

- Mit Ausnahme von Deutschland und einigen kleineren EU-Staaten leistet die Binnennachfrage keine Wachstumsbeiträge.
- Ein unflexibles ordnungspolitisches und administratives Umfeld hemmt die Unternehmen des produzierenden Gewerbes bei Entwicklung und Anpassung.
- Die Energiepreise in Europa sind zu hoch.
- Bildung und Innovation hinken der globalen Entwicklung hinterher.

→



Wohlgemerkt, dies sind nicht die Kritikpunkte eines Unternehmers, sondern die Erkenntnisse der EU-Kommission aus der aktuellen ökonomischen Analyse Europas. Ihr Fazit: „Das Zusammenspiel der Industrie mit der übrigen Wirtschaft in Europa geht weit über das verarbeitende Gewerbe hinaus: Es erstreckt sich sowohl auf vorgelagerte Bereiche wie die Rohstoff- und Energieversorgung als auch auf nachgelagerte Erwerbszweige wie Dienstleistungen für Unternehmen und Verbraucher. Industrielle Tätigkeiten sind Bestandteil zunehmend umfassender und komplexer Wertschöpfungsketten, in denen namhafte Großkonzerne und kleine und mittlere Unternehmen branchen- und länderübergreifend zusammenarbeiten.“

Die politische Analyse ist ungewohnt kongruent mit dem industriepolitischen Dialog der europäischen Wirtschaft. Die Kommission geht noch einen Schritt weiter. Bis spätestens 2020 soll der Anteil der Gewerblichen Wirtschaft an der wirtschaftlichen Gesamtleistung um 5 Prozentpunkte auf 20 Prozent ansteigen. Steht damit die „Reindustrialisierung Europas“ vor der Tür?

METALLINDUSTRIE AUF DER POLE POSITION

Ein Blick auf Europas ökonomische Struktur hält einige Überraschungen bereit: Der wichtigste Wirtschaftszweig in der EU ist die Metallindustrie. Genau 13,6 Prozent der gesamten industriellen Wertschöpfung (2010) werden in der EU durch Unternehmen der Metallindustrie erwirtschaftet. Nicht weniger aufschlussreich

und unerwartet ist, dass auf Platz zwei der wichtigsten Industriezweige in Europa und mit minimalem Abstand zur Metallindustrie das Ernährungsgewerbe steht – mit einem Anteil von 13,3 Prozent. Wenn zusätzliches und starkes quantitatives Wachstum innerhalb einer kurzen Zeitspanne erreicht werden muss, kann dies nur über vorhandene Strukturen und Kompetenzen erzielt werden. Metalle und Ernährung stehen damit im Mittelpunkt der europäischen Industriepolitik.

In Deutschland liegt die Erzeugung und Bearbeitung von Metallen auf Platz drei nach der Automobilindustrie und dem Maschinenbau sowie vor der Elektrotechnik und der Chemie. Die Rangfolge unterstreicht die enge Verflechtung der fünf Führungsbranchen: Die Metallindustrie ist der mit Abstand wichtigste Zulieferer und Technologiepartner für Investitionsgüter Made in Germany.

In Italien rangiert die Metallindustrie noch vor dem Maschinenbau auf Platz eins. Im zweitgrößten Industrieland Europas folgt die Ernährungsindustrie auf Platz drei. In Frankreich ist das Ernährungsgewerbe sogar der mit Abstand wichtigste Industriezweig, aber auch die Franzosen verfügen über eine starke Metallindustrie. Auch in Mittel- und Osteuropa holt die Metallindustrie auf.



METALLE UND ERNÄHRUNG SIND FÜHREND

Für eine europäische Industriepolitik sind damit zwei zentrale Handlungsschwerpunkte benannt: Metalle und Ernährung. Ob dies allen politischen Entscheidern bekannt und recht ist, kann bezweifelt werden. Um Wachstum in den wichtigen Industriezweigen zu fördern, bedarf es jedenfalls einer genauen sektor- und branchenspezifischen Analyse: Das Ernährungsgewerbe zählt nicht nur in Frankreich und Italien zu den wichtigsten Gewerben.

Auch in Großbritannien, Spanien, den Niederlanden und Portugal besetzt die Branche ökonomische Spitzenplätze. In Griechenland hat das Ernährungsgewerbe sogar einen Anteil von über 35 Prozent an der volkswirtschaftlichen Gesamtleistung.

HOHE VERFLECHTUNG

Auch wenn die Erkenntnis, dass das Ernährungsgewerbe zur industriellen Speerspitze der EU zählt, etwas gewöhnungsbedürftig ist, ist es doch sinnvoll, den Strukturelementen dieser Branche auf der einen und der Metallindustrie auf der anderen Seite etwas genauer nachzugehen. Der Ernährungssektor zählt nicht zu den technologieintensiven Wirtschaftszweigen, kann dafür aber mit hoher Unabhängigkeit von konjunkturellen Entwicklungen und hoher regionaler Wertschöpfung punkten.

Auch die Verflechtung mit anderen Gewerbebranchen – Logistik, Chemie, Anlagenbau – ist hoch. Die Metallindustrie ist extrem konjunktursensibel. Zusammen mit anderen technologieintensiven



ANTEIL DER INDUSTRIE AN DER GESAMTEN WERTSCHÖPFUNG AUSGEWÄHLTER LÄNDER (2012)

in Prozent

22,4

Deutschland

17,3

Polen

15,6

Italien

13,3

Spanien

10,1

UK

15,2

EU-28

25,5

Tschechien

9,9

Frankreich

Quelle: Eurostat



Wirtschaftszweigen war und ist sie aber der wichtigste Wachstumstreiber in Europa.

Voraussetzung für weitere Wachstumsbeiträge sind die komparativen Vorteile Europas. Notwendig sind qualifizierte Arbeitskräfte, eine hohe Qualität der Infrastruktur, der gemeinsame Binnenmarkt und ein System leistungsfähiger Zulieferindustrien. Ein weiterer wichtiger Faktor für die Entwicklung technologieintensiver Branchen sind die öffentlichen und die privaten Ausgaben für Forschung und Entwicklung. Deutschland liegt mit einem F+E-Anteil von drei Prozent am Bruttoinlandsprodukt auf einem vorderen Platz, auffällig ist der hohe Anteil kleinerer und mittlerer Unternehmen an den Aufwendungen für Forschung und Entwicklung.

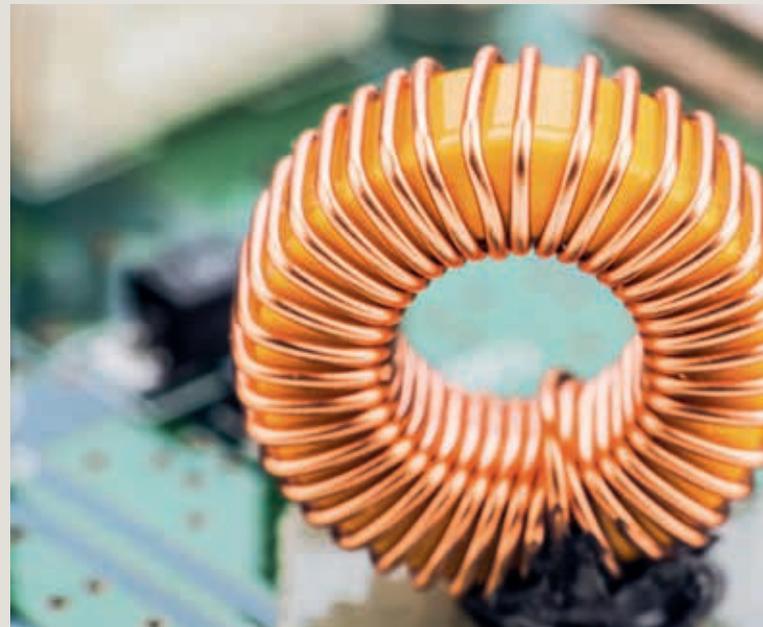
Bei einer Fokussierung auf die Führungsbranchen droht die Gefahr zu übersehen, dass es in Europa starke regionale Industrie-Cluster gibt, die sich durch eine hohe Agglomeration von Endfertigung, Zulieferung, Dienstleistung und Forschung auszeichnen.

Summiert kommen Deutschland, die Niederlande, die skandinavischen Länder sowie die Schweiz auf gute bis sehr gute Werte bei den Standortvoraussetzungen, kontinuierliche Anstrengungen zu deren Erhalt vorausgesetzt. Auf der Negativseite stehen die hohen Kosten für Energie, hohe Unternehmenssteuern und eine geringe Arbeitsmarktflexibilität.

ANSCHLUSS AN DIE MÄRKTE HALTEN – WACHSTUM AUSSERHALB EUROPAS

Wachstum ist von Standortbedingungen abhängig, Standortfaktoren können aber kein Wachstum auslösen. Dafür bedarf es nachfragestarker Märkte. Zentral für die Stärke der europäischen Industrie ist und bleibt der geschaffene europäische Binnenmarkt. Hier wird knapp ein Viertel des globalen BIP erwirtschaftet. Hier haben Waren- und Dienstleistungsfreiheit für engmaschige Netzwerke, Skalen-Effekte und die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit gesorgt. Von den weltweit hundert umsatzstärksten Industrieunternehmen hat der größte Anteil seinen Hauptsitz in Europa.

Andererseits werden noch für Jahre die strukturellen Schwächen der von der Schulden- und Finanzkrise besonders betroffenen Länder die europäische Entwicklung dämpfen. Deshalb wird es eine Hauptaufgabe der europäischen Industriepolitik sein, der europäischen Industrie eine möglichst große Teilhabe am globalen Wachstum zu sichern. Hoffnungen richten sich auf die wiederanziehende Konjunktur in den aufstrebenden Volkswirtschaften.



DIE ÖFFNUNG DER WELTMÄRKTE IST FÜR EUROPA ÜBERLEBENSWICHTIG

Etwa 90 Prozent der weltweiten Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen entstehen künftig außerhalb von Europa. Der erfolgreiche Abschluss aller derzeit laufenden Gespräche und Verhandlungen zwischen der EU und Drittländern über Handels- und Investitionserleichterungen würde Europa ein dauerhaftes Wachstum von 2,2 Prozent bringen und einen ökonomischen Beitrag von 275 Milliarden Euro im Jahr.

Doch der Weg ist steinig. Konkrete Erfolge beschränken sich derzeit vornehmlich auf Mittel- und Südamerika. 2011 trat das Freihandelsabkommen mit Südkorea in Kraft. Die Absenkung der Importzölle hat den Export europäischer Güter in das derzeit führende Technologieland Asiens massiv befördert. Abgeschlossen aber nicht umgesetzt sind Freihandelsabkommen mit mehreren osteuropäischen und zentralasiatischen Wirtschaftsräumen, Singapur und der Karibik.

Bei den Gesprächen mit China berichtet die EU-Kommission über Fortschritte bei Erleichterungen für gegenseitige Direktinvestitionen. Die Gespräche über ein Freihandelsabkommen mit den USA werden von der NSA-Affäre überschattet und konzentrieren sich zunächst auf die Frage, über welche Wirtschaftszweige a priori nicht verhandelt wird. Auf langandauernde Verhandlungen verweist die EU-Kommission auch bei den Gesprächen mit Kanada, Japan, den ASEAN-Staaten sowie Indien und Nordafrika.

Die unterschiedlichen Geschwindigkeiten bei den bilateralen Gesprächen der Handelspolitiker und der wirtschaftlichen Dynamik sind gravierend. Wenn Führungsbranchen wie die Automobilindustrie oder die Chemie weltweit Produktionsstandorte aufbauen, ziehen auch die bewährten Netzwerke mit, vorausgesetzt Zulieferer und Dienstleister können ihr Qualitätsniveau rechtssicher und auskömmlich an die neuen Standorte transferieren.

Gute Investitionsbedingungen für kleinere und mittlere Unternehmen rücken damit auf gleiche Höhe wie der freie Warenverkehr.

DEUTSCHLAND MUSS KONJUNKTURELLES ZUGPFERD BLEIBEN

Ein kontinuierlicher und stabiler Wachstumsbeitrag Deutschlands ist der entscheidende Faktor für das Gelingen der europäischen Industrieoffensive. Wachstumszehrende Großvorhaben wie die Energiewende müssen mit den europäischen Zielen kohärent gestaltet werden. Europa wird nicht durch die Schwächung Deutschlands stärker. Die Investitionsquellen für den Erhalt und den Ausbau der Infrastruktur und der notwendigen Standortfaktoren müssen offengehalten oder wieder stärker geöffnet werden. Deutschland muss seine Kooperation mit der EU wesentlich

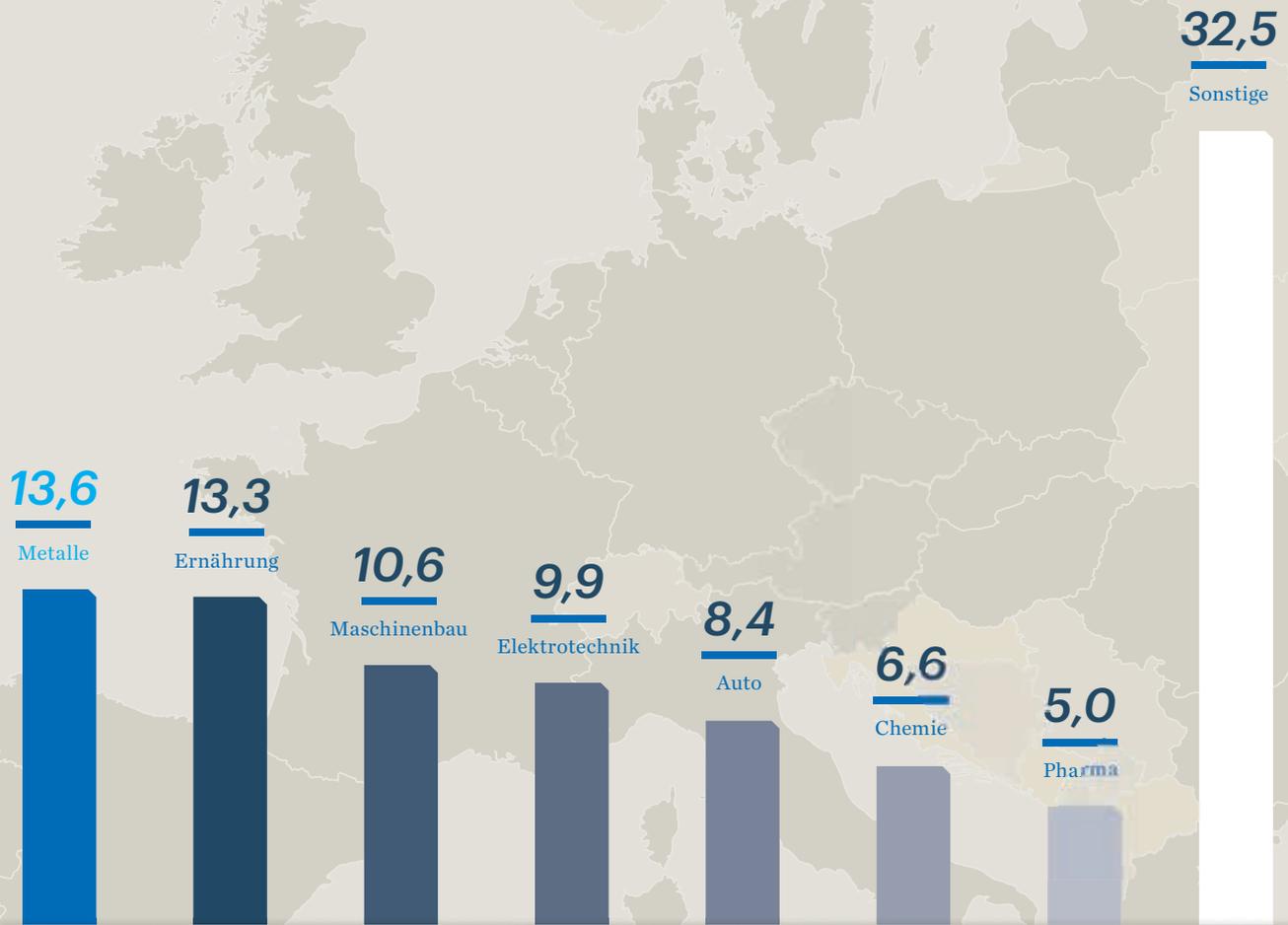
→



INDUSTRIESTRUKTUR IN EUROPA

Anteile der Branchen an der Bruttowertschöpfung des verarbeitenden Gewerbes in der EU 2010 (in Prozent)

Quelle: Eurostat



OLIVER BELL

Präsident der Wirtschaftsvereinigung Metalle
und Vorstand von Norsk Hydro ASA



verstärken und ausbauen. Die Allianz mit anderen wichtigen europäischen Industriestandorten kann dazu beitragen, Missverständnisse und Vorbehalte abzubauen. In Deutschland wird es zudem nötig sein, die weiter bestehenden Vorbehalte gegenüber einer Industriepolitik mit ausbalancierten qualitativen und quantitativen Zielen abzubauen.

Zum Umfeld unternehmerischer Tätigkeit gehören nicht nur verlässliche Rahmenbedingungen und gesellschaftliches Vertrauen, sondern auch Kreativität und Freiheit. Der Trend zu mehr Regulierung erfasst zunehmend die Realindustrie und engt die Spielräume ein. Ein zukunftsfähiges Europa benötigt leistungsbereite Spieler, denen kreative Freiräume gewährt bleiben, um gut ins Spiel zu finden und global erfolgreich zu sein.

WENIGER REGULIERUNG – MEHR FREIHEIT

Ein wettbewerbsfähiges und erfolgreiches Europa benötigt also nicht nur ein gutes Spielfeld, um seine Stärken auszuspielen. Das level playing field hat zahlreiche Facetten, Problem und Aufgaben. Der Zusammenhalt Europas ist dabei ein zentraler Schlüssel.

→

Dieser Beitrag verwendet Daten und Angaben aus folgenden Quellen: Eurostat, Destatis, Institut der deutschen Wirtschaft (IW), Deutsche Bank Research sowie eigene Berechnungen.



Im Land der unterschiedlichen Sichtweisen und Geschwindigkeiten

*Zur Entwicklungsdynamik von
Politik, Gesellschaft und Industrie*

**Martin Kneer, Hauptgeschäftsführer
der Wirtschaftsvereinigung Metalle**



Deutschlands gesellschaftliche Entwicklung vollzieht sich auf verschiedenen Ebenen mit zunehmend unterschiedlichen Geschwindigkeiten. Ursache ist eine Vielzahl von Gegensätzen und Widersprüchen. Entwicklungen verlaufen räumlich und sozial unterschiedlich, in Städten und Regionen manchmal sogar gegenläufig. Die demografische Entwicklung trennt Jung und Alt mehr denn je und mit den Konsequenzen, die groß sind und bislang zu wenig beachtet werden. Partizipation ist eine grundlegende Forderung und setzt nicht nur die repräsentativen Demokratie Modelle unter Druck.

Die ökonomischen Unterschiede zwischen globalem und lokalem Handeln sind evident. Unser Denken und Handeln ist geprägt von rationalen und emotionalen Elementen.

In einer ausdifferenzierten, pluralistischen demokratischen Gesellschaft können Gegensätze real nie gänzlich überwunden werden. Man muss sie jedoch analysieren und über Angleichung und Annäherung zu einer Gesamtentwicklung der Gesellschaft kommen, die von ihr akzeptiert wird.

Auffallend ist, dass es kaum Politikentwürfe gibt, die den „roten Faden“ einer Gesellschaft weiterentwickeln. Politik ist ebenso wie die Wirtschaft und ihre Unternehmen gefordert, Zukunft wieder stärker zu gestalten. Parteien scheinen die Erkenntnis gewonnen zu haben, dass Reformen, die in Besitzstände eingreifen und Prioritäten setzen, nur selten zu parlamentarischen Mehrheiten führen. Man fährt auf Sicht, administriert die Gegenwart und korrigiert Fehler der Vergangenheit.

WILLKOMMEN IN DER WOHLSTANDSGESELLSCHAFT

In einer Welt, in der die Zusammenhänge und Probleme immer komplizierter werden, scheinen die Diskussionen darüber erstaunlicherweise immer kurzatmiger. Die Informationsgesellschaft ist nicht informierter, sondern hektischer, unsachlicher und manchmal sogar hysterisch. Das Wissen wird kaum noch gefiltert und eingeordnet, sondern in Echtzeit kommuniziert. Immer mehr Kanäle konkurrieren um Aufmerksamkeit und suchen ihren Vorteil in extremer Zuspitzung. Die permanente Öffentlichkeit führt aber nicht automatisch zur Transparenz, sondern durchaus zu Vernebelung und Orientierungslosigkeit.

Journalisten definieren sich häufig nicht mehr als Beobachter, sondern als Gestalter mit eigenem Auftrag. Das Wort vom „Wohlstandsjournalismus“ macht die Runde. In Deutschland breitet sich das Gefühl aus, Wohlstand komme aus dem Himmel, sei ein Geschenk mit Anspruchsberechtigung. Ich spreche von „Romantik mit digitalem Anschluss“.

Auch die Politik versorgt uns mit diesem Gefühl: Alles ist möglich! Uns geht es gut! Dies gilt es zu bewahren! Viele Bürger haben sich eingerichtet in dieser Wohlstandsgesellschaft und möchten in ihrer Idylle nicht gestört werden.

→



Stabilität – als vornehmes Synonym für Stillstand – ist vielfach nicht nur das Credo der älteren Generation, sondern zieht sich quer durch alle Altersgruppen. Andreas Möller beschreibt in seinem Buch „Das grüne Gewissen“ dieses Lebensgefühl, das irgendwo zwischen Technikskepsis, Bürgerbegehren und Wachstumskritik bei einem gleichzeitig hohen Wohlstandsniveau verortet ist. Immer mehr Menschen, sagt er, fühlen sich angesprochen vom Verzicht auf Großtechnologien, neue Infrastrukturen und einer Abkehr vom bisherigen Wirtschaftsmodell, das auf Gewinne statt auf Nachhaltigkeit zu setzen scheint. Er formuliert es als „Land spielen, während die Welt sich wandelt.“

Die erste deutsche Romantik und das Biedermeier wurden vom Ausbruch der Moderne, von Demokratie und Industrie überrollt. Romantik ist kein Zukunftsrezept. Die Welt ist im Aufbruch, und wir scheinen uns einzurichten in der Wagenburg, in der Wohlstand selbstverständlich ist. Wiederholt sich Geschichte?

WOHLSTAND ALS BASIS UND VERPFLICHTUNG FÜR MORGEN

Wir brauchen Wohlstand als Basis, als Ressource für unsere Zukunftsgestaltung. Ohne qualifiziertes Wachstum und damit vorhandener Effekte, die nicht allein durch staatliche Steuereinnahmen geprägt sind,

sondern auch durch positive unternehmerische Aktivitäten in der Gesellschaft, ohne dieses Wachstum wird es keinen Wohlstand in der Zukunft geben. Er ist, so meine ich, auch ein Generationenvertrag, den man nicht verwalten darf, sondern gestaltend weiterentwickeln muss. Wir dürfen unsere Talente nicht vergraben, sondern müssen unserer Zukunftsverantwortlichkeit auch solidarisch für die nächsten Generationen gerecht werden.

Wenn Norbert Röttgen von „der Rettung der Schöpfung“ gesprochen hat, habe ich geantwortet: „Ja, wir müssen die Schöpfung bewahren und gleichzeitig dafür sorgen, dass unsere Kinder in Deutschland und Europa noch Arbeit finden werden.“

Es ist sehr wohl möglich und auch notwendig, ökonomische und ökologische Aspekte vorurteilsfrei miteinander zu verbinden. Dies gelingt nicht, wenn man sich über Jahre oder gar Jahrzehnte in einer schnell verändernden Welt statisch einrichtet und Verzichtsdiskussionen aus gesicherter persönlicher Situation heraus führt. Im Übrigen ist es nicht fair gegenüber mehreren Millionen Industriearbeitern in unserem Lande, die für diesen Wohlstand arbeiten, und erst recht nicht gegenüber denjenigen, die nicht erwerbstätig sind oder sein können.

BEWAHREN NEU DEFINIEREN

In dieser Grundstimmung, des sich Einrichtens in der Wohlstandsidylle, hat das Wort „bewahren“ Konjunktur. Nach den 1990er Jahren haben sich Erschöpfungszustände in unserer Gesellschaft ausgebreitet. Das Bedürfnis nach individueller und kollektiver Sicherheit ist größer geworden. Nur keine Experimente. Neue Kombinationswerte von Freiheit, Sicherheit und Ordnung, gepaart mit selbstverständlichem Wohlstand, haben sich breit gemacht.



Die Wachstumskritik ist milieuübergreifend in den Parteien angekommen. Seit der Wirtschafts- und Finanzkrise herrscht der Eindruck vor, nicht Banken, sondern auch die Wirtschaft, die Gesellschaft habe insgesamt falsch gewirtschaftet. Die Zukunfts- und Fortschrittsgedanken früherer Jahre sind längst verfliegen. Es ist eine emotionale Ferne zur Industrie entstanden.

In der Trendhierarchie, so Professor Franz Walter, falle die Industrie zurück und erscheine nur noch als „Green Economy“ oder als Hochtechnologie. Grundstoffindustrie, energieintensive Industrien seien nicht Teile des Trends, über die sich die Gesellschaft zukunftsorientiert definiere.

Welch ein Zerrbild der wertschöpfenden Grundstoffindustrie, ohne die keine Energiewende, keine Erneuerbaren, kein technischer Fortschritt von der Mobilität bis zur Medizin möglich ist!

Es ist frappierend, dass die Beiträge der Industrie zu Wachstum, Wohlstand und sozialem Frieden notorisch unterschätzt werden, die Belastungsfähigkeit jedoch ähnlich realitätsfern überschätzt wird. Welch eine Politik ist es, die Wachstum der Industrie dem Koalitionsvertrag oder einer europäischen Agenda zugrunde legt und gleichzeitig durch mehr Regulierung aus Berlin und Brüssel deutlich macht, dass es keine kohärenten Ziele gibt.

POLITIK UND INDUSTRIE BEFINDEN SICH AUF UNTERSCHIEDLICHEN UMLAUFBAHNEN

Ohne Zweifel stellt uns die grenzenlos vernetzte Welt vor neue Herausforderungen. So wie Städte mit ihren teilweise jahrhundertealten Infrastrukturen nicht für den Verkehr der heutigen Zeit geplant sind, stellt sich auch für Politik, Industrie und Gesellschaft die Frage, wie wir bei den aktuellen Veränderungen gute Antworten für morgen formulieren.

Diese Herausforderungen gelten in gleicher Weise für Kirchen, Gesellschaften, Vereine oder besser, für uns gemeinsam als Gesellschaft.

Wer meint, dies mit leichter Hand beurteilen zu können, sollte sich in die Lage von Entscheidern in Politik und Industrie in unserer globalen und digitalisierten Welt versetzen.

Antworten hierzu fallen unterschiedlich aus und erstaunen durchaus. Ein Grund dafür ist, dass Politik und Industrie einander zu wenig verstehen. Sie haben zu geringe Kenntnis von den jeweils anderen Strukturen, Abläufen und Fakten. Sie bewegen sich auf unterschiedlichen Umlaufbahnen. Weil dies so ist, brauchen Politik und Industrie Übersetzer, Moderatoren. Verbände, aber auch einige professionelle Berater, die sich auf beiden Seiten bewegen können, füllen dies zum Beispiel aus.

Es muss unser Ziel sein, einander in Kenntnis unterschiedlicher Strukturen und mit gegenseitigem Respekt zu begegnen und das Beste für die Gesellschaft zu suchen. Weder ein „Weiter so“ im sich immer schneller drehenden „Politik-Raumschiff Berlin“, noch unternehmerisches Handeln, das sich politisch vom Standort Deutschland löst, werden dazu beitragen, das Erfolgsmodell Deutschland fortzuschreiben und weiterzuentwickeln. Es ist an der





Zeit, die sich immer weiter auseinander bewegenden unterschiedlichen Umlaufbahnen durch Engagement, Kommunikation und Ausrichtung auf gemeinsame zukunftsorientierte Ziele wieder anzunähern. Dazu bedarf es Respekt voreinander.

Es wird auch von Bedeutung sein, wissenschaftliche Arbeiten nicht so zu instrumentalisieren, dass bei der Auswahl des Gutachters bereits das Ergebnis antizipiert werden kann. Professor Walter formuliert es so: „Wissenschaft muss absolut frei sein, auch wenn es wehtut“.

TREND ZU MEHR STAAT UND REGULIERUNG

Nach der Finanzkrise trauen Politik und Bürger dem Staat mehr zu als den Banken und übertragen das auf Industrie und Wirtschaft. Wir bewegen uns von einer sozialen und ökologischen Marktwirtschaft weg hin zu einem regulierenden Staat mit gläsernen Menschen und Unternehmen. Es herrscht Vorsorge statt Risikomanagement.

Der Eindruck wird verbreitet, der Staat könne der bessere und erfolgreichere Unternehmer sein. Gesetzgebung und Verwaltung können jedoch nicht für materielle Wertschöpfung sorgen. Der Staat sollte primär die Rahmenbedingungen setzen, damit die Industrie – die die Bruttowertschöpfung schafft und uns durch die Krisen gebracht hat – weiterhin erfolgreich im internationalen Wettbewerb bestehen kann. Nur bei Fehlentscheidungen sollte er Leitplanken setzen.

Hinzukommt, dass eine Politik, die fachspezifische und gesamtwirtschaftliche Ziele unabgestimmt nebeneinanderstellt, nicht erfolgreich sein wird und das europäische Gebäude, das zurzeit wahrlich nicht stabil ist, nicht festigt.

Eine zusätzliche Herausforderung stellt das Mainstream-Denken aus Meinungsnetzwerken dar. Nicht selten aus Emotionalität und Anonymität heraus wird darüber geurteilt, was gut für die Gesellschaft ist. Aus persönlich gesicherter Position wird etwas gefordert, was andere Menschen in ihrer Arbeitsexistenz massiv tangiert. Ein artikulierter moralischer Anspruch, auf der Seite des Guten zu sein und dabei persönliche Risiken und Nebenwirkungen für Mitmenschen nicht mit einzubeziehen, zeugt nicht von gegenseitigem Respekt, sondern ist sozial kalt.

GERINGE AKZEPTANZ VON POLITIK UND INDUSTRIE

Umfragen zur Akzeptanz sozialer Gruppen und Institutionen zeigen, dass sich die Politik am Ende der Skala bewegt und die Industrie nicht selten ebenfalls kritisch bewertet wird.

Immer häufiger wird auf Politikergenerationen früherer Zeiten verwiesen, die noch Ecken und Kanten hatten, die bereit waren, für Ziele zu kämpfen, und sich notfalls dafür auch abwählen ließen. Interessiert hören junge Menschen dem heute über 95-jährigen Helmut Schmidt zu und fragen erstaunt, warum heute politische Führung soviel weniger gelebt oder wahrgenommen wird.



Wer Debatten im Bundestag folgt, hört die Sprache von Technokraten und Experten. „Staatssekretärsdeutsch“ umschreibt eine Sprachform ohne Emotion, gut für Kameras und Mikrophone, aber selten mit konkreter politischer Botschaft.

Diese Sprache finden wir auch in Talkshows wieder, die teilweise das Plenum des Bundestages ersetzen. Professionelle Moderatoren sorgen für zeitlich und emotional limitierte Statements und unterdrücken ergebnisorientierte Debatten.

DIE KEINE-FEHLER-MENTALITÄT

Viele Menschen wollen nicht auffallen oder anecken. Sie agieren mit ausgewogenen Argumenten und glatt geschliffenen Statements. Positionen zu beziehen, kontrovers oder gar emotional zu diskutieren, könnte der Karriere schaden.

Die digitale Transparenz hinterlässt unauslöschbare Spuren: Das Netz verzeiht nicht! Wir reagieren mit Vorsicht. Die moderne Gesellschaft wird risikofreudiger, um ihre Mitglieder zu schützen.

Wer einen oder mehrere Fehler macht, dem verzeihen offensichtlich weder Gesellschaft noch Medien. Selten erhalten Menschen, deren Fehler in der Öffentlichkeit markiert worden sind, eine zweite Chance oder die Möglichkeit des Neuanfangs.

SIMULATIVE DEMOKRATIE

Wir erleben eine spannende Diskussion darüber, ob Proteste, Bürgerbegehren und Liquid Democracy eine Krise der Demokratie darstellen oder Ausdruck ihrer Vitalität und Zukunftsfähigkeit sind. Der englische Politologe Ingolfur Blühdorn spricht von der „paradoxen Gleichzeitigkeit“, von einerseits abnehmendem Interesse an Demokratie, das heißt politischer Beteiligung in Form von Wahlen und Parteien-Mitgliedschaften, und andererseits zugleich höheren demokratischen Ansprüchen in Form von eingeforderter Mitsprache und gesteigerter Bürgerbeteiligung. Er bezeichnet diesen Trend als „simulative Demokratie“.

In ihr werden politische Entscheidungen aus den Arenen der Politik herausgenommen und an Institute wie den Weltklimarat, den Ethikrat oder aber auch an Bürgerforen und Moderatoren delegiert. Gewählte Mandatsträger geraten dabei immer mehr zu Dienstleistern wechselnder Stimmungen im Volke oder zu Notaren von Voten kleinerer oder größerer Interessengruppen.

Fatal wird es, wenn angesichts bevorstehender Wahlen wechselnde Stimmungen im Volke scheinbar erahnt werden müssen, um eine Wiederwahl erfolgreich zu gestalten.

Schwächen dieses Opportunismus werden deutlich, wenn das Aufsummieren kleiner und pragmatischer Entscheidungen zu einem Ganzen fehlschlägt, wie seit Jahren bei der Energiewende.

Man sollte nicht der Illusion unterliegen, dass sich durch einen permanenten Dialog widersprechende Interessen auflösen lassen. Angleichen kann man sie manchmal. Frühzeitige Bürgerbeteiligung im kommunalen Bereich ist – wie ich aus meiner Erfahrung als Bürgermeister weiß – sinnvoll und kann zur Beschleunigung von Planungsverfahren beitragen. Aber auch ge-

→



FREIHEIT ODER REGULIERUNG? BEISPIEL INTERNET

5%

der Gesamtbevölkerung halten den Einfluss des Staates für zu stark

15%

der Gesamtbevölkerung halten den Einfluss des Staates für hinreichend

31%

der Gesamtbevölkerung halten den Einfluss des Staates für zu schwach

49%

haben keine eigene Meinung

Quelle: Allensbach/DIVSI – 12/2013

fundene Kompromisse erfordern am Ende des Tages Entscheidungs- und Umsetzungsverantwortung. Wenn wir uns darum drücken, simulieren wir Demokratie und verringern die Akzeptanz von Politik. Man kann kurze Zeit auf Sicht fahren, wenn es die Witterungsverhältnisse erfordern. Wer dies bei klarer Sicht fortsetzt, kommt nicht voran, er wird zum Bremsen.

Politik und Gesellschaft, die Industrie eingeschlossen, können auch an der Frage einer lebendigen Demokratie und Entscheidungsfindung nicht vorbeigehen. Es gilt, die Angst vor Entscheidung und individueller Verantwortung zu überwinden. Dann wird es gelingen, Stillstand zu überwinden, klare und pragmatische Entscheidungen zu treffen und damit politische Rahmenbedingungen zu schaffen, auf die sich Bürgerinnen und Bürger, aber auch die Industrie mit ihren Investitionen und ihrer Produktion mittelfristig verlassen können.

AUF DER SUCHE NACH ANTWORTEN

Industrie und Politik eint, dass sie beide intensiv an ihrer gesellschaftspolitischen Akzeptanz arbeiten müssen. Selbstkritisch sollten wir feststellen, dass die Industrie in der eigenen Darstellung weitgehend dieselbe geblieben ist, während die Gesellschaft sich fortwährend verändert. Es gibt eine Explosion der Lebensstile, der Denk- und Fühlweisen. Es läuft eine mediale Empörungsmaschine, bei der Menschen und Institutionen Legitimationsverlusten ausgesetzt sind.

In diesem Umfeld gibt es nicht die eine Antwort, was Industrie und Politik unternehmen können, um zu einer stärkeren Akzeptanz in der Gesellschaft und im Verhältnis zueinander zu kommen. Sonntagslob und das Vertrauen auf Erreichtes sind kein Ruhekitzel.

MARTIN KNEER

Hauptgeschäftsführer
der Wirtschaftsvereinigung Metalle



Wir führen eine enorm komplizierte Energiedebatte. Doch für viele Bürger kommt der Strom schlicht immer noch nur aus der Steckdose. Vorstellungen über Herkunft, Kosten und Verwendung werden selektiv idealisiert. Dass Strom auch ein Rohstoff ist, Industriewerte schöpft und Arbeitsplätze sichert, ist nicht Teil des gesamtgesellschaftlichen Wissens. Für Zukunftsentwürfe gilt aber nach wie vor das Wort von Manfred Rommel „Die Summe von Einzelinteressen ergibt nicht Allgemeinwohl, sondern Chaos“.

Wir dürfen eben nicht mehr nur Einzelvorstellungen aufsummieren, administrieren und dann korrigieren. Es müssen Prioritäten ehrlich benannt, widersprechende Ziele eliminiert, ein Zukunftsmodell entwickelt werden. Das ist nicht nur bei der Energiewende viel zu lange unterblieben.

Die Industrie selbst sollte ihr Image nicht länger fremdbestimmen lassen und schon gar nicht resignieren. Natürlich fordert der entgrenzte globale Markt den Unternehmer und seine Mitarbeiter, um Produkte effizient, nachhaltig und international wettbewerbsfähig herzustellen und zu vertreiben.

Und dennoch gilt: Wenn die politischen Rahmenbedingungen nicht stimmen, wird es bald keine Produktion der sich ergänzenden Wertschöpfungsketten am Standort Deutschland mehr so wie bisher geben.

Deshalb müssen Unternehmer und Beschäftigte ihre volks- und betriebswirtschaftlichen Kenntnisse und Erfahrungen einbringen, die gesellschaftlichen Veränderungen im Auge haben, sie mitgestalten.

Viele Veranstaltungsformen haben sich dabei, so gut sie auch für Jahre waren, überholt. Print und online haben konkurrierend ihren Platz im Zeitalter der immer stärker digitalisierten Gesellschaft, daher sind auch neue Kanäle intensiv zu bespielen. Dies alles ersetzt jedoch nicht den persönlichen Dialog.

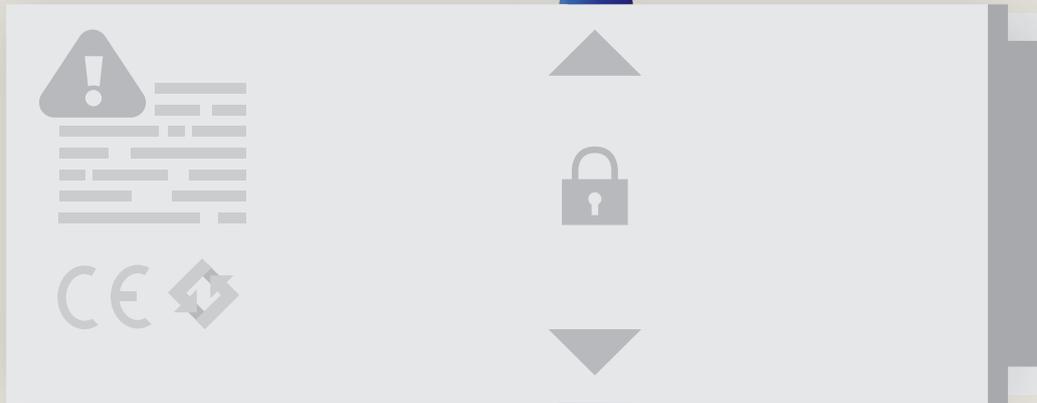
Im Gegensatz zu schnell verfliegenden Wirkungen von Kampagnen wird dies eher dazu beitragen, das Bild der Industrie – von uns ausgehend – zu verändern. Wir sollten klare und vielleicht auch wieder deutlichere Positionen beziehen und dabei neben Fakten auch Emotion und Betroffenheit artikulieren. Unternehmen, die sich neben dem Markt und dem eigenen Unternehmen auch um gesellschaftliche Belange aktiv bemühen, sind unverzichtbar.

AUF DEM WEG AUS DER DEFENSIVE IN DIE KONTROLLIERTE OFFENSIVE

Es wird nicht immer einfach sein, die eigene Dialogfähigkeit neben unternehmerischen Aufgaben aufzubauen. Wer jedoch in unserer Gesellschaft für die Industrie etwas bewegen will, wird sich auf den Weg machen müssen, aus der Defensive in eine kontrollierte Offensive. Dazu bedarf es Marathonläufer. Nur über die Wiederholung und die authentische Darstellung der Folgen politischen Handelns für das Unternehmen und die Gesellschaft werden wir schrittweise vorankommen, damit solche Aspekte stärker berücksichtigt werden.

Unter diesen Bedingungen kann es auch Stück für Stück gelingen, das Land mit den unterschiedlichen Sichtweisen und Geschwindigkeiten zukunftsorientiert weiterzuentwickeln.

→|



*Wirtschaftsspionage und
Datensicherheit –
Erfahrungen aus der Industrie*
von Michael Hochenrieder



Das sichere Unternehmen

Fakt ist: 100 Prozent Sicherheit wird es niemals geben.



Auch digital ist real — Ein weiterer Traum der Menschheit ist geplatzt: Das digitale Paradies gibt es nicht. Edward Snowden entlässt uns aus dem Garten Eden der Bits und Bytes.

Vor allem die Digital Natives hat es hart getroffen. Aber auch Ältere, die den Besitz von 256 Kilobyte (!) Arbeitsspeicher und eines grün flackernden Minibildschirms in der ersten Hälfte der 1980er Jahre als Schritt in die unbegrenzte Freiheit feierten.

Der globale Datenscan der National Security Agency (NSA) war nur der ultimative Auslöser. Schon längst hat uns das Gefühl beschlichen, dass die digitale Revolution unser soziales, kulturelles und ökonomisches Gefüge verändert. Lange konnten wir das Unbehagen verdrängen. Digitale Endgeräte des neuesten Standards brachten soziales Ansehen, schnelle und effiziente Kommunikation, mehr Arbeitsproduktivität und immer häufiger sogar eine neue virtuelle Identität.

Das Smartphone hat seinen festen Platz im Leben, nicht selten direkt neben Messer und Gabel auf dem Esstisch, einem der wenigen privaten Rituale, die uns (wie lange noch?) verblieben sind.

Es gibt mittlerweile mutige Unternehmen, die mit dem Wissen, dass sie Opfer von Industriespionage geworden sind, an die Öffentlichkeit gehen. „Ja, wir wurden ausspioniert“, bestätigt beispielsweise ein mittelständischer Anbieter von High-Tech-Plattenspielern aus Nürnberg, der seine Unternehmerkollegen warnen und aufrütteln möchte: Wirtschaftsspionage sei längst nicht mehr nur ein Thema für die großen Konzerne, sondern reiche weit bis in den deutschen Mittelstand, schreibt er in einem Beitrag im IHK-Magazin „Wirtschaft“. Vor allem innovative Nischenanbieter, sogenannte Hidden Champions, geraten immer stärker in das Visier von Wirtschafts- oder Industriespionen.

Mittlerweile stehen große Organisationen und sogar Geheimdienste hinter solchen Spionage-Attacken – das ist spätestens seit der NSA-Affäre auch in der Öffentlichkeit bekannt. Das Bundesamt für Verfassungsschutz definiert deshalb auch zwei Formen der Spionage in Unternehmen:

- Die Ausforschung durch einen direkten Konkurrenten wird als Industriespionage bezeichnet.
- Staatlich gelenkte, meist von fremden Nachrichtendiensten betriebene Spähangriffe nennt das Amt dagegen Wirtschaftsspionage.

Für betroffene Unternehmen spielt es meist keine Rolle, wie ihre Daten geklaut worden sind – der Schaden ist in der Regel derselbe, und er ist groß. Dabei haben Angreifer nicht nur Entwicklungsdaten für innovative Produkte im Visier. Auch Kundendaten und Prozessbeschreibungen können Ziel von Spionage sein, wie grundsätzlich alle geschäftskritischen Daten einer Firma.



Sicherheitstools wie Firewalls oder Malware-scanner reichen heute nicht mehr aus, um wertvolle Unternehmensdaten zu schützen.

TÜRÖFFNER FÜR SPIONE – OFTMALS DIE MITARBEITER

Wie gehen die Angreifer vor? Welche Daten sind besonders begehrt? Und last but not least: Wie können sich Unternehmen vor diesen Angreifern schützen? Darauf gibt dieser Artikel einige Antworten.

In den vergangenen Jahren haben Unternehmen vor allem auf Technik gesetzt, um Wirtschafts- und Industriespionage vorzubeugen. Sicherheitstools wie Firewalls oder Malwarescanner reichen heute aber nicht mehr aus, um wertvolle Unternehmensdaten zu schützen. Ein großes Risiko stellt der Mensch selbst dar. Oft gelangen die Täter über soziale Kontakte in das Unternehmen und an relevante Informationen – sie nutzen die Techniken des Social Engineering und planen ihren Angriff in drei Phasen:

PHASE I: gezielte Informationsrecherche,

PHASE II: Zutritt und Zugang,

PHASE III: Informationsdiebstahl.

In Phase I sammeln die hoch professionellen Angreifer Informationen über das auszuspähende Unternehmen. Hier leisten fatalerweise soziale Netzwerke oder auch die Unternehmenswebsite Hilfestellung. Professionelle Spione finden in Netzwerken

Digital hat Potenzial — Das öffentliche Bewusstsein realisiert, dass die digitale Technologie zum Überholmanöver angesetzt hat. Recht und Demokratie verharren auf der Kriechspur. Dem Bürger wird bewusst, dass er Opfer und Motor ein und derselben Entwicklung ist.

Doch gerade Europa, seine Bürger, seine Wissenschaft und seine Industrie brauchen die digitale Revolution. Digitale Technik ist eine Antwort auf ein hohes Kostenniveau bei Arbeit und Produktion. Die virtuelle Simulation ermöglicht es, die sinkende reale Risikobereitschaft zu kompensieren.

Die Digitalisierung von Arbeit und Kommunikation überwindet Gegensätze, wie den zwischen Zentrum und Peripherie oder zwischen Wissen und Unwissen.

wie XING oder Linked-In beispielsweise potenzielle Phishing-Opfer oder gewinnen Informationen über IT-Systeme und aktuelle Projekte in Fachforen. Mit diesem Informationsstand geht der Angreifer in Phase II über und verschafft sich Zugang zum Unternehmen. Er gibt sich beispielsweise als Bewerber aus oder tarnt sich als Kunde. Für die meisten Unternehmen gilt: Wirtschaftsspione finden immer einen Weg hinein – oftmals einfach durch Tür und Tor.

Sind die Spione erst einmal im Unternehmen, beginnt Phase III des Angriffs und damit der eigentliche Informationsdiebstahl: der Spion beschafft via Social Engineering sensible Informationen. Er ruft beispielsweise ahnungslose Mitarbeiter von einer internen Telefon-Nummer aus an, gibt sich als IT-Administrator aus und erschleicht sich auf diesem Wege Passwörter. Damit ausgestattet, kann sich der Angreifer problemlos in das Netzwerk einloggen und alle vertrauliche Informationen einsehen, auf die sein „Opfer“ Zugang hat. Solche Social Engineering-Methoden nutzte übrigens auch Edward Snowden, um an die vertraulichen NSA-Unterlagen zu gelangen.

Der beste Schutz vor Angriffen besteht darin, die Mitarbeiter mit dem notwendigen Wissen auszustatten.

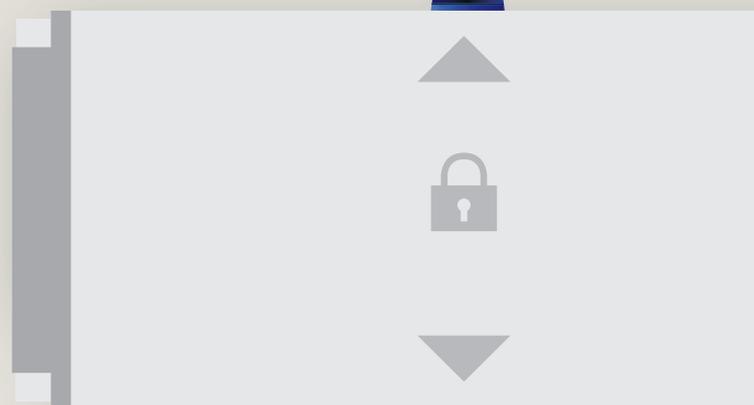
SENSIBILISIERUNG – DIE WICHTIGSTE MASSNAHME

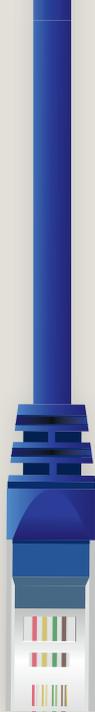
Der beste Schutz vor Angriffen besteht darin, die Mitarbeiter mit dem notwendigen Wissen auszustatten, damit sie einen Spionageangriff möglichst schon in Phase II, spätestens aber in Phase III erkennen und diese Information an die Sicherheitsabteilung oder die Geschäftsleitung weitergeben. Unternehmen sollten deshalb ihre Mitarbeiter in Veranstaltungen, Präsenzs Schulungen und Online-Trainings bezüglich Informationssicherheit sensibilisieren. Die Erfahrung zeigt, dass nach solchen Schulungsmaßnahmen zumindest deutlich mehr Mitarbeiter in kritischen Situationen Verdacht schöpfen und diese melden: beispielsweise bei den beschriebenen „Passwortanfragen“ oder Phishing-Mails.

DER NÄCHSTE SCHRITT: KRONJUWELEN IDENTIFIZIEREN UND VERSCHLÜSSELN

Fakt ist: 100 Prozent Sicherheit wird es niemals geben. Bei hoch professionellen Angreifern, die über

→





39%

aller Unternehmen haben Erfahrung
mit Datenpannen oder -diebstählen

2,41 Mio. €

kostete eine Datenpanne die
Unternehmen im Durchschnitt

50%

der intern verursachten Datenpannen
gehen auf Fahrlässigkeit zurück

Quelle: Ponemon Institute, 2013

umfassende technische und personelle Ressourcen verfügen, lässt sich nicht ausschließen, dass sie ins Unternehmensnetz eindringen. Unternehmen müssen deshalb ihre wertvollsten Dokumente besonders gut schützen – ihre „Kronjuwelen“: Das sind Daten, deren Abfluss existenzbedrohend für ein Unternehmen sein kann.

Da es extrem teuer und nahezu unmöglich ist, für alle Daten im Unternehmen einen sehr hohen Sicherheitsaufwand zu betreiben, sollten Daten und Dokumente klassifiziert werden. In diesem Prozess lassen sich die besonders wichtigen Daten identifizieren. Außerdem leistet die Klassifizierung einen zusätzlichen Beitrag zur Sensibilisierung in Bezug auf Informationssicherheit. Voraussetzung dafür ist, dass die Mitarbeiter die verschiedenen Dokumenten-Klassen kennen – beispielsweise: öffentlich, intern, vertraulich, streng vertraulich. Außerdem sollte in einer Policy festgelegt sein, wie Versand oder die Ablage der einzelnen Dokumenten-Klassen zu erfolgen haben. Mit Hilfe von Klassifizierungs-Tools lassen sich die Dokumente einfach verschiedenen Klassen zuordnen,

so dass auch alle anderen potenziellen Nutzer wissen, wie sie mit bestimmten Daten umgehen müssen.

Die sensiblen Informationen (also vertraulich oder streng vertraulich) sollten immer nur verschlüsselt übertragen werden. Denn IT-Profis, und somit auch Hacker, können E-Mails auf dem Weg vom Sender zum Empfänger abfangen und im Klartext lesen. Davor schützt letztendlich am besten eine Ende-zu-Ende-Verschlüsselung von E-Mails inklusive der Anhänge.

PRAKTIKABLE LÖSUNGEN FÜR VERSCHLÜSSELUNG

E-Mail-Verschlüsselung ist aber aktuell immer noch alles andere als weit verbreitet. Für viele Unternehmen ist beispielsweise die sehr sichere, asymmetrische Verschlüsselung mit dem Erstellen und Austauschen von Schlüsseln und Zertifikaten technisch eine große Herausforderung. Und die gängigsten Verfahren S/MIME und PGP sind nicht untereinander kompatibel. Das macht ihren Einsatz über die Unternehmensgrenzen hinaus schwierig.

Mittlerweile gibt es allerdings auch Verschlüsselungs-Lösungen, die besonderen Wert auf Benutzerfreundlichkeit legen. Der Anwender kann beispielsweise in einem Schritt die E-Mail

DAS UNTERSCHÄTZTE INTERNE SICHERHEITSRISIKO



In 200 Online-Interviews befragte Clearswift im August 2013 Entscheidungsträger in deutschen Unternehmen, die für Compliance, Sicherheit, Datenschutz oder IT zuständig sind.

- 64%** der Organisationen sind sich nicht einmal bewusst, dass es IT-Sicherheitslücken gibt
- 54%** sehen die Verbesserung und Erhaltung der IT-Sicherheit unter den Top3 der IT-Prioritäten
- 64%** sehen das Hauptrisiko im erweiterten Unternehmensumfeld
- 25%** der deutschen Unternehmen hat in den letzten zwölf Monaten innerhalb der eigenen Firma eine IT-Sicherheitsverletzung festgestellt

Die wichtigsten internen Sicherheitslücken

- 86%** versehentlich menschliche Fehler
- 83%** Mangel an Bewusstsein, Verständnis für IT-Sicherheit/IT-Themen
- 80%** Einschleusen von Viren/Malware durch persönliche Endgeräte

Quelle: Clearswift, 2014

mit einem Passwort in einem gängigen Format verschlüsseln und das Passwort automatisch per SMS an den Empfänger schicken.

Die Vorteile: eine solche E-Mail kann der berechtigte Empfänger fast auf jedem Endgerät öffnen. Zudem ist die Übertragung des Passwortes über einen zweiten Kommunikationskanal einfach und sicher zugleich. Diese Voraussetzungen sorgen dafür, dass die Verschlüsselungslösung von den Mitarbeitern in der Praxis auch genutzt wird und die Kronjuwelen damit besser geschützt sind. Denn selbst Edward Snowden ist der Meinung, dass Verschlüsselung einer der wenigen Schutz-Mechanismen ist, die wirklich funktionieren: „Eine sauber implementierte, starke Verschlüsselung ist eines der wenigen Dinge, auf die man sich noch verlassen kann.“ Und als ehemaliger NSA-Mitarbeiter sollte er es ja wissen.

→|



Michael Hochenrieder,
Vorstand der HvS-Consulting,
Garching bei München

Aufgaben der digitalen Revolution — Drei Aufgaben warten auf eine Antwort: Die Politik muss den legislativen und administrativen Abstand zur digitalen Welt verkürzen. Die Wirtschaft muss Chancen und Risiken der Digitalisierung exakter definieren und artikulieren. Der Bürger muss seinen Umgang mit und in der digitalen Welt sorgsam und kritisch hinterfragen.



1



2



3

*Strukturumbruch im neuen Bundestag.
Gesellschaftlicher Wandel bildet sich ab.*

von Wieland Kramer

Die deutsche Politik verjüngt sich

1 MAHMUT ÖZDEMİR, SPD

MAHMUT ÖZDEMİR, SPD, WAHLKREIS DUISBURG-NORD,
JURIST, GEBOREN AM 23.06.1987 IN DUISBURG
AUSSCHÜSSE: INNERES/KOMMUNALES; RECHT

2 STEFFEN KANITZ, CDU

WAHLKREIS DORTMUND II, DIPLOM-KAUFMANN,
GEBOREN AM 14.02.1984 IN DORTMUND
AUSSCHÜSSE: UMWELT; WIRTSCHAFT UND ENERGIE

3 MARK HAUPTMANN, CDU

WAHLKREIS SUHL-SCHMALKALDEN-MEININGEN,
POLITOLOGE, GEBOREN AM 29.04.1984 IN WEIMAR
AUSSCHÜSSE: WIRTSCHAFT UND ENERGIE; AUSWÄRTIGES

4 KATHARINA DRÖGE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

WAHLKREIS KÖLN-CHORWEILER, VOLKSWIRTIN,
GEBOREN AM 16.09.1984 IN MÜNSTER
AUSSCHÜSSE: WIRTSCHAFT UND ENERGIE; FINANZEN

5 NIEMA MOVASSAT, DIE LINKE

WAHLKREIS OBERHAUSEN/WESEL, JURIST,
GEBOREN AM 22.08.1984 IN WUPPERTAL
AUSSCHÜSSE: ENTWICKLUNG; AUSWÄRTIGES



4



5

Die Wahlen zur 18. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages haben das politische Berlin verändert: Eine neue Große Koalition, eine kleine Opposition, das Ausscheiden der Liberalen aus Regierung und Parlament, ein kräftiges ministerielles Stühlerücken und ein ehrgeiziger Koalitionsvertrag bestimmen ein öffentliches Bild, das stark von den Aktivitäten der Exekutivgewalt bestimmt wird.

Die strukturellen Veränderungen der Legislativgewalt, dem Deutschen Bundestag, werden erst auf den zweiten Blick deutlich: Jünger, ein höherer Anteil an Frauen, aber auch mehr Berufspolitiker. Analysen und Gespräche mit besonders jungen Abgeordneten öffnen den Blick auf ein deutlich verändertes Parlament: Junge Abgeordnete wenden sich vermehrt sozialen Themen zu. Doch auch das Interesse an Industrie nimmt zu, vor allem über die Querschnittsthemen Energie, Umwelt und Gesundheit

DAS PARLAMENT IM VERGLEICH

Der Deutsche Bundestag zählt zu den großen europäischen Parlamenten – auch wenn sich der 18. deutsche Bundestag durch 33 Ausgleichs- und Überhangmandate etwas größer macht, als es die Zahl der Wahlkreise eigentlich vorsieht. Mit derzeit 631 Sitzen hat das deutsche Parlament genau einen Abgeordneten mehr als sein italienisches Pendant, doch deutlich weniger als das

britische Unterhaus mit 650 Parlamentariern. Die französische Nationalversammlung verfügt über 577 Sitze und der polnische Sejm über 460 Mandatsträger. Im spanischen Congreso de los Diputados treten 350 Politiker und Politikerinnen zusammen.

Nach der Wahl vom 22.09.2013 hat das deutsche Parlament – wahrscheinlich nur vorübergehend – ein bemerkenswertes Alleinstellungsmerkmal: 34 Prozent der Abgeordneten sind erstmalig Mandatsträger auf Bundesebene. Bezogen auf die Parlamentszugehörigkeit zählt der neue Deutsche Bundestag damit zu den jüngsten Parlamenten Europas. Vor allem die Flächenstaaten Nordrhein-Westfalen, Bayern und Niedersachsen haben einen hohen Anteil an dieser „parlamentarischen Verjüngung“.

Fast die Hälfte der neuen Abgeordneten stellt die CDU/CSU-Fraktion. Die SPD kommt auf einen Anteil von 40 Prozent. Damit schicken die beiden großen Volksparteien zusammen rund 200 Abgeordnete erstmalig auf das politische Parkett des Bundes. Fast alle bringen Erfahrungen aus anderen politischen Ebenen, vornehmlich der Kommunalpolitik oder der Verwaltung, mit. Der Anteil der Berufspolitiker hat sich in der neuen Legislaturperiode deutlich erhöht. Einige der jungen Politiker haben Erfahrungen als Referenten oder wissenschaftliche Mitarbeiter von Politikern gesammelt.

FRAUENANTEIL STEIGT

Die Politik fordert seit Jahren von der Wirtschaft mehr Frauen in Führungsebenen. Unterschiedliche Modelle werden diskutiert, verworfen und wieder aufgegriffen. Der Bundestag kann

→

NEUE ABGEORDNETE DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES (18. WAHLPERIODE) NACH BUNDESLÄNDERN

BREMEN	2	BRANDENBURG	10
SAARLAND	2	BERLIN	11
HAMBURG	4	RHEINLAND-PFALZ	12
THÜRINGEN	4	HESSEN	14
MECKLENBURG-VORPOMMERN	4	BADEN-WÜRTTEMBERG	19
SACHSEN-ANHALT	5	NIEDERSACHSEN	29
SACHSEN	8	BAYERN	35
SCHLESWIG-HOLSTEIN	8	NORDRHEIN-WESTFALEN	48

eine Vorbildfunktion beanspruchen: Etwas mehr als ein Drittel aller Abgeordneten ist weiblich. Bei den erstmalig in den Bundestag Gewählten liegt der Frauenanteil sogar bei 44 Prozent. Besonders viele weibliche Abgeordnete gibt es bei den beiden Oppositionsparteien. Hier liegt ihr Anteil bereits einige Prozentpunkte über der 50-Prozent-Marke. Bei der CDU ist nur jeder vierte Abgeordnete eine Frau, bei der SPD sind es 42 Prozent.

MEHR JUNGE ABGEORDNETE

Der 18. Deutsche Bundestag hat nicht nur eine große Zahl parlamentarisch junger Mitglieder. Auch altersmäßig hat sich das Parlament deutlich verjüngt. Nur noch 3 Prozent aller Abgeordneten sind älter als 65 Jahre. Dagegen sind 11 Prozent jünger als 34 und ein Viertel aller Mitglieder ist zwischen 35 und 44 Jahre alt. Diese Entwicklung läuft gegen den demografischen Trend, zeigt aber, dass Politik für jüngere Menschen eine deutlich höheren Stellenwert – als Beruf oder als Berufung – hat, als die anhaltende Diskussion über die Politikverdrossenheit in Deutschland vermuten lässt.

SOZIALE THEMEN BESONDERS ATTRAKTIV

Die künftige Arbeit des Parlaments, seine Entscheidungen und die öffentliche Diskussion politischer Themen wird von der persönlichen und fachlichen Ausrichtung der Abgeordneten beeinflusst und

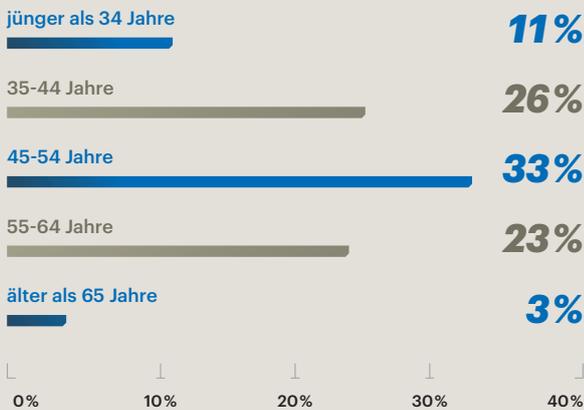
manchmal sogar bestimmt. 34 Prozent der neu in den Bundestag gewählten Politiker und Politikerinnen möchten sich sozialen Themen zuwenden. Einige, aber keineswegs alle, werden dabei von ihrem erlernten Beruf oder der bisherigen politischen Tätigkeit geleitet. Erst mit weitem Abstand folgen die Arbeitsfelder Finanzpolitik (9 Prozent), Wirtschaft (8 Prozent), Europa (7 Prozent) und Umwelt (6 Prozent). Der Dialog mit und der thematische Zugang zu den neuen Abgeordneten führen damit eher über den Faktor Mensch als über die Sach- und Fachpolitik.

Beispielhaft für diesen Typus steht der SPD-Abgeordnete Mahmut Özdemir. Der 27jährige Rechtsreferendar ist in Duisburg aufgewachsen. Mit Blick auf die vielfältigen Probleme seiner Heimatstadt formuliert er seine politischen Ziele: „Der Gerechtigkeitskompass in unserem Land ist aus dem Lot geraten, sei es auf dem Arbeitsmarkt, hinsichtlich der Städte und Gemeinden oder auch auf den Finanzmärkten. Meine politischen Schwerpunkte sind Arbeit, Kommunen und Finanzen,“ erklärt Özdemir.

Er ist Mitglied im Unterausschuss Kommunales des Innenausschusses im Deutschen Bundestag. Auch der Dortmunder CDU-Abgeordnete Steffen Kanitz ist sozialpolitisch engagiert. Zu seinen politischen Schwerpunkten gehört die Armutsmigration in Deutschland und Europa. Der ent-industrialisierte Dortmunder Norden bietet vielfältige Realität und Handlungspotenzial für dieses schwierige Thema.

Von den insgesamt 16 Abgeordneten des Bundestages, die jünger als 30 Jahre sind, geben 9 die Bereiche Arbeits- und Soziales sowie Bildung und Gesundheit als Arbeitsschwerpunkte an. Zwei kümmern sich mit Schwerpunkt um die Wirtschaftspolitik, nur ein Abgeordneter besetzt das Arbeitsfeld Umwelt als Schwerpunkt.

ALTERSSTRUKTUR DES 18. DEUTSCHEN BUNDESTAGES



WIELAND KRAMER

Wieland Kramer arbeitet als freier
Wirtschaftsjournalist. Sie erreichen ihn
unter info@kramer-kommunikation.de



INTERESSE AN INDUSTRIE OFT REGIONAL VERWURZELT

Der 1984 in Weimar geborene Politologe Mark Hauptmann gewann bei den letzten Wahlen zum Deutschen Bundestag den Wahlkreis Suhl für die CDU und betreibt eine aktive Mittelstandspolitik. Im Gespräch kommt er sofort auf das Thema Energiewende zu sprechen: „Die Energiewende muss sozial- und wirtschaftsverträglich gestaltet werden. Ausgleichsregelungen für Industrieunternehmen mit energieintensiver Produktion sind notwendig, damit diese im internationalen Wettbewerb bestehen können. Es besteht aufgrund der hohen Energiekosten eine ernsthafte Gefahr der Deindustrialisierung bestimmter Wirtschaftsbranchen, daher sind die Ausgleichsregelungen für energieintensive Unternehmen unabdingbar.“

Auch Hauptmann betont den engen Zusammenhang zwischen Industrie- und Sozialpolitik: „Die Industrie bildet nach wie vor das Rückgrat der deutschen Wirtschaft und leistet einen enormen Beitrag für die gute Situation auf dem Arbeitsmarkt. Industrie- und Sozialpolitik gehen somit Hand in Hand. Wir wollen den Wirtschaftsstandort Deutschland weiter stärken. Die Politik muss für die Unternehmen die bestmöglichen Rahmenbedingungen schaffen.“

Mark Hauptmann ist wie die meisten seiner jungen Kollegen und Kolleginnen im Parlament extrem dialogbereit: „Gerade für kleine und mittelständische Unternehmen möchte ich Ansprechpartner sein und den Dialog zwischen Politik und Industrie, Mittelstand sowie Familienunternehmen vorantreiben.“

Mit „100 Prozent sozial, 100 Prozent friedlich“ verfügt Niema Movassat (DIE LINKE) aus Oberhausen über ein eingängiges politisches Profil. Von der Wirtschaft fordert er die Anwendung der

hohen heimischen Umwelt- und Sozialstandards auch in Entwicklungsländern. „Die Öffentlichkeit kriegt oft nicht mit, was im Bundestag passiert. Da bietet Social Media die Möglichkeit, kurz und prägnant Informationen herauszugeben und zu informieren.“

Die Grünen-Politikerin Katharina Dröge, 1984 in Münster/Westfalen geboren, lebt seit 2004 in Köln. „Hier habe ich ein Studium der Volkswirtschaftslehre begonnen und bin seitdem überzeugte Großstädterin.“ Ihr Arbeitsfeld ist die Steuerpolitik. „Unser System an Steuern und Abgaben ist an vielen Stellen intransparent, ökologisch blind und sozial ungerecht,“ erläutert sie und beklagt den Niedergang der Kommunen sowie die Steuermoral von Unternehmen und Konzernen.

NEUE DIALOGFORMEN

Der Dialog zwischen Parlament und Industrie wird in der laufenden 18. Legislaturperiode spannender und komplexer. Die Industrie kann sich glaubhaft als Garant für Wohlstand und Lebensqualität positionieren. Die starke lokale Verankerung der jungen Abgeordneten eröffnet Spielräume für Dialog und Vertrauen. Es gilt, die gegenseitige Erwartungshaltung vorsichtig und verständnisvoll zu beschreiben und zu erörtern.

Im neu zusammengesetzten Parlament ist Industriepolitik mehr denn je zu einer Querschnittsaufgabe geworden, in dessen Mittelpunkt der Mensch mit seinen Bedürfnissen nach Wohlstand, Gesundheit und Lebensqualität steht.

→

02

POLITIK

Politische Rahmenbedingungen

30 – 83**Ökonomische, ökologische und industriepolitische Positionen der NE-Metallindustrie**

-
- 32 Deutschlands Energiepolitik braucht einen industriepolitischen Weg**
Sarah Bäumchen, Dr. Michael Niese

 - 36 Europa braucht eine klare Zukunft**
Rolf Kuby

 - 44 Tendenz Transparenz: Auch Megatrends brauchen Grenzen**
Franziska Erdle

 - 48 Green Growth und Ressourceneffizienz**
Rainer Buchholz

 - 52 Luftreinhaltung – ein Pflichtprogramm in der Industrie**
Daniel Quantz

 - 56 REACH gewinnt eine neue Dimension**
Dorothea Steiger

 - 62 Aktiver Umgang mit Metallen und ihren Risiken**
Dr. Martin Wieske

 - 70 Wer Transparenz fordert, muss Akzeptanz bieten**
Monika Setzermann

 - 74 Steuerpolitik zu Base Erosion and Profit Shifting**
Berthold Welling

 - 76 Metalle pro Klima: Kommunikation 2.0**
Melanie Dillenberg, Patricia Dichtl

 - 80 Strategisch, schnell und interaktiv: Neue Herausforderungen der Kommunikation**
Dirk Langolf
-

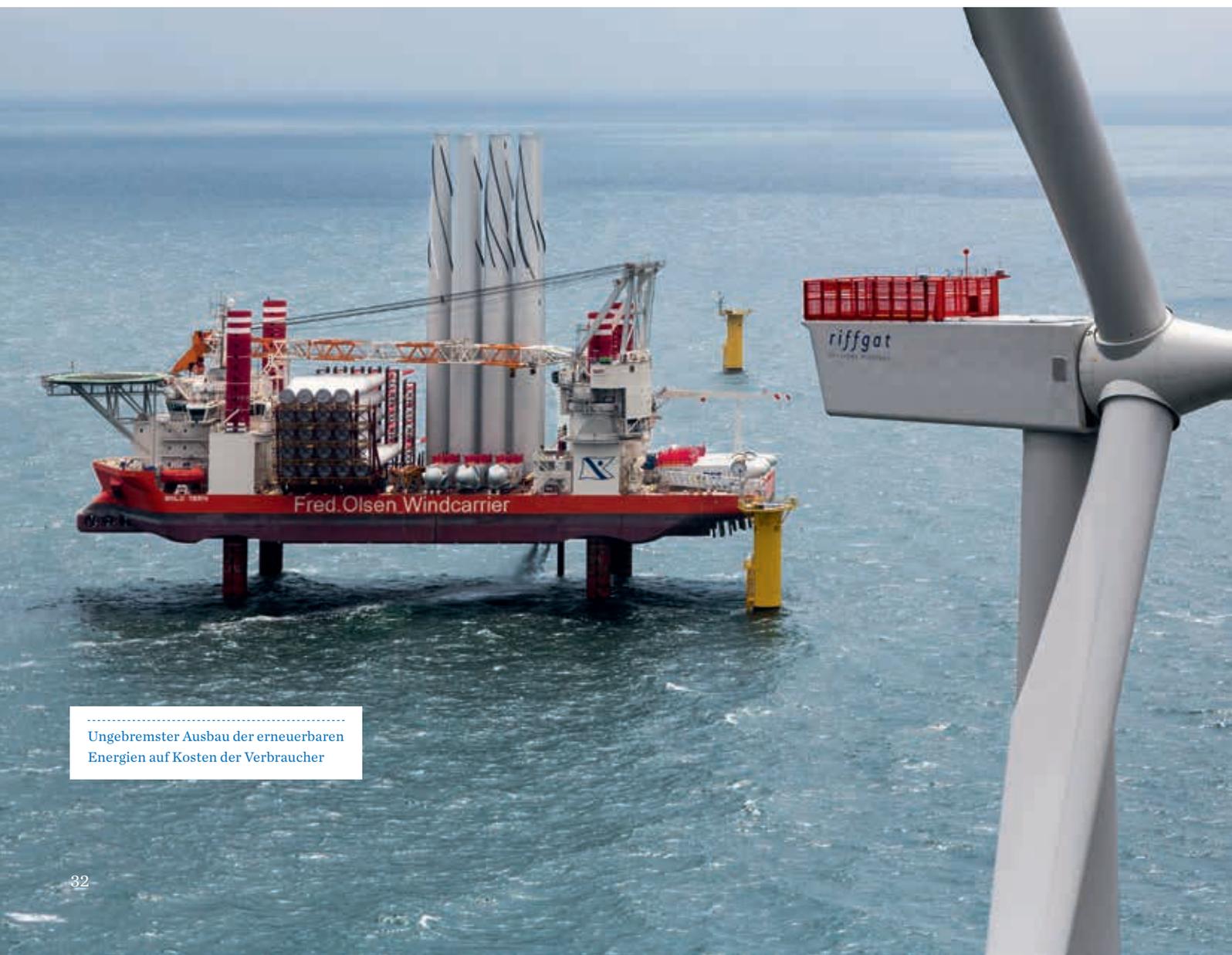
ENERGIE — SARAH BÄUMCHEN, DR. MICHAEL NIESE

Deutschlands Energiepolitik braucht einen industriepolitischen Weg

Politik

Die Energiewende ist einseitig auf die Stromerzeugung aus erneuerbaren Quellen ausgerichtet. Eine Verteilungsdebatte kann den Anstieg der EEG-Kosten nicht bremsen.

02.1



Ungebremster Ausbau der erneuerbaren Energien auf Kosten der Verbraucher

Die deutsche Energiepolitik ist zur europäischen Herausforderung geworden. Im Kern ist die deutsche Energiewende ein umfassender Umbau der Stromversorgung im geografischen Zentrum des europäischen Strommarktes und mitten im industriellen Zentrum Europas. Es entsteht ein natürliches Konfliktfeld, das von sensiblen Netzzuständen an den Kuppelstellen zu den Nachbarländern über kurzfristige negative Strompreise bis hin zum Streit über die Rechtskonformität der deutschen Energiegesetzgebung führt.

Die deutsche Industrie kämpft für Entlastungen, die von den wirklich Begünstigten der neuen Energiepolitik als Privilegien und Subventionen diskreditiert werden. Die neue Bundesregierung geht Reformen in einem ersten Schritt an. Weitere werden folgen müssen, denn sonst wären wir vom Dreiklang einer sicheren, sauberen und bezahlbaren Energie weit entfernt.

SICHER, SAUBER UND BEZAHLBAR

Die finanzielle Förderung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Quellen erreicht im laufenden Jahr in Deutschland einen neuen Höchstwert. Rund 24 Mrd. Euro werden den Stromverbrauchern abverlangt, um die Mehrkosten der Stromerzeugung aus Wind, Sonne, Wasser und Biomasse zu decken. Käme das Geld aus Steuermitteln, würden die Zahlungen an die Anlagenbetreiber etwa in Höhe des Verkehrsetats auf der vierten Position im Bundeshaushalt rangieren. Ein Förder-system dieses Ausmaßes ist beispiellos und muss sich an den Kriterien Effektivität und Effizienz messen lassen.

Die Stromverbraucher müssen darauf vertrauen können, dass die von ihnen gezahlten Umlagen zweckgerichtet und wirtschaftlich eingesetzt werden. Dahinter hat die EU-Kommission Ende 2013 mit der Eröffnung eines beihilferechtlichen Hauptprüfverfahrens gegen das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) und dem Entwurf neuer Umwelt- und Energiebeihilfeleitlinien (EEAG) ein doppeltes Fragezeichen gesetzt.

Die neuen Leitlinien legen europaeinheitliche Förderbedingungen für die Stromerzeugung aus erneuerbaren Quellen fest. Sie regeln, nach welchen Grundsätzen die Mehrkosten aus der Förderung er-

neuerbarer Energien für energieintensive Unternehmen im internationalen Wettbewerb begrenzt werden können. Genau diese Belastungsbegrenzung der Industrie in Form der Besonderen Ausgleichsregelung innerhalb des EEG steht wiederum im Rahmen des Beihilfeverfahrens gegen das EEG auf dem Prüfstand. Beides zusammengenommen verlangt nach einer Novellierung des EEG. Die Förderung des Ausbaus erneuerbarer Energien und die Entlastung stromintensiver Unternehmen von den Förderkosten müssen rasch auf eine neue, europarechtstaugliche Grundlage gestellt werden.

BEIHILFERAHMEN BEGRENZT POLITISCHEN SPIELRAUM

Die Neufassung des EEG soll bis zum Sommer des laufenden Jahres verabschiedet werden und muss für eine Genehmigung durch die EU-Kommission in das Korsett der neuen europäischen Beihilfeleitlinien passen. Die Kommission hat sich darauf festgelegt, Entlastungen grundsätzlich nur für bestimmte Branchen zuzulassen. Die Einzelfallentlastung außerhalb des Branchenansatzes bietet ausreichend Flexibilität. Allerdings wird ein zu zahlender Mindestanteil von 15 Prozent der EEG-Umlage die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen nicht sichern können.

Hier sind weitere Instrumente vorgesehen, um die effektive Belastung auf ein Mindestmaß wie bisher zu begrenzen. Daher müssen alle Spielräume ausgenutzt werden, um im konkreten Fall die EEG-Kosten auf das EU-konforme Minimum zu senken.

KOSTENBREMSE STATT UMVERTEILUNG

Dreh- und Angelpunkt wird es sein, die Entlastung sehr stromintensiver Unternehmen auf dem heutigen Niveau und die Mehrbelastung für stromintensive Unternehmen im Rahmen der Besonderen Ausgleichsregelung in engen Grenzen zu halten. Zugleich ist erforderlich, bisher voll belastete Unternehmen zumindest in den Genuss einer Teilentlastung kommen zu lassen, ohne den anderen Stromverbrauchern weitere Kosten aufzubürden.

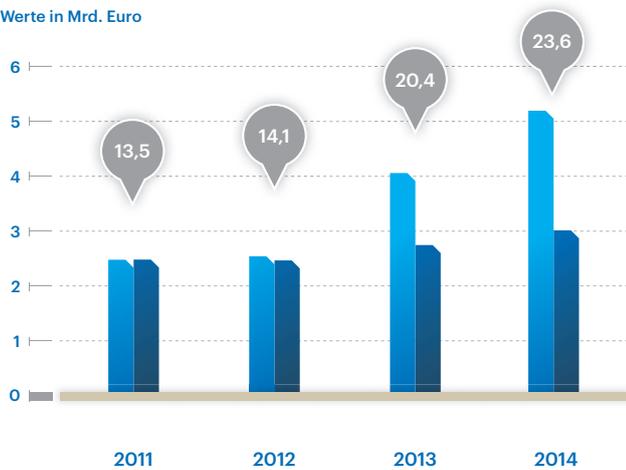
Als wäre dies nicht herausfordernd genug, hat die Politik die Zahl der entlasteten Unternehmen diskutiert, obwohl die Fallzahl keinen Einfluss auf die Umverteilung zwischen den Verbrauchergruppen hat. Entscheidend ist allein, welche Strommenge unter die Besondere Ausgleichsregelung fällt. Hier stehen erprobte Instrumente zur Verfügung, um im Einklang mit dem Beihilfenrecht die Entlastungen zielgenau zu steuern.

→

ERNEUERBARE ENERGIEN: KOSTEN GEGENÜBER ENTLASTUNGEN

■ Wert der Industrientalastung bei konstanten EEG-Kosten (Basis 2011)
■ Wert der Industrientalastung* ● EEG-Kosten gesamt

Alle Werte in Mrd. Euro



*Werte laut BMU/BAFA

Quellen: WVM, eigene Berechnungen, 2014

DIE NOVELLIERUNG DES EEG GLEICHT DER QUADRATUR EINES KREISES

Die Novelle des EEG gleicht der Quadratur eines Kreises und könnte nur durch eine grundlegende Reform des Fördersystems ohne Preis- und Absatzgarantien für neu zu errichtende Anlagen gelingen, da der Investitionsschutz bestehender Anlagen politisch bereits zugesichert wurde. Die Vorgaben aus Europa, die Einzelinteressen der Bundesländer und die auf eine kostenüberschießende Förderung setzende Gruppe aus Investoren, Projektentwicklern und Lieferanten lassen keinen radikalen Schnitt erwarten. Weder ein Ausbaustopp noch eine Kostensenkung stehen vor der Tür. Als letzter Ausweg rückt eine alternative Finanzierung stärker in den Mittelpunkt.

Vor allem die gesetzlich verankerten Zahlungsverprechen aus der Vergangenheit gefährden die Akzeptanz der Energiewende. Noch liegt kein Vorschlag auf dem Tisch, aus welchen Quellen jährlich rund 20 Mrd. € geschöpft werden können, ohne private Haushalte, Gewerbe und Industrie unverhältnismäßig zu belasten. Im Gegenteil, erste Gedanken wurden unter erheblichem politischen Druck schnell wieder zurückgezogen.

Die energieintensiven Industrien werden in der öffentlich geführten EEG-Debatte als Kostentreiber gescholten. Durch einen hohen Beitrag zum EEG sollen sie stärker dazu beitragen, die Lücke zu dem weitgehend wertlosen, aber teuer hergestellten Ökostrom

zu schließen. Selbst ohne die besondere Ausgleichsregelung wäre die EEG-Umlage 2014 nicht gesunken. Oder anders herum: Bei konstanten Kosten der Förderung erneuerbarer Energien entspräche die besondere Ausgleichsregelung 2014 einer Entlastung von 3 Mrd. €, vergleichbar zum Stand von 2011. Allerdings bleibt die Frage nach dem Sinn einer anderen Kostenumverteilung unbeantwortet. Denn in einem marktwirtschaftlichen System wird immer der Endkonsument die Kosten tragen müssen. Die Hersteller auf regional abgrenzten Märkten werden die Preise erhöhen, wenn die Produktions- und Vertriebskosten steigen.

Industrieunternehmen, die auf internationalen Märkten agieren, können ihre Preise nicht erhöhen, ohne Marktanteile und Kunden zu verlieren. Wird ihnen eine weitgehende Entlastung nationaler Mehrkosten versagt, werden unmittelbar Investitionen und nachfolgend in einem schleichenden Prozess Produktionskapazitäten, Arbeitsplätze und am Ende ganze Standorte verlagert. Ohne Besondere Ausgleichsregelung wird nur die ökonomische Basis reduziert, nicht aber die EEG-Umlage.

INVESTITIONEN IN NEUE WERKSTOFFE

Für die NE-Metallindustrie kommt es nach wie vor auf gute Investitionsbedingungen in Deutschland an. Verlässlichkeit und Planbarkeit sind die Voraussetzungen für kapitalintensive Investitionen in einer Branche, die im internationalen Wettbewerb steht. Die zurückliegenden Jahre sind bereits durch Substanzzehrung geprägt. Deutschland ist für energieintensive Unternehmen kein investitionsfreundlicher Standort mehr. Dem steht eine wachsende Nachfrage nach NE-Metallen in Deutschland und im Ausland gegenüber.

NE-Metalle bieten Lösungen auf viele globale Herausforderungen. Die Metallindustrie ist Europas größter Wirtschaftszweig und eng vernetzt mit vielen technologischen Führungsbranchen. Ohne die Metallindustrie wird es kein Wiedererstarken der europäischen Industrie geben. Um diese Stellung zu halten, bedarf es planbar wettbewerbsfähiger Energiepreise.

Durch die Energie- und Klimapolitik der vergangenen 15 Jahre ist Planbarkeit verloren gegangen. Wir erleben in der NE-Metallindustrie einen Prozess der schleichenden De-Industrialisierung. Der Kapitalstock schrumpft und altert. Dies sind schlechte Voraussetzungen, um im internationalen Wettbewerb zu bestehen. Durch sichere Investitionsbedingungen könnten wir es schaffen, den Schalter umzulegen und wieder Investitionskapital nach Deutschland zu lenken. Noch ist es nicht zu spät.

ENERGIEPOLITIK IST MEHR ALS EEG

Die Debatte um die Kostenverteilung überdeckt nicht nur die wahren Kostentreiber im Stromsystem, sie verfehlt zudem den Anspruch einer konsistenten Energie- und Klimapolitik im Gesamtsystem der Energieversorgung. Der Leitsatz sicher, sauber und bezahlbar gilt nicht nur für die Erzeugung, Verteilung und Verwendung von Strom, sondern auch für Wärme und Mobilität. Private Haushalte geben deutlich mehr Geld für Heizung und Kraftstoffe aus als für Strom. Auch die Industrie braucht ein breites Angebot an Energieträgern für die verschiedenen Produktionstechnologien.

Die gemeinsame Klammer für die nationalen, europäischen und globalen Energiemärkte umfasst Effizienz, Wettbewerb und diskriminierungsfreien Zugang zu den Ressourcen. Es bleibt bei der Aufgabe, das Zieldreieck der Energiepolitik zu realisieren und nicht nur zu beschwören. Ein Primat der Klimapolitik kann und darf es nicht mehr geben. Weder sind erneuerbare Energien der einzige Hebel, um die Energie-Importabhängigkeit Europas zu senken, noch kann Energieeffizienz allein Preisdifferenzen zu anderen Industrieregionen der Welt ausgleichen.

Die Politik trägt eine mehrschichtige Verantwortung, die energie- und klimapolitischen Ziele ausgewogen zu setzen, eine widerspruchsfreie Zuordnung von Zielen und Instrumenten vorzunehmen und die Instrumente im Detail wirksam und kosteneffizient auszugestalten.

Dies kann nur mit der Grundstoffindustrie gelingen: als Lieferant von Werkstoffen, als Investor und als Garant von Arbeitsplätzen und von Einkommen in Deutschland.

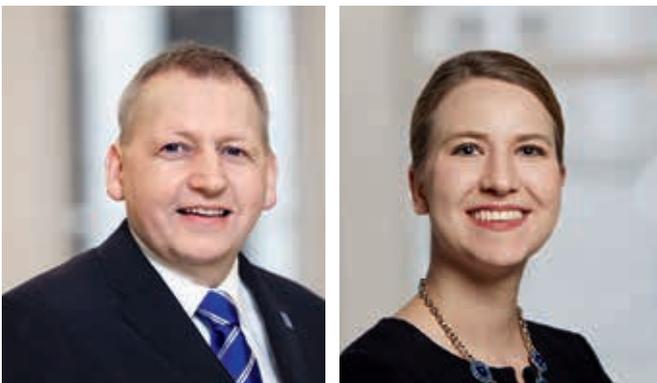
NEUE KLIMAZIELE NICHT AUF DEM RÜCKEN DER INDUSTRIE

Die EU-Kommission hat im Januar 2014 Vorschläge zur Ausrichtung der europäischen Klimapolitik und zu weiteren Änderungen des Europäischen Emissionshandelssystems (ETS) vorgelegt. Die Kommission strebt eine Reduktion des Treibhausgasausstoßes in Europa bis 2030 um 40 Prozent an. Der Anteil erneuerbarer Energien am Energieverbrauch einschließlich Kraft- und Heizstoffen soll auf 27 Prozent steigen. Der Energieverbrauch soll weiter sinken. Allerdings sollen nicht alle Ziele in verpflichtende Vorgaben auf Ebene der Mitgliedstaaten münden.

In Laufe des Jahres ist in Verhandlungen zwischen Kommission, Parlament und Rat mit einer Einigung in Vorbereitung auf die Klimakonferenz im Jahr 2015 in Paris zu rechnen. Dort wollen die Vereinten Nationen verpflichtende Ziele für alle Staatengruppen festlegen. Fraglich ist, ob dies gelingt und ob die europäische Vorreiterrolle ein internationales Abkommen fördert. Und nicht zuletzt, ob ein Abkommen zu gleichen Wettbewerbsbedingungen für energieintensive Industrien führt.

Die Reformvorschläge für die zukünftige Ausgestaltung des Handels mit Emissionszertifikaten (ETS) lässt befürchten, das neue Klimaziele wiederum oder noch stärker als in der Vergangenheit über das Instrument ETS und damit verstärkt auf dem Rücken der Industrie erreicht werden sollen. Die Industrie kann in begrenztem Umfang ihre Effizienzanstrengungen – deutlich andere Investitionsbedingungen als bisher vorausgesetzt – ausweiten, oder der Druck auf das Carbon Leakage wird sich erhöhen.

→|



AUTOREN

Dr. Michael Niese (links) ist Referent für Energie- und Klimapolitik bei der Wirtschaftsvereinigung Metalle. Sie erreichen ihn unter niese@wvmetalle.de

Sarah Bäumchen ist Referentin für Energie- und Klimapolitik bei der Wirtschaftsvereinigung Metalle. Sie erreichen sie unter baeumchen@wvmetalle.de

Europa braucht eine klare Zukunft

Politik

Die EU benötigt pragmatische, rationale und kosteneffiziente Lösungen, um zu einem Beispiel für nachhaltige Entwicklung für andere Industrienationen und Schwellenländer zu werden.

02.2

Rund fünf Jahrzehnte bewegte sich Europa auf einem gradlinigen Integrationskurs: Friedenssicherung und Vertrauensaufbau durch die Römischen Verträge, Wachstum und Wohlstand in der Zollunion, enge Zusammenarbeit bei den Schlüsselindustrien Kohle und Stahl durch die Montan-Union und im Agrarsektor. Hochrangige und charismatische Vertreter der europäischen Idee sorgten dafür, dass der EU-Beitritt attraktiv war. Es gelangen die Schaffung des Binnenmarktes, der Aufbau einer europäischen Identität und eines europäischen Profils gegenüber der restlichen Welt.

EUROPA MIT NEGATIVER BILANZ

Die jüngste Stärkung der europäischen Institutionen hat die Integration nicht weiter befördert: Die Kommission verstärkt durch Bürokratie und Regulierung zunehmend Desintegration und Entfremdung. Die Einführung des Euro überforderte den heterogenen Wirtschaftsraum der EU. Die geplante einheitliche Außenpolitik scheitert an den unterschiedlichen Doktrinen der Mitgliedstaaten. Die Bankenkrise und die Überschuldung der öffentlichen Haushalte offenbaren, dass viele Mitgliedstaaten nicht für Europa arbeiten, sondern von Europa leben wollen.

Die europäische Rechtsprechung greift tief in nationale Kultur- und Geschäftstraditionen ein. Es gelingt nicht, ein einheitliches europäisches Rechtsbewusstsein aufzubauen. Der Fokus der EU-Politik liegt zu sehr auf Umwelt- und Ressourcen-

regulierung. Das Europäische Parlament verstärkt diesen Trend noch und verstrickt sich im komplexen institutionellen Gefüge der EU.

Die Erörterungs- und Problematisierungsfunktion steht deutlich über der Entscheidungs- und Gestaltungsfunktion. Der Rat verfügt nicht über eine gemeinsame Europa-Strategie. Die Heterogenität der 28 Mitgliedstaaten stellt die Entscheidungsfindung immer wieder vor große Herausforderungen.

In der Außenpolitik konnte die EU die Nationalstaaten bisher nicht ersetzen. Für neue Handlungsfelder wie die IT-Sicherheit liefert die EU keine Lösungsbeiträge.





.....
Visionen für Europa sind gefragt zur Wahl des Europäischen Parlaments im Mai 2014.

Vor dem Hintergrund dieser im Saldo negativen Bilanz finden 2014 Wahlen zum Europäischen Parlament statt, und die Bürger erwarten Visionen anstelle endloser Diskussionen.

DIE EU-AGENDA IST ZU UMFASSEND

Ein durchregulierter europäischer Staatenbund ist auf dem Wege, die europäische Vision und Vielfalt zu zerstören. Mit einer Transferunion werden die Verantwortung der Einzelstaaten suspendiert, private Gläubiger aus der Haftung entlassen und individuelles Engagement geschwächt. Wenn der europäische Integrationsprozess zunehmend auf staatlich-administrativem Zwang beruht, ist es nicht verwunderlich, dass die Skepsis der Bürger gegenüber den europäischen Institutionen und dem als

alternativlos dargestellten Einigungsprozess wächst. Mit Sorge beobachten sie den Abbau von Bürger- und Freiheitsrechten. Die schleichende Entwicklung hin zum EU-Bundesstaat wird begleitet von einem bereits deutlich wahrnehmbaren Demokratiedefizit.

Es wird Zeit, dass sich die gesamte Gesellschaft wieder stärker um Europa kümmert und mit konstruktiver Kritik Reformen anstößt. Eine wesentliche Leitlinie dabei ist die Beschränkung. Die Kommission soll und muss sich im Interesse der europäischen Idee auf das Wesentliche konzentrieren, nicht zuletzt auch, weil die EU-Finanzressourcen knapper werden. Zur Stärkung der Akzeptanz Europas für eine vertiefte

→

Die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie muss zum zentralen Element aller EU-Politiken werden.

Integration bei den Bürgern ist eine strikte Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips unerlässlich. Aufgaben müssen dort verortet werden, wo sie am besten gelöst werden können: europäisch, national, regional oder lokal. Außerdem müssen sich Akte der EU am Verhältnismäßigkeitsgrundsatz messen lassen.

EU LOW-CARBON-KLIMA-STRATEGIE BIS 2050

Die EU entwickelt nahezu unaufhörlich langfristige Strategien bis 2050 auf Basis der Kommissionsvorlagen, den sogenannten Roadmaps. Das Europäische Parlament und der Rat begrüßen in ihren Entscheidungen diese Visionen. Den Bürgerinnen und Bürgern bleibt kaum Zeit, diese Bürokratie-Akte wahrzunehmen oder vertieft zu erörtern.

Die EU-Kommission hat unterschiedliche Fahrpläne seit 2011 entwickelt: die Low-Carbon-Klima-Roadmap 2050, die Ressourceneffizienz-Roadmap und die Energie-Roadmap 2050. Während die Klima-Roadmap ihren Schwerpunkt auf der Verringerung von Treibhausgasemissionen in der europäischen Wirtschaft um 80 bis 95 Prozent hat, zeigt die Energie-Roadmap verschiedene Wege zur Erreichung der formulierten, aber nicht abschließend oder demokratisch legitimierten Ziele auf. Hierbei werden Nachhaltigkeit, Energiesicherheit und Wettbewerbsfähigkeit thematisiert mit dem Fokus auf der Frage, wie Energiesicherheit und Wettbewerbsfähigkeit durch die Transformation zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft verbessert werden können.

Im aktuellen Grünbuch zur Energie- und Klimapolitik schlägt die Kommission vor, den Klimaschutz auf das Ziel der CO₂-Minderung zu beschränken. Damit kommt die Kommission den Forderungen der Industrie entgegen, beim Klimaschutz eine Zielhierarchie einzuführen, um die kostentreibenden Überlappungen der Klimaschutzinstrumente abzubauen. Konkret sollen die CO₂-Emissionen in Europa gegenüber 1990 bis 2030

um 40 Prozent sinken. Das EU-Ziel für den Ausbau der Erneuerbaren Energie soll verbindlich auf 27 Prozent Anteil am Endenergieverbrauch in 2030 festgeschrieben werden. Wie, das ist künftig Sache der Mitgliedstaaten.

DIE NATIONALE ENERGIEWENDE GELINGT NUR EUROPÄISCH

Die deutsche Energiewende kann nur gelingen, wenn sie europäisch integriert ist. Die Energiepolitik Berlins und der Länder muss mit der europäischen Energiestrategie und der unserer Nachbarstaaten koordiniert werden. Die beihilferechtlichen Prüfungen des EU-Wettbewerbskommissars und die vor dem Europäischen Gerichtshof anhängige Prüfung der Förder-systeme für Erneuerbare Energien auf Vereinbarkeit mit dem Binnenmarkt und der Freizügigkeit des Handels in der Union sind eindeutige Warnsignale.

Energie muss sicher, sauber und bezahlbar bleiben. Ohne diese grundlegenden Voraussetzungen ist Europa ökonomisch nicht überlebensfähig. Auch wenn Kompetenzen und Verantwortlichkeiten der Energiepolitik zwischen EU und Mitgliedstaaten aufgeteilt sind, so müssen die Ziele gemeinsam aufgestellt und verantwortet werden.

Der Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit muss als Ziel gleichberechtigt neben europäisch harmonisierten CO₂-Minderungszielen stehen. Für den weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien müssen realistische Ziele und ein solider Finanzrahmen gefunden werden. Durch die Etablierung des europäischen Emissionshandels hat die Förderung der Erneuerbaren Energien ihre Funktion als Instrument des Klimaschutzes eingebüßt.

Der Emissionshandel sorgt durch das Cap und die Reduktionsfaktoren für eine sichere Erreichung der CO₂-Minderungsziele, sogar im jetzt vorgeschlagenen verschärften Rahmen.

BELASTUNGSKONFLIKTE ZWISCHEN INDUSTRIEN LÖSEN

Unterschiedliche Mechanismen und Ziele zur Förderung von bestimmten Energiequellen führen zu unterschiedlichen Belastungsniveaus für die Energieverbraucher und sorgen dadurch für eine massive Wettbewerbsverzerrung zwischen stromintensiven Unternehmen innerhalb des europäischen Binnenmarkts.

Unbeschadet der gegenwärtigen rechtlichen Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten muss die EU auch die Entlastungen von Umlagen zur Finanzierung Erneuerbarer Energien für energieintensive Industrien harmonisieren. Ein solcher Rahmen sollte gleiche Bedingungen für Unternehmen innerhalb Europas schaffen und deren Wettbewerbsposition außerhalb Europas wahren. Diese Harmonisierung muss die energieintensiven Industrien stärken, die wesentliche Beiträge für die Wertschöpfungskette leisten.

Die EU muss darauf achten, nicht nur die Vorreiterrolle beim Klimaschutz im Blick zu haben, sondern muss auch seine industrielle Basis und Wettbewerbsfähigkeit erhalten und weiter steigern. Nur wenn es gelingt, die Wettbewerbsfähigkeit der gesamten Wertschöpfungsketten innerhalb eines ressourceneffizienten Systems zu stärken, wird der Rest der Welt dem Vorbild Europas folgen.

Die Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländer beobachten die europäische Entwicklung sehr präzise. Eine entsprechende Vorreiterrolle kann global gelingen, wenn entsprechende Politikmaßnahmen auf EU-Ebene nicht zu Carbon-, Job- und Investition-Leakage führen. Solange kein Level Playing Field für die europäische Industrie existiert, müssen deshalb auch alle Anti-Carbon-Leakage Instrumente Bestand haben.

DIE BEDEUTUNG DER INDUSTRIE FÜR DIE GESELLSCHAFT HERAUSSTELLEN

Europa ist der Geburtsort der modernen Industrie. In den vergangenen Jahren vollzog sich jedoch in sehr vielen Staaten der EU bei eher schwachen Wachstumsraten ein politisch induzierter struktureller Wandel zum Nachteil der Industrie. Zudem traten auf EU-Ebene ehrgeizige neue politische Ziele – insbesondere im Klima- und Umweltschutz – gegenüber dem Ziel einer starken, wohlhabenden und innovativen europäischen Wirtschaft in den Vordergrund.

Die intensive ökonomische Vernetzung hat Europa stark gemacht, den Wohlstand gemehrt und den Menschen ein hohes Maß an Sicherheit und Zufriedenheit gebracht. Die Bedeutung der Wirtschaft für die Entwicklung Europas ist eminent. Versuche, auf

→



WVM-Präsident Oliver Bell (links) im Gespräch mit EU-Energiekommissar Günther Oettinger: Industrie erfüllt gesellschaftliche Verantwortung – Politik erkennt Bedeutung von Industrie

die ökonomische Entwicklung stärkeren politischen Einfluss zu nehmen, führen in die europäische Desintegration. Das ist kein Freibrief für frühliberales ungehemmtes ökonomisches Verhalten, sondern die Warnung vor Überregulierung und Strangulierung unternehmerischer und wettbewerblicher Dynamik.

EU-INDUSTRIEPOLITIK ZWISCHEN ANSPRUCH UND WIRKLICHKEIT

Die Exporterfolge Deutschlands und anderer EU-Länder beruhen auf der Nachfrage nach wettbewerbsfähigen Qualitätsprodukten. Die administrative Begrenzung wirtschaftlicher Tätigkeit, wie sie die EU-Kommission derzeit erwägt, legt die Axt an den Kern der europäischen Idee, gemeinsam Erfolg und Wohlstand zu erarbeiten. Die Kommission sollte nicht übersehen, wo sich die Eckpfeiler der europäischen Volkswirtschaft befinden. So sollte es auch nicht schwer fallen zu akzeptieren, dass mehr Wettbewerbsfähigkeit für die gesamte EU nicht durch ein Cap für die Stärksten, sondern nur durch eine Steigerung der Konkurrenzfähigkeit aller erreicht werden kann.

Die EU-Industriepolitik ist gefangen zwischen Anspruch und Realität. Ernsthaften und richtigen Ansätzen fehlt nicht selten die Kraft für die Umsetzung. Der Industrieanteil an der gesamtwirtschaftlichen Leistung der EU ist 2013 weiter auf 15,1 Prozent gesunken. Ziel ist nach den Erklärungen der Kommission ein Anstieg auf 20 Prozent bis zum Jahr 2020.

Industriepolitik muss auf Wachstum und Beschäftigung setzen, nicht auf Regulierung und Ängste. Der Fokus muss auf positiven Rahmenbedingun-

gen für eine ganzheitliche nachhaltige Wirtschaftsstruktur liegen. Grundstoffindustrien stellen die Basis einer funktionierenden innovativen Wertschöpfungskette dar.

NEUAUSRICHTUNG AUF WETTBEWERBSFÄHIGKEIT DER EU

Da die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie ein zentrales Element der gesamten EU-Politik werden muss, um das Ziel eines 20-prozentigen Industrieanteils zu erreichen, muss der institutionelle Rahmen sowohl auf der Ebene des Rates als auch auf der Ebene der Kommission angepasst werden. Auf der Ebene der Europäischen Kommission sollte die Struktur an das Ziel der industriellen Renaissance angepasst werden. Die Kommission sollte dafür eine oder mehrere ihrer Institutionen mit neuen und wirklich greifenden Befugnissen versehen, die gewährleisten, dass Initiativen der EU diese Renaissance der Industrie nicht gefährden oder ihr abträglich sind. Vorzugsweise wäre eine gestärkte Rolle des Industriekommissars denkbar, um zugunsten der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie eingreifen zu können. Alternativ könnten dem Präsidenten der Kommission umfangreichere Befugnisse zur Beachtung der Wettbewerbsfähigkeit eingeräumt werden. Darüber hinaus müssen der Präsident und sein Generalsekretariat die koordinierende Rolle erfüllen, um auf mehr Kohärenz bei der EU-Gesetzgebung zu drängen, kumulative Wirkungen der Gesetzgebung stärker zu berücksichtigen und die Wettbewerbsfähigkeit als zentrales Anliegen der Europäischen Union Politik übergreifend zu fördern.

Wenn diese neue Politik aus pragmatischen, rationalen und kosteneffizienten Lösungen besteht und wieder mit dazu beiträgt, den europäischen Gedanken auch emotional aufzuladen, dann kann Europa zugleich für andere Industrienationen und Schwellenländer zu einem Beispiel für eine nachhaltige Entwicklung werden. Diesen Weg muss Europa schnellstens einschlagen.

→1



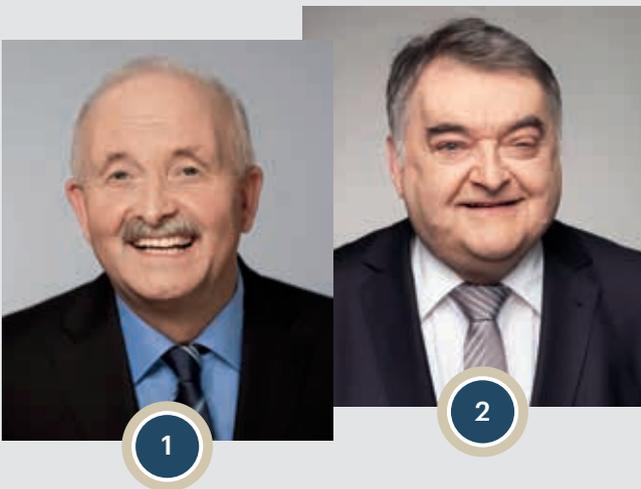
AUTOR

Rolf Kuby leitet das Europabüro der Wirtschaftsvereinigung Metalle in Brüssel. Sie erreichen ihn unter kuby@wvmetalle.de

Europa heute und morgen

4 Fragen / 4 Antworten

4 Europa-Abgeordnete im Gespräch

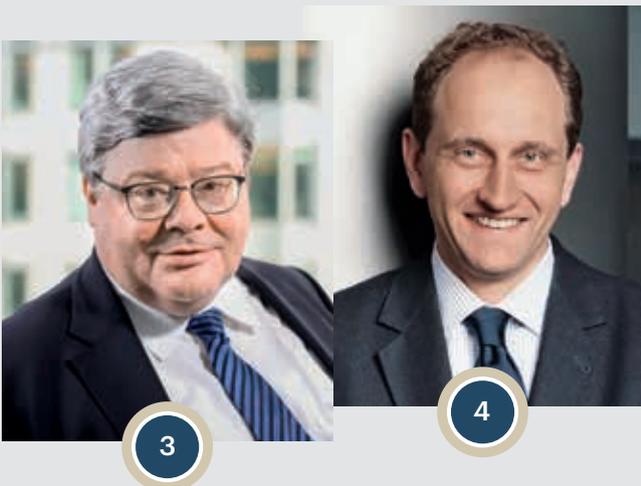


1 UDO BULLMANN

SEIT 1999 MITGLIED DES EUROPAPARLAMENTS
www.udo-bullmann.de

2 HERBERT REUL

SEIT 2004 MITGLIED DES EUROPAPARLAMENTS
www.herbert-reul.de



3 REINHARD BÜTIKOFER

SEIT 2009 MITGLIED DES EUROPAPARLAMENTS
www.reinhardbuetikofer.eu

4 ALEXANDER GRAF LAMBSDORF

SEIT 2004 MITGLIED DES EUROPAPARLAMENTS
www.lambsdorffdirekt.de

Europa heute und morgen

WELCHE EUROPÄISCHEN REFORMEN STEHEN AUF IHRER AGENDA GANZ OBEN?

UDOBULLMANN

Neben einer verstärkten Regulierung der Finanzmärkte (insbesondere einem verbesserten Verbraucherschutz) darf auch die Realwirtschaft nicht aus dem Auge gelassen werden. Um Arbeitsplätze und Wohlstand zu schaffen, brauchen Unternehmen Zugang zu einer verlässlichen langfristigen Finanzierung.

HERBERT REUL

Wenn die Menschen in Europa in 10 Jahren noch Arbeitsplätze und Wohlstand haben wollen, dann müssen wir auf Wachstumspolitik setzen. Das bedeutet Sicherung und Entwicklung von Industrie, statt sie weiter mit Auflagen zu belasten. Der Weg sind eine kluge Wettbewerbspolitik und ein Ende der übertriebenen staatlichen Vorschriften.

REINHARD BÜTIKOFER

Europa braucht eine Industriepolitik, in der Wettbewerbsfähigkeit mit Nachhaltigkeit verbunden wird. Innovation muss oben an stehen. Recycling, Energie- und Ressourceneffizienz müssen durch Forschung, Investitionen und Reformen beim Rechtsrahmen vorgebracht werden.

ALEXANDER GRAF LAMBSDORF

Europa braucht dringend Wachstumsimpulse. Nur in einem funktionierenden Binnenmarkt kann eine dynamische und wettbewerbsfähige Wirtschaft entstehen. Daher setzen wir uns für die Vollendung des europäischen Binnenmarktes ein, vor allem in zukunftssträchtigen Branchen wie der Informationstechnologie. Außerdem gilt es, den Freihandel voranzutreiben und die Bürokratie abzubauen.

WARUM SOLLTEN SICH EUROPA-POLITIKER MIT INDUSTRIEPOLITIK BESCHÄFTIGEN?

UDOBULLMANN

Der industrielle Sektor ist für die EU von großer Bedeutung: Er schafft jeden dritten Arbeitsplatz. Wir können keine der großen globalen Herausforderungen (Klimawandel, Bekämpfung von Armut und Unterversorgung, Balance zwischen Ökonomie und Ökologie) ohne eine aktive und koordinierte EU-Industriepolitik bestehen.

HERBERT REUL

In der EU sind seit 2007 3,8 Millionen Industrie-arbeitsplätze weggefallen. Damit Europa wettbewerbsfähig bleibt, ist es notwendig, Maßnahmen zu ergreifen, die die Industrie fördern. Nur so können wir Wachstum, Arbeitsplätze und Wohlstand sichern und schaffen. Es sollte ein Wettbewerbscheck für jedes neue Gesetz eingeführt werden, damit nicht Gesetze beschlossen werden, die der Industrie schaden.

REINHARD BÜTIKOFER

Ohne eine innovations-orientierte Industriepolitik wird Europa auf globaler Bühne wirtschaftlich nicht erfolgreich sein. Der Wettbewerb wartet nicht. Wer das Thema nicht ernsthaft anpackt, ignoriert dabei ein entscheidendes Instrument zur Gestaltung von Europas Zukunft.

ALEXANDER GRAF LAMBSDORF

Die Finanzkrise hat gezeigt: Länder mit starker Industrie haben sich viel schneller erholt. Industriepolitik ist auch künftig ein Garant für Wachstum und Wohlstand. Ein gemeinsamer Markt, koordinierte Handelspolitik, Arbeitnehmerfreizügigkeit – das sind Themen, die die gesamte EU betreffen. Eine verstärkte Zusammenarbeit in diesen Schlüsselbereichen ist daher unerlässlich.

WAS KANN DEUTSCHLAND IN DER EUROPAPOLITIK BESSER MACHEN?

UDOBULLMANN

Deutschland hat ein vitales Interesse am Gelingen der europäischen Einigung. Das muss es in seiner Europapolitik immer deutlich machen. Dazu gehört der Einsatz für ein sozialeres Europa, das Wachstum und soziale Sicherheit verbindet. Deutschland sollte sein Gewicht einbringen, ohne falsche Besserwisserei.

HERBERTREUL

Deutschland muss mehr Impulse setzen, die Wachstum bringen und den Wettbewerb fördern. Innovation und Forschung müssen im Vordergrund stehen, wenn wir weiterhin im internationalen Wettbewerb bestehen wollen. Auf Deutschland kommt als größter Mitgliedstaat in diesem Prozess eine führende Rolle zu.

REINHARD BÜTIKOFER

Deutschland darf nicht auf eine einseitige Austeritätspolitik setzen, sondern muss auf Investitionen fokussieren. Wirtschafts-, Industrie- und Rohstoffpolitiken müssen europäisch aufeinander abgestimmt werden. Nach außen braucht die EU eine gemeinsame Stimme.

ALEXANDER GRAF LAMBSDORF

Energie muss für alle Bürgerinnen und Bürger, aber auch für mittelständische Betriebe, Handwerk und Industrie bezahlbar bleiben. Deshalb schlagen wir vor, die Förderung langfristig in ein europaweites Mengensystem zu überführen. Das bedeutet, die Entwicklung von Erneuerbaren Energien nicht mehr über hohe Garantiepriese zu fördern. Vielmehr werden die Energieversorger verpflichtet, ihren Kunden einen bestimmten Anteil Erneuerbarer Energien zu verkaufen.

WAS KÖNNEN SIE PERSÖNLICH TUN, DAMIT DIE EUROPÄISCHE INDUSTRIE WÄCHST UND DER AUSSTOSS VON KLIMAGASEN SINKT?

UDOBULLMANN

Um dieses Doppel-Ziel zu erreichen, dürfen Politikfelder wie etwa die Handels-, Wettbewerbs-, Energie- und Umweltpolitik nicht losgelöst nebeneinander stehen, sondern müssen wie Zahnräder ineinander greifen. Die SPD im Europaparlament setzt sich für solch kohärente und umfassende Strategien ein.

HERBERTREUL

Hohe Energiekosten belasten Europas Industrie und damit auch unmittelbar europäische Arbeitsplätze, und übertriebene Klimaauflagen sowie strikte Regulierungen machen es nicht einfach, dagegen anzukommen. Dafür brauchen wir eine starke Mehrheit im Europäischen Parlament, die der europäischen Industrie zu mehr Wachstum verhelfen kann.

REINHARD BÜTIKOFER

Ich werde weiter die Reformen verfolgen, die in meinem Industriepolitik-Bericht dargelegt sind: RISE = Renaissance of Industry for a Sustainable Europe.

ALEXANDER GRAF LAMBSDORF

Um die Ziele des Klimaschutzes in Einklang mit einer wachsenden Wirtschaft zu bringen, müssen wir regionale Vorteile in Europa besser nutzen. Ich werde mich daher für ein gemeinsames europäisches Energienetz stark machen, damit die Stromkosten langfristig stabil bleiben. Dies ist gerade bei energieintensiven Industriezweigen unerlässlich, um Beschäftigung und Wachstum zu sichern.

Tendenz Transparenz: Auch Megatrends brauchen Grenzen

Politik

Bei dem Wunsch nach umfassender und jederzeit verfügbarer Information gilt es unterschiedliche Interessen gegeneinander abzuwägen und in Einklang zu bringen.

02.3

Alle Informationen sichtbar machen?

Transparenz ist ein Megatrend. Glasklar sollen alle Informationen sichtbar und verfügbar sein. Von allen Seiten schön anzusehen wie ein Kristall. Jede Unreinheit sofort ins Auge stechend. Versprochen wird im Gegenzug ein hoher Wert: Vertrauen.

Die Tendenz zur Transparenz hat seinen Ursprung im Wissensdurst des Menschen, dem Wunsch der Verbraucher nach Kontrolle und nach Selbstbestimmung. Politik und Märkte sind komplexe, schwer zu greifende Gebilde. Regeln für mehr Transparenz sollen helfen, sie zu kontrollieren und Möglichkeiten der Partizipation zu eröffnen. Der mündige Bürger pocht darauf, am Entscheidungsprozess stärker beteiligt zu werden. Er will Inhaltsstoffe, Herstellungsbedingungen und Lieferketten von Produkten kennen.

Der Wunsch ist nachvollziehbar, geben doch umfassende Informationen ein gutes Gefühl und führen zu vermeintlich unvoreingenommenen und legitimen Entscheidungen. Politik und Wirtschaft versprechen sich von mehr Transparenz Wählerstimmen und Wettbewerbsvorsprünge.

PLÄDOYER FÜR DAS GEHEIMNIS

Doch wie erstrebenswert ist die totale Information? Zu viele und zu komplexe Informationen machen den Blick eher diffus, als einen klaren Durchblick zu generieren. Sachverhalte müssen aufbereitet werden – klar und verständlich werden. Vereinfachung ist jedoch gleichbedeutend mit Unvollständigkeit und muss sich damit dem Vorwurf der Intransparenz aussetzen.

Der Wunsch nach vollständiger Transparenz stößt in allen Bereichen an seine Grenzen. Im Privaten, in der Politik, in der Wirtschaft. Denn: Es gibt gute Gründe für das Geheimnis! Was wäre unsere Gesellschaft ohne Arztgeheimnis, Rechtsanwaltsgeheimnis und Beichtgeheimnis? Nicht jeder muss alles wissen.

Geheimnisse sind wichtig. Sie schützen die Privatsphäre, schützen das allgemeine Persönlichkeitsrecht. Sie schaffen Räume der Vertraulichkeit, in denen Ideen entwickelt und vorabgestimmt werden können. Geheimnisse sind Grundlagen des funktionierenden Rechtsstaates und des gesellschaftlichen Zusammenlebens.

Auch die Marktwirtschaft würde ohne Geheimnisse nicht funktionieren. Märkte würden einbrechen, wenn jeder über alles Bescheid wüsste. Viele Unternehmen, und ganz besonders der deutsche Mittelstand, leben von ihrem Know-how und ihrem Spezialwissen. Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse sind die Kronjuwelen, mit denen sich deutsche Unternehmen als nationale Champions auf dem Weltmarkt positionieren. Mit ihrer starken Wettbewerbsstellung sichern sie industrielle Produktion und Arbeitsplätze und leisten damit einen wichtigen Beitrag zum Wohlstand in Deutschland.

Angesichts des Missbrauchspotenzials darf den Forderungen nach mehr Transparenz nicht voreilig nachgegeben werden. Denn sensible Daten und Informationen eines Unternehmens können nicht nur im Rahmen der Wirtschaftsspionage, sondern auch zu Sabotagezwecken genutzt werden. Analog zum privaten Bereich besteht auch im Bereich der Wirtschaft ein Anrecht darauf, nicht alle Informationen offenlegen zu müssen.

GUT GEMEINT – SCHLECHT GEMACHT. DIE KEHRSEITE DER TRANSPARENZ

Auch Europa schwimmt auf der Transparenzwellen. Beispiel: Rohstoffpolitik. EU-Handelskommissar Karel de Gucht hat Transparenzregeln zu Konfliktrohstoffen vorgeschlagen und testet damit die Grenzen von Machbarkeit und Praktikabilität. Seine Idee ist es, durch eine Transparenz entlang der Rohstofflieferkette Querfinanzierungen von Rebellen Gruppen oder Konflikte bei der Rohstoffgewinnung zu unterbinden.

Die WVM hat bei dieser Entwicklung als politischer Seismograph fungiert und die Wirkung der Thematik auf Unternehmen und Märkte früh erkannt. Damit konnte frühzeitig maßgeblicher Einfluss auf

→



EU-Handelskommissar Karel de Gucht und BDI-Präsident Ulrich Grillo bei der Übergabe der von der WVM mitinitiierten und mitfinanzierten Studie des Öko-Instituts zu Konfliktrohstoffen am 3. September 2013 in Brüssel.

die Willensbildung des Verbändenetzwerks sowie auf politische Entscheidungsträger genommen werden. Anstatt einer verpflichtenden Regulierung nach dem Vorbild des US-amerikanischen Dodd-Frank-Acts setzt die EU-Kommission nun auf einen freiwilligen Ansatz auf Basis von OECD-Leitlinien.

Mit der von der WVM mitinitiierten und mitfinanzierten Studie des Öko-Instituts zu Konfliktrohstoffen hat die deutsche Industrie ein deutliches Zeichen ihrer Gesprächsbereitschaft zu einem Zeitpunkt gesetzt, in dem die EU-Kommission an einem europäischen Regulierungsentwurf zu den Konfliktrohstoffen gearbeitet hat. Ziel war es, an einer konstruktiven Lösung mitzuarbeiten und ein Angebot an die Politik zum Dialog zu schaffen.

Die Studie hat große Medienresonanz ausgelöst, nicht nur weil sie von BDI-Präsident Ulrich Grillo öffentlichkeitswirksam an Kommissar de Gucht übergeben worden ist. Die Reaktionen zeigen vielmehr, dass die Kernbotschaft der Studie ankommen ist: Der amerikanische Dodd-Frank-Act ist zwar gut gemeint, aber schlecht gemacht. Er wirkt schon heute wie ein De-facto-Embargo und entzieht den Menschen und den Familien in den Konfliktgebieten die Lebensgrundlage durch den Kleinbergbau.

Die EU-Initiative zur Transparenz bei der Rohstoffgewinnung sollte sich daher nicht auf die Lieferkette konzentrieren, sondern vor Ort in den Konfliktgebieten die Voraussetzungen für den sukzessiven Ausbau des konfliktfreien Rohstoffhandels schaffen. Statt in kostenintensive verpflichtende downstream-Ansätze zu investieren, sollten die Ressourcen besser genutzt werden, um verantwortungsvollen Bergbau z.B. in der DR Kongo zu fördern. Transparenz um jeden Preis, das zeigt dieses Beispiel, kann zu Kosten in Milliardenhöhe führen, ohne dass sich eine Verbesserung der Situation einstellt.

WIEDERBELEBUNG DES MULTILATERALISMUS – DURCH TRANSPARENZ?

Mehr Transparenz – das war auch der Geist von Bali. Im Dezember 2013 hat die neunte WTO-Ministerkonferenz auf der indonesischen Insel eine historische Vereinbarung erzielt. Nach

Jahren des Stillstands ist Bewegung in die multilaterale Handelspolitik gekommen. Die 158 Staaten der World Trade Organization (WTO) haben verabredet, den Handel zu vereinfachen, sich über bestehende Regeln besser zu informieren und diese transparent anzuwenden. Der Fokus des Abkommens liegt allerdings nicht auf dem Abbau bürokratischer Handelshemmnisse, sondern nur auf mehr Transparenz und Nicht-Diskriminierung. Das für die deutsche Industrie wichtigste Thema der Doha-Development Agenda wurde damit nicht verhandelt.

Derweil steigt die Anzahl der handelsbeschränkenden Maßnahmen inflationär an. Anfang September 2013 hat die EU-Kommission einen besorgniserregenden Bericht über den Marktzugang in den Haupthandelsländern der EU vorgelegt. Danach hat der Protektionismus beachtlich zugenommen. Das Einführungstempo zusätzlicher Maßnahmen ist hoch, während sich die Rücknahmerate weiter verlangsamt. So wurden 150 neue Maßnahmen im Untersuchungszeitraum eingeführt, während nur 18 zurückgenommen wurden. Die EU-Kommission zählt heute insgesamt 688 protektionistische Maßnahmen.

Zu einem noch negativeren Ergebnis kommt der „Global Trade Alert“, den Forscher der Universität St. Gallen gemeinsam mit dem britischen Centre for Economic Policy Research regelmäßig vorlegen. Diese Untersuchung umfasst nicht nur die Haupthandelspartner der EU, sondern stellt eine weltweite Betrachtung dar. Entsprechend höher fallen die Zahlen aus. Danach haben die Staaten der Welt in den letzten zwölf Monaten über 400 neue Maßnahmen ergriffen, die den freien Welthandel behindern oder bedrohen.

Märkte werden abgeschottet, anstatt sie transparent und offen zu gestalten. Auch die Konferenz von Bali hat den Freihandel noch nicht aus diesem

Dilemma herausgeführt. Dennoch hat Bali Signalwirkung: Die Staaten der WTO haben das Potenzial und den Willen, eine Einigung zu erreichen. Der Kompromiss von Bali sollte daher als Auftakt verstanden werden, um mutig auf dem Weg des Multilateralismus voranzuschreiten und auch die liegen gebliebenen Themen im Rahmen der DOHA-Runde wieder anzufassen.

TRANSPARENZ IN DER POLITISCHEN INTERESSENVERTRETUNG

Auch in der Politik und in der Politikberatung bricht sich die Tendenz Transparenz Bahn. Nicht erst seit Kurzem begleiten Initiativen wie Lobbycontrol und Transparency International die Arbeit von Politik und Wirtschaft kritisch. Die ersten gläsernen Abgeordneten gibt es bereits. Auch andere Akteure des politischen Lebens, Unternehmen, Verbände, Stiftungen und NGOs, werden sich mit dem Trend auseinandersetzen müssen.

Die Piraten waren die erste politische Partei, die sich Offenheit zur Programmatik gemacht hat. Sie haben ihren Wahlerfolg 2011 in Berlin auf der Idee der vollständigen Transparenz in der Parteiarbeit gegründet. Den Realitätscheck haben öffentliche Sitzungen und Nachvollziehbarkeit der Entscheidungsfindungen durch „liquid feedback“ jedoch nicht bestanden. Die Partei blockierte sich mit internen Streitereien und war damit für die Bundestagswahl 2013 nicht mehr entscheidungsrelevant. Zugleich war keine Partei mehr bereit oder in der Lage, ordnungspolitische Freiräume zu fordern. Ergebnis ist das Fünf-Parteien-Parlament der 18. Legislaturperiode mit seinen schwierigen Mehrheitsverhältnissen.

Gerade in den Zeiten einer großen Koalition erfüllt die politische Interessenvertretung eine wichtige demokratische Funktion. Insbesondere wenn die Korrektivkraft der Opposition mit nur rund einem Viertel der Parlamentssitze auf ein Minimum ge-

schrumpft ist, ist eine starke Interessenartikulation durch Wirtschaft und Gesellschaft wichtiger denn je. Hier ist es Aufgabe der nichtparlamentarischen Akteure, aktiv zur Entscheidungsfindung beizutragen und die politischen Konzepte der Regierungsparteien an der sozialen und ökonomischen Wirklichkeit zu messen – sie in dieser Hinsicht transparent zu machen.

Die WVM mischt sich ein – mit transparenten nachvollziehbaren wirtschaftspolitischen Positionen und klaren belastbaren Fakten.

HALTUNG DES GEGENSEITIGEN RESPEKTS AUF ALLEN SEITEN FÖRDERN

Die parlamentarische Demokratie basiert auf dem Vertrauen des Volkes. Transparenz ist notwendig, um die Verfolgung der politischen Entscheidungsfindung zu ermöglichen. Die WVM baut auf die Transparenz politischer Entscheidungen und arbeitet mit ihr. Jedoch ist Transparenz an sich auch keine absolute und uneingeschränkte Verpflichtung. Sie muss stets im Verhältnis zu anderen konkurrierenden Zielen beurteilt werden. Auch der Staat braucht einen geschützten Raum, der nicht allen zugänglich ist.

Einschränkungen der Transparenz sind im übergeordneten Interesse der Gemeinschaft oder dort, wo Grundrechte betroffen werden, wichtig und richtig. Die Abwägung der unterschiedlichen Interessen ist im Einzelfall zu beurteilen. Notwendig ist in jedem Falle auf allen Seiten eine Haltung des gegenseitigen Respekts, manchmal sogar Vertrauens ohne völlige Transparenz.

→



AUTORIN

Franziska Erdle ist Geschäftsführerin und Außenwirtschaftsexpertin der Wirtschaftsvereinigung Metalle. Sie erreichen sie unter erdle@wvmetalle.de



UMWELT — RAINER BUCHHOLZ

Green Growth und Ressourceneffizienz

Politik

*Intensive Diskussionen über Spagat zwischen Innovation
und Konfrontation auf europäischer und nationaler Ressourcen-
effizienzagenda dauern an.*

02.4

Dank innovativem Leichtbau und Aluminium-Hybridkarosserie sinkt das Gesamtgewicht der neuen C-Klasse von Mercedes Benz um etwa 100 Kilogramm im Vergleich zum Vorgänger, was zu einem Minderverbrauch von bis zu 20 Prozent ohne Leistungsverlust führt.

Mehrere große internationale Klimakonferenzen sind gescheitert, weil die Alternativen Klimaschutz oder Wachstum als scheinbar unversöhnliche Gegensatzpaare gegenüberstanden. Seit der Rio-20-Konferenz von 2012 etabliert sich der Begriff des umweltgerechten Wachstums. Green Growth oder Green Economy wird vornehmlich in Europa als nahezu perfekte symbiotische Synthese gehandelt, um industriebasiertes Wachstum mit den Belastungsgrenzen des Planeten Erde zu vereinbaren.

Green Growth provoziert unterschiedliche Urteile. Der frühere Präsident des Umweltbundesamtes, Jochen Flasbarth, formuliert: „Früher häufig als Kostentreiber und Wachstumsbremse verrufen, hat der Umweltschutz das Potenzial zum Wohlstandstreiber moderner Volkswirtschaften“ (UBA-Pressemitteilung 14/2012). Das Institut für Weltwirtschaft (IfW) in Kiel ist skeptisch: „Die Verheißung, nach der Green Growth nicht nur für die Umwelt, sondern auch für Wachstum und Beschäftigung einen Gewinn darstellt, ist ein Trugbild, das in den Erzählungen des Barons von Münchhausen gut aufgehoben wäre, in einem seriösen wirtschaftspolitischen Konzept aber keinen Platz hat. Die erhoffte doppelte Dividende gibt es schlichtweg nicht“ (IfW Fokus 135).

DER UMWELTFUSSABDRUCK ALS VISITENKARTE FÜR GREEN GROWTH?

In der Debatte um Green Growth werden derzeit zwei Instrumente dahingehend geprüft, ob und in welcher Weise sie die Symbiose fördern: Zum einen wird international und national intensiv über einen bewussteren und nachhaltigeren Umgang mit Ressourcen diskutiert. Das Stichwort lautet „Erhöhung der Ressourceneffizienz“. Zum anderen treibt die europäische Umweltpolitik die Erhöhung der Markttransparenz für „Grüne Produkte“ unter dem Stichwort „Umweltfußabdruck von Produkten“ (Product Environmental Footprint – PEF) als neues ökologisches Optimierung- und Steuerungsinstrument energisch voran.

Beide Instrumente machen den Spannungsbogen zwischen Suffizienz und Innovation, zwischen Staat oder Markt, innerhalb derer sich die Debatte entfaltet, besonders deutlich: Während in der Diskussion um Ressourceneffizienz vor allem Befürworter enger staatlicher Vorgaben an den Verbrauch von Ressourcen oder

die Nutzung der Umweltmedien Wasser, Boden oder Luft dominieren, werden auf der anderen Seite vermehrt die Potenziale des marktwirtschaftlichen Wettbewerbs um „grüne Produkte“ über bessere Markttransparenz für Verbraucher gesehen.

ERFOLGE BEI RESSOURCEN-EFFIZIENZ

Die Ressourceneffizienz rückt auf der politischen Agenda stetig weiter nach oben. Immer häufiger wird die Frage gestellt: Wie geht die Gesellschaft künftig mit Rohstoffen und Umweltgütern um? Mit dem Fahrplan „Ressourcenschonendes Europa“ formuliert die EU das Ziel, das Wirtschaftswachstum bis 2020 komplett vom Anstieg des Ressourcenverbrauchs abzukoppeln.

EU-Umweltkommissar Janez Potocnik hat mit der Europäischen Ressourceneffizienzplattform (EREP) ein High-Level-Beratergremium einberufen, das konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Ressourceneffizienz erarbeitet hat. Die deutsche Bundesregierung verabschiedete als einer der ersten EU-Mitgliedstaaten ein eigenes Ressourceneffizienzprogramm, den Aktionsplan Ressourceneffizienz (ProgRes).

Wo steht die Industrie bei der Ressourceneffizienz heute? Derzeit stammt ein Drittel der Werkstoffe eines PKWs vom Typ Golf VII aus dem Recycling, einzelne Bauteile bestehen sogar zu 100 Prozent aus Sekundärrohstoffen wie das Doppelkupplungsgetriebe. Das Ergebnis der Umweltökonomischen Gesamtrechnungen des Statistischen Bundesamtes für den Zeitraum 2000 bis 2012 lautet: In Deutschland werden weniger Rohstoffe verbraucht, und die Menge der Einträge in die Umwelt sinkt.

Gleichzeitig wird heute aus Umweltgütern ein höherer Ertrag gewonnen als in der Vergangenheit. Das heißt, die Materialien werden immer effizienter genutzt. Gleiches gilt für Rohstoffe: Der Einsatz von



ANREIZE FÜR UNTERNEHMEN

Welche Formen der Unterstützung würden Ihnen am meisten dabei helfen, ein Angebot an ökologischen Produkten/Dienstleistungen einzuführen?

Basis: KMU in der EU28, die keine ökologischen Produkte/Dienstleistungen anbieten
Quelle: Europäische Kommission, Flash Eurobarometer, 09/2013

29%

Finanzielle Anreize zur Entwicklung von Produkten/Dienstleistungen

17%

Unterstützung bei der Erfassung potenzieller Märkte oder Kunden

16%

Technische Unterstützung und Beratung bei der Entwicklung von Produkten/Dienstleistungen

abiotischen Rohstoffen wie Erzen reduzierte sich im Zeitraum von 2000 bis 2012 um fast acht Prozent. Der Primärenergieverbrauch ging um 4,5 Prozent zurück. Zwischen 2000 und 2012 stieg die gesamtwirtschaftliche Produktivität um fast ein Viertel – fast zwei Prozent jährlich. Für Energie gab es im gleichen Zeitraum einen Effizienz-Zuwachs von fast einem Fünftel oder knapp 1,5 Prozent jährlich.

Angesichts dieser Erfolge muss man für die Zukunft fragen: Fördern oder Fordern? Für die Industrie ist die Antwort klar. Nach einer aktuellen Umfrage bei mehr als 11.000 europäischen Unternehmen befürwortet die überwiegende Zahl finanzielle Anreize, Unterstützung bei der Erfassung potenzieller Märkte oder Kunden bzw. technische Unterstützung und Beratung bei der Entwicklung von Produkten, Dienstleistungen und Produktionsverfahren. Denn die Transformation zu einer ressourcen- und energieeffizienteren Herstellung und Nutzung von Gütern ist hochkomplex. Auch aus Sicht der NE-Metallindustrie ist das Thema vielschichtig. Zum einen ist der Wirtschaftszweig im Höchstmaß auf den Import von Rohstoffen angewiesen und hat angesichts deren Wertes seit jeher ein Interesse, immer effizienter damit umzugehen. Gerade ein effizienter Umgang mit Ressourcen wie Energie, Rohstoffen und Umweltgütern ist schon heute ein nicht zu unterschätzender wichtiger Kosten- und Imagefaktor im internationalen Wettbewerb.

Zum anderen stehen insbesondere hochpreisige Metalle unter permanenter Überprüfung von Kunden in der Automobil- oder Elektro- und Elektronikindustrie im Hinblick auf ihren optimalen

Einsatz. Hier geht es aber trotz eines scharfen internationalen Kostendrucks in aller Regel nicht darum, in einem Produkt pauschal möglichst wenige Metalle einzusetzen, sondern deren Einsatzmenge zu optimieren. Denn Metalle erfüllen eine Vielzahl unverzichtbarer Funktionen und tragen entscheidend zur Energie- und Ressourceneffizienz von Produkten bei. Das Optimierungskalkül der Hersteller führt in vielen Fällen sogar zum Mehreinsatz von Metallen, der sich in einer umfassenden Lebenszyklusbetrachtung durchaus positiv auf die Gesamt-Ressourceneffizienz auswirken kann.

NEUE UNEP-STUDIE

Eine Studie, die vom Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) veröffentlicht wurde, macht hierzu wichtige Aussagen: Die Metallnachfrage wird durch die von der Politik forcierte Umstellung der Energieerzeugungstrukturen von fossilen auf erneuerbare Energien drastisch erhöht. Metalle tragen wesentlich dazu bei, dass weltweit weniger Energie verbraucht wird und der Wandel zu einer Green Economy gelingt.

Wie immer entstehen auch beim Thema Ressourceneffizienz Zielkonflikte. Zunächst einfach erscheinende Verbesserungen können gravierende Veränderungen des Gesamtprozesses nach sich ziehen. Steigende Anforderungen an die Ressourceneffizienz bei gleichbleibender Funktionalität der Produkte

bedingen stets komplexere Materialzusammensetzungen, die auch aufwändigere Fertigungsabläufe und Recyclingkreisläufe mit sich bringen. Dies führt nicht nur zu ressourcenintensiveren Maschinenparks; auch das Recycling von aus mehr Werkstoffen bestehenden, leichteren Materialverbänden bedeutet größere Herausforderungen. Metallanteile, die in immer geringerer Konzentration in Produkten und Komponenten vorhanden sind, sind schwerer zurückzugewinnen und bedürfen oft einer aufwändigen Separierung oder Aufkonzentration, damit sich ein Recycling lohnt. Nicht selten führen Erfolge bei der Ressourceneffizienz in eine ökologische Sackgasse: Energie- und ressourceneffizientere Produkte können bisher gebundene Kaufkraft freisetzen und an anderer Stelle den Ressourcenverbrauch erhöhen (Rebound-Ef-

fekt). Ressourceneffizienzverbesserungen können daher nicht isoliert auf einzelne Prozessschritte bezogen werden, sondern müssen auf Basis umfassender und vollständiger Lebenszyklusbetrachtungen stattfinden und beurteilt werden.

RESSOURCENEFFIZIENZ- POTENZIALE

Anstrengungen bei der Ressourceneffizienz benötigen unterstützende politische Flankierung. Die Politik muss mehr als bisher darauf hinwirken, illegale Exporte von Gebrauchsgütern und Abfällen einzudämmen. Das Recycling im Ausland ist in aller Regel im Vergleich zu deutschen Anlagen mit hohen Rohstoffverlusten bei der Ausbringung verbunden. Neben der konsequenten Umsetzung des bestehenden Rechts könnte eine globale Zertifizierung von Recyclinganlagen verhindern, dass dringend benötigte Rohstoffe in Anlagen verschwinden, die nicht den europäischen Umwelt- und Effizienzstandards genügen.

Enorme Ressourcenpotenziale sind in langlebigen Anwendungen wie zum Beispiel in Gebäuden versteckt. Nicht zielführend sind staatliche Maßnahmen wie Rohstoffsteuern, da sie die ohnehin hohen Materialkosten in der deutschen Wirtschaft weiter erhöhen und die Wettbewerbsfähigkeit der ohnehin effizientesten Unternehmen verringern. Grundsätzlich nicht zielführend sind pauschale Reduzierungsvorgaben an den Ressourceneinsatz. Auch verbindliche Rezyklatgehalte in Produkten sind der falsche Weg, da sie knappe Sekundärrohstoffe in bestimmte Verwendungen lenken und den Marktdruck und die Preise erhöhen.

→

KRITERIEN FÜR RESSOURCEN-EFFIZIENZ

Bedeutet Ressourceneffizienz, in einem Produkt möglichst wenig Ressourcen einzusetzen?
Nur bedingt!



In der Herstellung beträgt
der **Mehreinsatz:**

+ **3 kg** Kupfer
+ **30 kWh** Strom bzw.
+ **21 kg** CO₂

In der Nutzung beträgt
die **Ersparnis:**

– **13000 kWh** Strom bzw.
– **7,5 t** CO₂

Beispiel Elektromotor

Mehr Kupfer einzusetzen führt über die Lebensdauer des Motors zu einer **Einsparung von rund 13000 kWh** an elektrischer Leistung.

Dies **vermeidet über 7,5 t CO₂**. Um 3 kg Kupfer zu erzeugen, wird weniger als 21 kg CO₂ benötigt. Es wird somit die **430-fache Menge an CO₂ eingespart**.

Quelle: Faktencheck Ressourceneffizienz, BDI



AUTOR

Rainer Buchholz ist Referent für Kreislaufwirtschaft und Ressourceneffizienz der Wirtschaftsvereinigung Metalle. Sie erreichen ihn unter buchholz@wvmetalle.de

Luftreinhaltung – ein Pflichtprogramm in der Industrie

Politik

Der Schutz von Umweltmedien liegt in der gemeinsamen Verantwortung von Politik, Gesellschaft und Industrie. Eine erfolgreiche Umsetzung kann nur mit und nicht gegen die Industrie erfolgen.

02.5



Umweltfreundliches Wärmebehandlungskonzept
in der Aluminiumindustrie

Die EU Kommission macht es sich in der Regel nicht leicht und setzt sich in der Neuausrichtung der Umweltpolitik ambitionierte Ziele. Die gesamte europäische Luftreinhaltepolitik zu überarbeiten, klingt zunächst zwar ehrgeizig, allerdings haben sich die anstehenden Revisionen maßgeblicher Richtlinien im Bereich der Luftreinhaltepolitik in den vergangenen Jahren immer wieder verzögert.

Die EU-Kommission hat das Jahr 2013 zum „Jahr der Luft“ ausgerufen und angekündigt, im Herbst 2013 ein umfassendes Gesetzespaket zur Verbesserung der Luftqualität auf den Weg zu bringen. In den vergangenen Monaten konnten sich Bürger und Experten an verschiedenen Konsultationsverfahren beteiligen, um ihre Anliegen in den Gesetzgebungsprozess einzubringen.

Kurz vor Jahresende hat die Kommission ihr Maßnahmenpaket verabschiedet. Es setzt sich aus mehreren Teilen zusammen und wird die Industrie auch 2014 umfänglich beschäftigen:

- Das neue Programm „Saubere Luft für Europa“ enthält Maßnahmen, durch die sichergestellt werden soll, dass bestehende Ziele kurzfristig erreicht werden, sowie neue Luftqualitätsziele für den Zeitraum bis 2030. Das Paket umfasst auch Unterstützungsmaßnahmen zur Senkung der Luftverschmutzung, mit Schwerpunkten auf der Verbesserung der Luftqualität in Städten, der Förderung von Forschung und Innovation sowie der Förderung der internationalen Zusammenarbeit.
- Eine überarbeitete Richtlinie über nationale Emissionshöchstmengen mit strengeren nationalen Emissionshöchstmengen für die sechs wichtigsten Schadstoffe Schwefeldioxid (SO₂), Stickoxide (NO_x), flüchtige organische Verbindungen (NMVOC), Ammoniak (NH₃), Feinstaub (PM_{2,5}) und Methan (CH₄).
- Ein Vorschlag für eine neue Richtlinie zur Verringerung der Verschmutzung durch mittelgroße Feuerungsanlagen, mit der eine Regelungslücke zwischen Klein- und Großfeuerungsanlagen geschlossen werden soll.

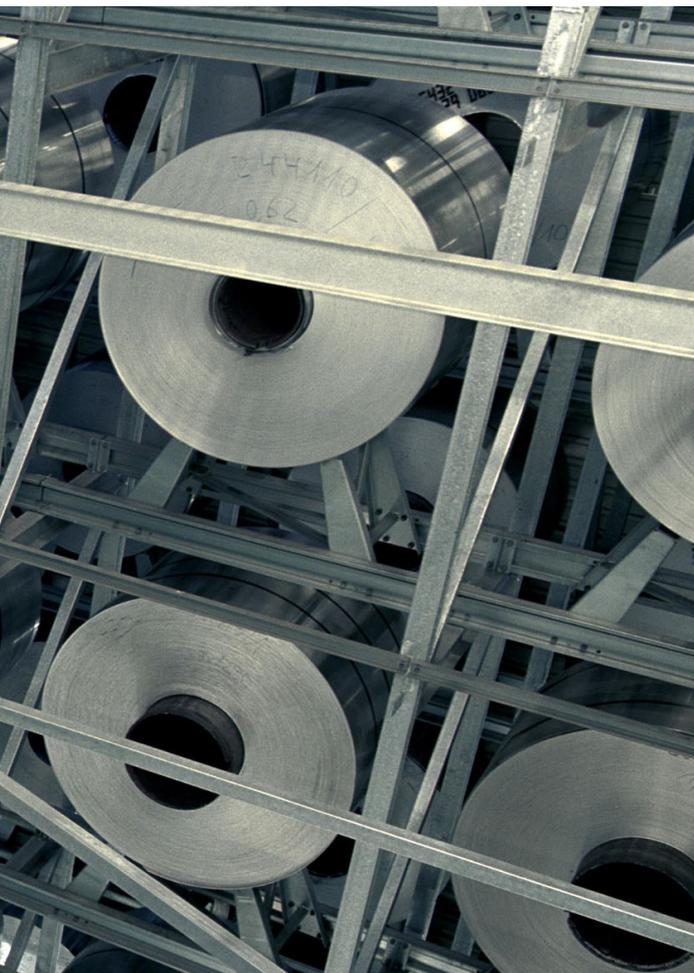
Mit dem Richtlinienvorschlag der EU-Kommission zur Begrenzung der Emissionen bestimmter Schadstoffe aus mittelgroßen Feuerungsanlagen in die Luft (MCP-Richtlinie) sollen die Emissionen bestimmter Schadstoffe (Schwefeldioxid, Stickoxide und Feinstaub) aus Feuerungsanlagen mit einer Feuerungswärmeleistung von 1 – 50 Megawatt (MW) in die Luft durch kostenwirksame Maßnahmen erheblich reduziert werden.

Die Richtlinie wird eine große Zahl von Anlagen zur Erzeugung von Raum- und Prozesswärme in der Industrie erfassen. Gleichzeitig soll mit dem Vorschlag der Regelungsrahmen auf europäischer Ebene vervollständigt werden.

ZIELKONFLIKTE ZWISCHEN RICHTLINIEN VERMEIDEN

An Produktionsstandorten der Nichteisen(NE)-Metallindustrie werden zahlreiche kleine und mittlere Feuerungsanlagen betrieben, um Heizwärme und technische Wärme für Fertigungsprozesse sowie zur Abluftreinigung zu erzeugen.

→



Umweltverträglichkeitsprüfung

Die EU-Kommission hat am 26.10.2012 einen Vorschlag zur Änderung der Richtlinie 2011/92/EU über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten (UVP-Richtlinie) vorgelegt.

Die UVP-Richtlinie enthält Regelungen, wonach bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten vor der Genehmigung eine Prüfung der möglichen Umweltauswirkungen dieser Projekte vorgenommen werden muss.



Die Wirtschaftsvereinigung Metalle setzt sich dafür ein, dass der Anwendungsbereich der Richtlinie auf Feuerungsanlagen mit einer Feuerungswärmeleistung von 20 bis 50 MW beschränkt wird. Weiterhin sollten die Emissionsgrenzwerte nicht über denen der Richtlinie über Industrieemissionen ausgestaltet werden und nicht über die Vorgaben des deutschen Immissionsschutzrechts hinausgehen.

Infolge der langjährigen Anwendung der Technischen Anleitung zur Reinhaltung der Luft (TA Luft) sind die Anforderungen an die industriellen Emissionen in Deutschland bereits hoch und anspruchsvoll. Eine weitere Verschärfung sollte – auch mit Blick auf die anderen EU-Mitgliedstaaten – sowie unter Beachtung anderer industriepolitischen Ziele mit Augenmaß und im Einklang mit den Investitionszyklen der Industrie umgesetzt werden.

Die in der geplanten MCP-Richtlinie vorgeschlagene Registrierung, Überwachung und Einhaltungskontrolle sollte praktikabel und Kosten schonend umgesetzt werden.

UMWELTVERTRÄGLICHKEITSPRÜFUNGEN MÜSSEN REALITÄTSNAH BLEIBEN

Fast zeitgleich haben sich die Vertreter der EU-Mitgliedstaaten und des Europäischen Parlaments auf einen Kompromiss zur Revision der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) geeinigt. Mit der formellen Annahme der revidierten Richtlinie ist im Laufe des ersten Quartals 2014 zu rechnen. Durch die Neuerungen wird das UVP-Verfahren – abhängig von der nationalen Umsetzung der Richtlinie – künftig komplexer und teurer und nicht wie beabsichtigt einfacher werden.

Die Kommission konnte sich mit ihrem Anliegen durchsetzen, künftig auch Aspekte wie Biodiversität sowie Katastrophenvorsorge in UVP-Verfahren einzubeziehen. Gleichzeitig werden in Zukunft auch die gemeinsamen Auswirkungen mehrerer mit-

einander in Verbindung stehenden Projekte stärker beachtet, die jedoch nicht im Rahmen einer einzigen Umweltverträglichkeitsprüfung abgehandelt werden. Mit höherem Aufwand ist für alle Beteiligten aufgrund der Ausweitung der Vorprüfung zu rechnen. Insbesondere die Verpflichtung der Träger zur Erstellung von Basis- bzw. Alternativszenarien im Rahmen der Projektentwicklung könnte einen erheblichen Mehraufwand in der Bearbeitung verursachen.

Im Zuge des Gesetzgebungsprozesses auf europäischer Ebene brachte die WVM ihre Positionen ein. Im Dialog mit deutschen Mitgliedern des Europaparlaments konnten gemeinsam mit den europäischen Dachverbänden und dem Bundesverband der Deutschen Industrie die Konsequenzen für die Wirtschaft aufgezeigt werden, ohne dass es der von der Kommission gewollten Zielrichtung zuwider läuft. Auch in Zukunft bleibt bei UVP-Verfahren die Einbeziehung des globalen Klimawandels unberücksichtigt. Auch eine Einbindung materieller Rechtsvorschriften aus weiteren Richtlinien konnte als hoher bürokratischer Aufwand ohne wesentlichen ökologischen Mehrwert als nicht zielführend identifiziert werden.

UMGANG MIT WASSERGEFÄHRDENDEN STOFFEN KÜNFTIG EINHEITLICH GEREGLT

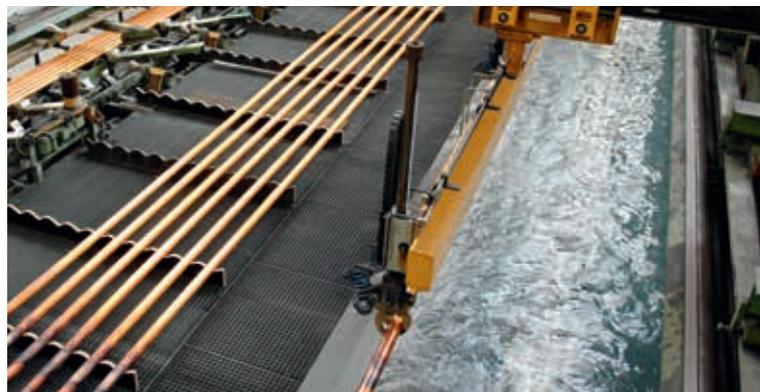
Das Bundesumweltministerium arbeitet seit mehreren Jahren an einer bundesweiten Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (AwSV). Ende Oktober 2013 wurde das Notifizierungsverfahren der EU-Kommission abgeschlossen.

Umgang mit wasser- gefährdenden Stoffen

Verordnungen über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und über Fachbetriebe sind landesrechtliche Verordnungen zum Wasserhaushaltsgesetz (WHG).

Voraussichtlich im Herbst 2014 wird eine bundeseinheitliche Verordnung in Kraft gesetzt – die Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (AwSV). Die Umsetzung der Anforderungen der Verordnung liegt im Verantwortungsbereich des Betreibers – ganz gleich, ob Unternehmen oder private Haushalte.

Wird die Prüfung einer Anlage versäumt, so kann dies sehr weitreichende rechtliche und finanzielle Konsequenzen für den Betreiber bedeuten.



Nächster wesentlicher Schritt ist die Beratung im Bundesrat. Damit scheint die AwSV nach nunmehr fast sechs Jahren intensiver Begleitung durch die Industrie in die finale Phase zu gehen.

Die Zielsetzung der AwSV ist ein konsequenter, vorbeugender und nachsorgender Gewässerschutz, der ergänzend durch die europäische Wasser-Rahmenrichtlinie und das Wasserhaushaltsgesetz (WHG) gefordert wird. Die AwSV konkretisiert diese gesetzlichen Vorgaben. Sie enthält überwiegend stoff- und anlagenbezogene Regelungen, löst die bisherigen Landesverordnungen ab und schafft somit die bundesweite Vereinheitlichung des Anlagenrechts zum Schutz der Gewässer.

Die neue Klasse der „allgemein wassergefährdenden Stoffe“ hat die Industrie über die Jahre intensiv beschäftigt, so dass inzwischen eine sachgerechte Lösung bezüglich der Lagerung und Überhausung dieser Stoffe vorliegt. Allerdings sind auch in Bezug auf diese Klasse noch kleine Nachbesserungen erforderlich. Es sollte nicht zu einer Stigmatisierung von Gemischen

kommen, die plötzlich in diese Klasse eingeordnet werden. So könnte hier noch die Ausnahmeregelung entsprechend der bundesländerspezifischen Verordnungen integriert werden.

Die Einführung einer bundesweit einheitlichen Regelung zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen als Ersatz für die landesrechtlich teilweise sehr unterschiedlich ausgestalteten Vorschriften ist zu begrüßen. Eine solche Vereinheitlichung sollte dazu genutzt werden, etwaige bürokratische Hürden abzubauen und den vorsorgenden Gewässer- und Trinkwasserschutz zu stärken. Der Schutz der Umweltmedien Luft, Boden und Wasser liegt in der gemeinsamen Verantwortung von Politik, Gesellschaft und Industrie. Die aktuellen Projekte zeigen, dass Emissionsschutz nur mit und nicht gegen die Industrie erfolgreich umgesetzt werden kann.

→



AUTOR

Daniel Quantz ist Referent für allgemeines Umweltrecht bei der Wirtschaftsvereinigung Metalle. Sie erreichen ihn unter quantz@wvmetalle.de



REACH – DOROTHEA STEIGER

REACH gewinnt eine neue Dimension

Politik

REACH wird immer mehr zu einer technischen Herausforderung und somit zur strategischen Entscheidung für Unternehmen. Dies ist für alle Unternehmen eine große Bürde, insbesondere jedoch für den Mittelstand.

02.6



REACH regelt Verwendungen von Stoffen und wird damit zur Industriepolitik

Die vorjährige Diskussion zu REACH beschäftigte sich in erster Linie damit, Risikoaspekte bei der Auswahl der Stoffe für die Reglementierung zu berücksichtigen. Zuvor hatten die Behörden ihre Aufmerksamkeit nur auf die potenzielle Gefahr, die von einem Stoff ausgeht, gerichtet. Das Risiko bei der Verwendung des Stoffes blieb unbeachtet.

Weiter schienen die Behörden bei der Anwendung von REACH nur die dem System immanenten Instrumente der Beschränkung und der Zulassung zu beachten. Dies führte zu Belastungen für die Industrie, die aber nicht unbedingt immer auch ein Mehr an Schutz von Mensch und Umwelt bedeuten mussten. Dies gilt vornehmlich dort, wo die von Stoffen ausgehenden Risiken bereits gut beherrscht werden.

FÖRDERUNG VON INNOVATION UND WETTBEWERBSFÄHIGKEIT MITDENKEN

Seitens der Industrie wurde ein Umdenken eingefordert: Basis für Behördenentscheidungen sollte zukünftig die Frage sein, wie man ein beim Umgang mit einem Stoff bestehendes Risiko effizient und verhältnismäßig regeln kann. Dafür hat die Industrie sich im letzten Jahr erfolgreich eingesetzt, und auch die Behörden schienen verstanden zu haben, dass ein Wandel im Denken um die Stoffregulierung einziehen muss: Es wurde die SVHC-Roadmap erarbeitet.

SVHC (Substances of very high concern) sind die Stoffe, die laut REACH geregelt werden sollten. Solche besonders Besorgnis erregenden Stoffe sind zunächst die, die gewisse stoffinhärente Eigenschaften haben, die sie zu prinzipiell gefährlichen Stoffen machen. Mit der Roadmap haben sich die Behörden weitgehend darauf geeinigt, zukünftig bei der Stoffauswahl auch zu analysieren, ob ein Risiko beim Umgang mit dem Stoff besteht und – falls ein solches besteht – wie es am effektivsten geregelt werden kann.



Ein für uns ohne größere Produktionsumstellungen und Investitionen und die damit verbundenen Risiken nicht ersetzbarer Stoff ist auf die Liste der zulassungspflichtigen Stoffe gesetzt worden.

Dies hat weitreichende Konsequenzen, und alle weiteren Schritte müssen in enger Abstimmung zwischen REACH-Abteilung und Unternehmensleitung koordiniert werden.

— **CARL VAN DYKEN, GESCHÄFTSFÜHRER
DER NORDENHAMER ZINKHÜTTE GMBH**

Für die deutsche REACH-Behörde beispielsweise kommen hier neben den REACH-immanenten Instrumenten wie Listung auf der Kandidatenliste, Beschränkung und Zulassung weitere Möglichkeiten in Betracht. Diese sind die Bewertung des Stoffes, eine Einstufung des Stoffes, Regelungen in anderen umweltrechtlichen Bereichen oder womöglich auch die Empfehlung, dass keine weitere Regelung des Stoffes mehr für notwendig erachtet wird.

Diese Entwicklung lässt darauf hoffen, dass zukünftig die Reglementierung der Stoffe neben dem Schutz von Mensch und Umwelt auch dem dritten Ziel von REACH, der Förderung von Innovation und Wettbewerbsfähigkeit, gerecht wird.

NEUE DIMENSIONEN VON REACH

Doch das Ringen um REACH scheint in eine neue Dimension zu führen. Das europäische Chemikalienrecht wird immer mehr zu einer technischen Herausforderung und damit auch zu einer strategischen Entscheidung. Eine gewagte Aussage? Wie kann die

Reglementierung von Stoffen zu einer unternehmensstrategischen Frage werden? Ein Blick darauf, wie das REACH-System angelegt ist, macht dies deutlich. REACH ist mehr als bloße Regelung. Das Regelwerk bedient sich drei Möglichkeiten, den Markt über Stoffe und Produkte zu reglementieren. Es wird gleichermaßen am Stoff selbst, dem Herstellungsprozess und den Produkten angesetzt.

Anfänglich sind alle Regelungen stoffspezifisch. Doch REACH geht weiter und zielt klar ab auf bestimmte Verwendungen. Eine bestimmte Verwendung kann zukünftig Auflagen unterliegen oder verboten werden, eine andere hingegen kann erlaubt bleiben. Doch bereits die Diskussion um einen Stoff führt zu einem Substitutionsdruck und der Suche nach Alternativen. So greift REACH direkt in Produktionsprozesse ein. Oftmals sind keine Alternativen

vorhanden oder erst nach Umrüstung einer gesamten Produktionstechnologie verwendbar. Über diesen Mechanismus wird die Umsetzung von REACH zu einer technisch-wirtschaftlich Herausforderung.

Hinzu kommt, dass bereits die Diskussion um die Listung eines Stoffes marktrelevant ist und die geschilderten Mechanismen in Gang zu setzen vermag. Weiterhin wird über das Instrument der Informationspflicht bei der Abgabe von Erzeugnissen auch eine Stigmatisierung bestimmter Stoffe erzielt. Diese ist gewollt und soll bewirken, dass bestimmte Stoffe zukünftig ganz vom Markt verschwinden. Letztlich ist damit Stoffpolitik nicht mehr nur bloße Umweltpolitik, sondern wird zur direkten Industriepolitik.

REACH ERFORDERT INDUSTRIE-POLITISCHE UND UNTERNEHMENS-STRATEGISCHE ENTSCHEIDUNGEN

Industriepolitische Entscheidungen haben strategische Konsequenzen, die weit über den Entscheidungshorizont der REACH-Beauftragten hinausreichen können. Die Stoffdiskussion wird immer häufiger ein Thema für die Unternehmensplanung. Es geht dann nicht mehr um Arbeitsschutz oder Produktionsschritte, sondern um strategische Entscheidungen, die langfristig auch das Bestehen des gesamten Betriebes betreffen können.

Wird ein bestimmter Einsatzstoff in Zukunft noch erhältlich sein? Lohnen sich die Aufwendungen für die Instandhaltung oder Reparatur einer Anlage? Sind technische Umrüstungen erforderlich? Falls es eine Substitutionsmöglichkeit gibt: Lohnt es sich umzurüsten? Ist es wahrscheinlich, dass auch dieser Einsatzstoff mittelfristig einer Regelung unterliegt? Diese Fragen betreffen nur Einsatzstoffe für die Produktion, also die weiterverarbeitenden Unternehmen. Hier wirkt REACH „um die Ecke“.

Dramatisch-existenziell wird es für die Unternehmen, wenn Stoffe in die Diskussion geraten, die von den Unternehmen selbst hergestellt werden. Sollte von bestimmten Verwendern die Beantragung einer Zulassung erforderlich sein, so kann dies zwar vielleicht langfristig auch ein Marktsegment sichern, aber die Entscheidung für eine Beantragung einer Zulassung bedeutet – zusätzlich zu aller Unsicherheit – die Entscheidung, eine beträchtliche Summe zu investieren. Und das ohne einen sicheren Ausgang. Solche Entscheidungen müssen seitens der Geschäftsführung wohl erwogen werden, dreht es sich hier doch schließlich um das Bestehen des gesamten Unternehmens.

SCHAFFT DER MITTELSTAND REACH ODER UMGEKEHRT?

Wie sieht es bei den kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) mit Blick auf die Umsetzung von REACH aus? Hier scheint es, dass die Kräfte bereits mit der bloßen Bewältigung der puren REACH-Pflichten (Registrierung, Mitarbeit bei Anfragen der ECHA, Informationsweitergabe in der Lieferkette) weitgehend erschöpft sind. Es bleiben kaum Ressourcen, sich noch mit technischen Einzelfragen oder Zukunftsfragen zu beschäftigen. Diese Dimension von REACH scheint für die kleineren Unternehmen verschlossen zu bleiben. Es ist sehr zweifelhaft, ob KMU die Kraft haben, die geringen Innovationspotenziale zu heben, die REACH bietet.

Bestätigt wird dies durch Umfragen und Studien. Ende 2012 veröffentlichten französische Behörden eine Studie über die zehn Umweltgesetzgebungen, die vom Mittelstand als am meisten belastend empfunden werden. Den ersten Platz belegte hier mit Abstand REACH. Bestätigt wurde dies in einer von der Europäischen Kommission in Auftrag gegebenen Studie, die die Folgen von REACH für KMU untersuchte. Diese ergab, dass nur 35 Prozent der KMU eine REACH-Einheit einrichten konnten, bei größeren Firmen sind es 63 Prozent.

Während große Unternehmen bis zu fünf Vollzeitstellen für die Bewältigung von REACH geschaffen haben, kann bei KMU oft nur nebenbei das Chemikalienrecht abgedeckt werden. Hier ist der Mittelstand klar im Nachteil, denn die Komplexität von REACH bleibt gleich, egal wie groß das Unternehmen ist.

Die Sichtweise der Behörden auf die Probleme der KMU war lange Zeit sehr einseitig. Man sah nur den Kostenaspekt und senkte die Gebühren oder bot eine Konferenz speziell für KMU an. Die vergleichsweise geringe Ermäßigung der Gebühren war eine Geste. Gelöst sind die Probleme der KMU nicht. Die vom Europäischen Parlament in Auftrag gegebene Studie zeigt deutlich: Es ist die umfangreiche Administration, die nicht zu bewältigen ist. In einem KMU hat schlicht niemand hinreichend Zeit oder die umfänglichen Sprachkennt-

→

CHECKLISTE

Ausgewählte REACH-Pflichten, die im Alltag von großer Bedeutung sind

1 **Änderungen in der Identität der Rechtsperson des Unternehmens gemeldet?**



Jede rechtlich selbstständige juristische Person, die einen Stoff herstellt oder importiert, muss den Stoff zuvor selbst registrieren. Damit bei Änderungen in der Rechtspersönlichkeit eines Unternehmens keine Registrierungen „verloren gehen“, sind bestimmte Änderungen in der REACH IT unerlässlich.

2 **Ist eine Aktualisierung des Sicherheitsdatenblattes nötig und zur Verfügung zu stellen?**



Sicherheitsdatenblätter müssen unter bestimmten Umständen überarbeitet werden. Insbesondere, wenn neue Informationen über Gefährdungen verfügbar werden oder Informationen, die Auswirkungen auf Risikomanagement-Maßnahmen haben können. Aktualisierte Sicherheitsdatenblätter sind allen früheren Abnehmern zur Verfügung zu stellen.

3 **Ist eventuell die eigene Erstellung eines Stoffsicherheitsberichts notwendig?**



Prinzipiell dürfen Stoffe nur in den Bereichen verwendet werden, die der Hersteller in seinem Sicherheitsdatenblatt als Verwendung angegeben hat. Will man von dieser genannten Verwendung abweichen, so ist eventuell die Erstellung eines eigenen Stoffsicherheitsberichts erforderlich.

4 **Informationsweitergabe entlang der Lieferkette auch ohne Sicherheitsdatenblatt gewährleistet?**



Besteht keine Pflicht zur Erstellung eines Sicherheitsdatenblattes, so müssen trotzdem bestimmte Informationen entlang der Lieferkette weitergegeben werden (möglicherweise Angaben zur Registrierung, Zulassungspflicht, bestehender Beschränkung des Stoffes).

5 **Besondere Pflichten bei der Lohnherstellung beachtet?**



Unternehmen können manche Herstellungsschritte einem Lohnhersteller übertragen. Obwohl REACH die Lohnherstellung nicht gesondert benennt, können Lohnhersteller bestimmte Pflichten unter REACH haben.

nisse, sich durch fremdsprachige Hilfestellungen speziell für KMU oder Leitlinien zu arbeiten. Damit trifft REACH den Mittelstand besonders hart.

VON DER PFLICHT ZUR KÜR

Deutlich werden die hohen Belastungen bei einem Blick auf die normalen REACH-Pflichten im Geschäftsalltag. Bei REACH denkt jeder an die Instrumente, die das Akronym REACH ausmachen. Dass REACH aber noch mehr bedeutet als Registrierung, Evaluierung und Autorisierung, zeigt sich schnell bei einem Blick in die letztes Jahr in Kraft getretene Chemikalien-Sanktionsverordnung.

Mit dieser können diverse Verstöße gegen REACH-Pflichten geahndet werden. So legt REACH fest, dass bestimmte Stoffinformationen auch dann weitergegeben werden müssen, wenn kein Sicherheitsdatenblatt erforderlich ist. Außerdem müssen manche Angaben zu Stoffen auch den in der Lieferkette vorgeschalteten Akteuren übermittelt werden. Ebenfalls müssen bestimmte Informationen von allen REACH-Akteuren mindestens zehn Jahre verfügbar gemacht werden können.

Die hier genannten Pflichten stellen nur eine kleine Auswahl der REACH-Alltagspflichten dar. Dass aber Verstöße gegen sie mit einer Geldbuße von bis zu fünfzigtausend Euro strafbewehrt sind, zeigt, wie wichtig auch deren Einhaltung ist.

STOFFPOLITIK IST INDUSTRIEPOLITIK

Es zeigt sich: REACH ist angelaufen. Zwei Registrierungsfristen sind überstanden, die Stoffevaluierungen laufen, und die ersten Zulassungsanträge sind gestellt. Das, was den Unternehmen Besorgnis bereitet, steht nicht im Text der Verordnung.

Es ist die übergeordnete Dimension von REACH, die Unternehmen beschäftigt und die nicht in der Verordnung festgeschrieben ist: Aus der Stoffpolitik ist Industriepolitik geworden, die weit in die Märkte hineinreguliert. Nur wenige Unternehmen können sich ihre Marktposition sichern.

Für KMU ist es besonders schwer. Der Mittelstand ist bereits gezwungen, Kraft und Ressourcen aufzubringen, um die Grundpflichten von REACH erfüllen zu können und sich vor Sanktionen zu schützen. An die Kür ist gar nicht zu denken. Ob sie auch den technischen Herausforderungen standhalten können, ist unsicher.

Fraglich ist auch, ob der industrielle Mittelstand überhaupt den Blick frei hat für eine unternehmerische Gesamtschau, um mit den Anforderungen, die aus REACH resultieren, strategisch umzugehen.

Dieses Problemfeld kennt auch die Wirtschaftsvereinigung Metalle und bietet – gemeinsam mit dem Bundesverband der Deutschen Industrie – ihren Mitgliedern wertvolle strategische Beratung und Begleitung. Alle Akteure sollen befähigt werden, trotz hoher Belastungen den Blick für das Wesentliche bei der Umsetzung von REACH nicht zu verlieren. Gemeinsam mit der WVM sind die metallherstellenden und -weiterverarbeitenden Unternehmen in der Lage, nicht nur die Pflicht, sondern auch die Kür zu bewältigen.

→



AUTORIN

Dorothea Steiger ist Referentin für europäische Stoffpolitik bei der Wirtschaftsvereinigung Metalle. Sie erreichen sie unter steiger@wvmetalle.de

Aktiver Umgang mit Metallen und ihren Risiken

Politik

Die Risikowahrnehmung der Gesellschaft hat sich verändert. Vieles was über Jahrzehnte geübte Praxis war, steht jetzt zur Disposition. Das Verständnis für Risiken ist Teil eines komplexen gesellschaftlichen Dialogs.

02.7

Die nationalen und europäischen Regulierungen im Arbeitsschutz, in der Chemikalienpolitik und im Gesundheitsschutz sind bereits umfassend und engmaschig gestrickt. Nur wenige Lückenschlüsse sind vorstellbar. Umso mehr verwundert die Intensität der politischen Diskussionen zu eben diesen Handlungsfeldern. Mit der Regulierungsdichte steigt offensichtlich das Risiko von Zielkonflikten, aber nur selten gelingt es den aktiv Beteiligten, die richtigen Querbezüge herzustellen und damit weitreichende Belastungen für die Volkswirtschaft und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu vermeiden.

Die Konsequenzen von kleinteilig erscheinenden Entscheidungen auf Unternehmen entlang der gesamten industriellen Lieferkette bis zum Endprodukt übergeordnet zu betrachten, tut not. In der Praxis des Arbeitsschützers in der Metallindustrie ist dies gleichbedeutend mit der Forderung nach besonderem Augenmaß bei Entscheidungen zu Arbeitsplatzgrenzwerten, zu gefahrstoffrechtlichen Einstufungen und bei der Fortentwicklung des technischen Regelwerks.

RISIKEN VERSTEHEN UND FLEXIBILITÄT ERHALTEN

Der Umgang mit Risiken ist und bleibt eine Herausforderung für die gesamte Gesellschaft. Wie schwer wir es uns mit der richtigen Einschätzung von potenziellen Gefahren machen, wird an einfachen Alltags-

beispielen deutlich. Das Risiko, bei einem Verkehrsunfall tödlich zu verunglücken, ist mit einem Auto wesentlich größer als mit öffentlichen oder sonstigen Verkehrsmitteln: Je zurückgelegtem Personenkilometer ist das Risiko, mit dem Wagen tödlich zu verunglücken, 16-mal höher als mit dem Bus, 72-mal höher als mit der Eisenbahn und 839-mal höher als mit dem Flugzeug. Ängste vor dem Fliegen sind also mit dem tatsächlichen Unfallrisiko nicht zu begründen. Je nach Kontext sind wir gezwungen, unterschiedliche Risiken einzugehen. Es kommt letztlich auf die Kompetenz an, mit Risiken bewusst und richtig umzugehen.

RISIKOKOMPETENZ UND ARBEITSSCHUTZ?

Für die Umsetzung des Risikokonzepts für krebserzeugende Stoffe des Ausschusses für Gefahrstoffe (AGS) braucht es bei allen Beteiligten eine breite wissensbasierte Kompetenz. In den Unternehmen der metallherstellenden und -verarbeitenden Industrie ist es ausgeschlossen, den Umgang mit potenziell gefährlichen Stoffen gänzlich zu vermeiden. Insbesondere dann nicht, wenn dies die Metalle betrifft, die im Rahmen der Herstellungsprozesse oder der Weiterverarbeitung die Kernelemente der Produktion eines Unternehmens sind. Die hohe Betroffenheit der Metallindustrie wird beim Blick auf die Liste der aktuell diskutierten Stoffe besonders deutlich. Dazu gehören Arsen, Beryllium, Cadmium, Chrom, Kobalt und Nickel.

Die aus der Bewertung nach dem AGS Risikokonzept resultierenden Maßstäbe sind in vielen Fällen risikobasiert gebildet. Es handelt sich bei diesem Konzept um einen Stufenansatz: Hö-



.....
Auch risikobasierte Konzepte gewährleisten
höchstmöglichen Gesundheitsschutz am
Arbeitsplatz.

here Belastungen durch einen krebserzeugenden Stoff führen zu umfangreicheren Schutzmaßnahmen. Der entscheidende Maßstab ist dabei das Toleranzrisiko. Dieser Wert entspricht in etwa dem Risiko eines sonst unbelasteten Nichtraucher, an Lungenkrebs zu erkranken. Bei diesem Risiko ist die Notwendigkeit, die Exposition am Arbeitsplatz zu reduzieren, in besonderem Maße gegeben. Eine Reduktion auf das Hintergrundniveau sollte zwar angestrebt werden, dies zu erreichen, ist aber bei vielen Prozessen eine Illusion.

Erst kürzlich wurde das Risikokzept neu gefasst und veröffentlicht. Mit der Erhebung in den Rang einer Technischen Regel für Gefahrstoffe (TRGS) wird das Risikokzept gleichzeitig zu ei-

ner verbindlichen Vorgabe. Wir sollten in diesem Kontext weiterhin die positiven Eigenschaften der Metalle nutzen können, wenn wir die problematischen Eigenschaften bewusst und im Rahmen der Verhältnismäßigkeit kontrollieren.

Die Metallindustrie wird dabei zum zentralen Prüfstein der neuen Methodik. Denn nur wenn das Konzept mit seinen anspruchsvollen Werten und zu ergreifenden Schutzmaßnahmen in den Unternehmen akzeptiert und erfolgreich etabliert wird, kann die Feuerprobe als bestanden gelten. Auf dem Weg dahin sind allerdings noch einige Hürden zu nehmen.

→

TECHNISCHE REGEL FÜR METALLE ENTSTEHT

Die Wirtschaftsvereinigung Metalle (WVM) leistet hierzu federführend ihren Beitrag, indem sie gemeinsam mit den Experten der Industrie an einer spezifischen Technischen Regel für die Metalle mitarbeitet. Diese Schutzmaßnahmen-TRGS ist auf eine enge Kombination mit Branchenregeln der gesetzlichen Unfallversicherer ausgelegt.

Dadurch sollen die Anforderungen des betrieblichen Arbeitsschutzes der betroffenen Branchen praxistgerecht berücksichtigt werden. Für alle Seiten ist diese kombinierte Vorgehensweise allerdings Neuland, und eine entsprechende Flexibilität in der Umsetzung muss von allen Beteiligten erwartet werden.

Beispielhaft genannt werden kann hier die Umsetzung für die inländische Batterieindustrie. Für diesen wichtigen Industriezweig erscheint die Etablierung einer umfassenden Branchenregel der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (DGUV) wegen der geringen Zahl der in Deutschland ansässigen Unternehmen unverhältnismäßig.

Für einen erfolgreichen Fortschritt hinsichtlich der Expositionsminderung in diesem oder ähnlichen Bereichen ist bei den anstehenden Arbeiten daher Offenheit für praxistaugliche Lösungen gefragt. Denkbar ist in solchen Fällen zum Beispiel die Bezugnahme auf eine weniger formelle, aber nicht minder aussagekräftige Information der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung.

ZUM VERSTÄNDNIS VON METALLEN BEITRAGEN

Die Diskussion um arbeitsplatzrelevante Luftwerte verschont auch die Basismetalle Kupfer und Zink nicht, obwohl beide Metalle bekanntermaßen zu den für den Menschen lebensnotwendigen Spurenelementen gehören. Vor dem Hintergrund deutlich empfindlicherer Nachweissysteme bilden Anzeichen für entzündliche Prozesse in Tierversuchen hier die Basis für sehr niedrige Grenzwertvorschläge. Das passt nicht zusammen mit den Erfahrungswerten aus der Praxis der Arbeitsmediziner in den Unternehmen. Diese Wahrnehmung allein reicht jedoch nicht aus, die Bedenken von Toxikologen zu schädigenden Wirkungen dieser Metalle auf die Mitarbeiter auszuräumen.

STUDIE UNTERSUCHT ZINK

Bei Zink hat die WVM daher eine branchenübergreifend finanzierte Studie auf den Weg gebracht, um in realitätsnaher Umgebung mögliche Effekte von Zinkoxidpartikeln auf den Menschen zu untersuchen. Erste Ergebnisse dieser Studie sind im laufenden Jahr zu erwarten und werden eine wesentliche Rolle bei den Diskussionen zum Grenzwert für Zink und seinen Verbindungen im Ausschuss für Gefahrstoffe spielen.

AN DIE FOLGEN DENKEN: EINSTUFUNG WIRKT WEITREICHEND

EINSTUFUNG UND KENNZEICHNUNG

↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓
WASSER-RECHT	TRANSPORT-RECHT	CHEMIKALIEN-RECHT	ANLAGEN-RECHT	ARBEITS-SCHUTZ	PRODUKT-POLITIK	ABFALL-RECHT	BODEN-SCHUTZRECHT
Umgang mit wasser-gefährdenden Stoffen	Einstufung als Gefahrgut	Registrierung Beschränkung Zulassung	Störfallrecht Immissionsbegrenzungen Emissionsbegrenzungen Umweltverträglichkeitsprüfung Ausgangszustandsbericht	Grenzwerte am Arbeitsplatz Schutzmaßnahmen	Substitution Verbote	Deponierung Transporte Kosten	Sanierungskosten Prüfwerte Maßnahmenwerte

Für Kupfer und seine Verbindungen laufen aktuell Überlegungen zu ähnlichen praxisrelevanten Untersuchungen. Eine umfassende Expositionsbeurteilung über die gesamte Verarbeitungskette von Kupfer ist hier in enger Kooperation mit den Berufsgenossenschaften bereits erfolgt. Die WVM geht damit nicht nur spezifische Grenzwertthemen an, sondern leistet auch einen aktiven Beitrag zur arbeitsmedizinischen Forschung an der Schnittstelle zum Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz.

Wie in vielen Fällen von staatlicher Regulierung ist auch bei den arbeits- und gesundheitsschutzrelevanten Themen Deutschland als größter und wichtigster EU-Mitgliedstaat ein wesentlicher Treiber der Entwicklung. Bei den Arbeitsplatzgrenzwerten (AGW) führt dies dazu, dass die zuerst in Deutschland geführten Diskussionen unmittelbar in den europäischen Meinungsbildungsprozess eingespeist werden. Denn die nationalen Experten sitzen auch in den parallel arbeitenden Gremien auf europäischer Ebene.

Umso bedeutsamer werden die erwähnten Forschungsaktivitäten der WVM in Deutschland. Bei Nickel führte die intensive Bewertungsarbeit zunächst auf nationaler Ebene zu einer gesonderten Betrachtung des elementaren Metalls und das ist inzwischen gleichlautend der europäische Vorschlag. Für Zink oder Kupfer ist eine ähnliche parallele Entwicklung zu erwarten. Daher arbeitet die WVM als Dachverband der deutschen NE-Metallindustrie eng mit den europäischen Schwesterverbänden zusammen.

ENTSCHEIDUNG ZUR BLEI-EINSTUFUNG

Aktuell und sehr eindrucksvoll zeigen die Diskussionen um den Einstufungsvorschlag zu Blei, dass der europäische Kontext für den nationalen Markt immer bedeutsamer wird. Ende Dezember 2013 wurde trotz erheblicher Bedenken der europäischen Metallindustrie auf Antrag Schwedens die Einstufung von Blei in allen Formen (metallisch oder als Pulver) als reproduktionstoxisch der stärksten Kategorie 1A vorgeschlagen. Die Empfehlung beinhaltet insbesondere auch eine sehr niedrige Blei-Konzentrationsgrenze

von 0,03 Prozent Blei (300 ppm), ab der bleihaltige Legierungen ebenfalls als reproduktionstoxisch anzusehen sind. Sofern die Einstufung umgesetzt wird, wird die Erstellung eines Sicherheitsdatenblattes (SDB) und die unaufgeforderte Mitlieferung an die Kunden für massives Blei und alle bleihaltigen Legierungen mit mehr als 0,03 Gewichtsprozent Blei notwendig. Unabhängig hiervon sind in der NE-Metallindustrie bereits die notwendigen Schutzmaßnahmen bei Tätigkeiten mit bleihaltigen Materialien umgesetzt, im Wesentlichen auf der Basis der weiterhin gültigen Technischen Regel zu Blei (TRGS 505).

Die Empfehlung zur Einstufung hat allerdings weitreichende Auswirkungen in anderen Rechtsgebieten und führt in der jetzigen Phase der Diskussion zu existenziell negativen Folgen für die Rohstoffversorgung, die Herstellung, die Verarbeitung und das Recycling von Metallen in Europa.

VERBÄNDEGESPRÄCH

Hintergrund ist die Sensibilität des Marktes und der Verbraucher bei einer gegebenen Einstufung als krebserregend, erbgutschädigend oder reproduktionstox (cmr). Die hohen Schutzziele der Regulatoren müssen daher mit der Unternehmensrealität abgeglichen werden. Hier besteht naturgemäß ein hohes Konfliktpotenzial. Das darf eine offene und direkte Kommunikation nicht behindern, sondern ist ganz im Gegenteil als Motivation zur Lösungsfindung zu verstehen. Ein im April 2014 von der WVM initiiertes Verbände-Gespräch mit den Ministerien für Umwelt, Arbeit und Soziales sowie Wirtschaft und den Experten der beteiligten Bundesbehörden ist ein erster Schritt in Richtung Problemlösung.

→



AUTOR

Dr. Martin Wieske leitet das Projekt „Arbeits- und Gesundheitsschutz“. Sie erreichen ihn unter wieske@wvmetalle.de

Neueinstufung von Blei birgt viele Risiken

Regelung für die Stoffbewertung mit komplexen Folgewirkungen / Eine Bestandsaufnahme

Gegen erhebliche Bedenken der gesamten europäischen Nichteisen-Metallindustrie hat der Ausschuss für Risikobewertung (RAC) der Europäischen Chemikalienagentur ECHA Ende 2013 auf Antrag Schwedens die Einstufung von Bleimetall als reproduktionstoxisch (Beeinträchtigung der Fortpflanzungsfähigkeit und Schädigung des Kindes im Mutterleib) der stärksten Kategorie 1A empfohlen. Die RAC-Empfehlung umfasst eine sehr niedrige Konzentrationsgrenze von 0,03 % Metall (300 ppm), ab der Blei andere Materialien ebenfalls reproduktionstoxisch macht.

Experten für REACH, Umwelt und Gesundheit aus Industrie und WVM haben die möglichen Auswirkungen und Konsequenzen der Empfehlung einer Abschätzung unterzogen. Ihr Fazit: Die Empfehlung des RAC hat über die eigentliche Einstufung hinaus komplexe Auswirkungen auf andere Rechts- und Regelungsbereiche sowie existenziell negative Folgen für die Rohstoffversorgung, die Herstellung, die Weiterverarbeitung und das Recycling von Metallen in Europa.

ÜBERNAHME WIRD GEPRÜFT

Die EU-Kommission und die Mitgliedstaaten werden voraussichtlich im Juni 2014 im für die gemeinsame Chemikalienpolitik zuständigen Komitee entscheiden, ob die Empfehlung des RAC rechtlich verbind-

lich in die EU-Verordnung zur Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Stoffen und Gemischen (CLP-VO) übernommen wird. Sofern dies geschieht, wird die entsprechende Anpassungsverordnung frühestens im Herbst 2014 veröffentlicht und nach einer Übergangsfrist von 18 Monaten für alle EU-Mitgliedstaaten unmittelbar rechtsverbindlich, voraussichtlich im Frühjahr 2016.

ARBEITSSCHUTZ: SICHERHEITSDATENBLATT WIRD PFLICHT

Die Einstufung erfordert die Erstellung eines Sicherheitsdatenblattes (SDB) für massives Blei und alle bleihaltigen Gemische (Legierungen) mit mehr als 0,03 % Gewichtsprozent Blei. Das Datenblatt muss unaufgefordert an die Kunden mitgeliefert werden und auf die notwendigen Schutzmaßnahmen bei Tätigkeiten mit reproduktionstoxischen Stoffen am Arbeitsplatz hinweisen.

Eine besondere Kennzeichnung von metallischem Blei und von bleihaltigen Legierungen ist nicht erforderlich. Für Fertigerzeugnisse wie Rohre, Stangen, Profile oder Bleche gilt überdies die CLP-Verordnung nicht, eine Einstufung und die Erstellung von Sicherheitsdatenblättern entfallen in diesem Fall.

EU-Kommission und EU-Mitgliedstaaten sollten sich dennoch aufgrund der mit einer strengen reprotoxischen Einstufung verbundenen weitreichenden und komplexen Folgewirkungen gegen eine rechtlich verbindliche Übernahme des RAC-Empfehlung in die CLP-Verordnung aussprechen. Sofern die Einstufung von Blei rechtswirksam wird, könnte eine Anhebung der Konzentrationsgrenze für massives Metall eine hilfreiche Option zumindest für einige Verwendungsbereiche sein.



Umgang und Einsatz von Blei unterliegen bereits heute einer Vielzahl von Umwelt-, Gesundheits- und Arbeitsschutzregeln

REACH: ZULASSUNG BRINGT KEIN NEUES SCHUTZNIVEAU

Sofern Bleimetall in der CLP-Verordnung als reproduktionstoxisch eingestuft wird, ist eine Aufnahme in die Kandidatenliste nach REACH grundsätzlich nicht mehr auszuschließen. Zwar sind einer Aufnahme in diese Liste eine sogenannte Risk-Management-Options(RMO)-Analyse und eine öffentliche Konsultation vorgeschaltet; aufgrund der hohen Tonnagen und der verbreiteten Anwendungen, in denen Blei als solches oder in Legierungen verwendet wird, ist das Risiko für die Aufnahme in die Kandidatenliste allerdings hoch. Der Weg von der Kandidatenliste in die Liste der zulassungspflichtigen Stoffe nach Anhang XIV der REACH-VO ist dann nicht mehr weit. Die Aufnahme eines Stoffes in die Zulassungsliste ist gleichbedeu-

tend mit einem Verwendungsverbot. Ausnahmen sind über eine Zulassung möglich, werden aber in bestimmten zeitlichen Abständen überprüft. Sie stehen damit unter einem ständigen Vorbehalt und erzeugen keine Rechtssicherheit.

RESTRIKTIVE FOLGEN

Zwar wären aufgrund geltender Vorgaben der gesamte Abfallbereich, das Recycling von Metallschrotten in direkt verwendbare Erzeugnisse, die Herstellung von Zwischenprodukten, der eigentliche Rückgewinnungsprozess und – bei korrekter rechtlicher Interpretation – vermutlich auch Bleiverunreinigungen in Metallen und Metalllegierungen von einer Zulassungspflicht grundsätzlich ausgenommen, aber jedes Unternehmen, das einen zulassungspflichtigen Stoff weiterverwendet, bedarf der Zulassung. Dieses Zulassungsverfahren bedeutet einen enormen Verwaltungs- und Kostenaufwand für die betroffenen Unternehmen.



Neueinstufung von Blei birgt viele Risiken

Der Umgang und der Einsatz von Blei unterliegen bereits heute einer Vielzahl von Umwelt-, Gesundheits- und Arbeitsschutzregeln. Eine REACH-Zulassungspflicht für die Verwendung von Blei hat aus heutiger Sicht keinen zusätzlichen Schutzeffekt, sondern verursacht lediglich neue Kosten und Aufwand.

Die restriktiven Folgen einer Aufnahme von Blei auf die Liste der zulassungspflichtigen Stoffe könnten gemildert werden durch die Nutzung der Ausnahmemöglichkeit des Art. 58 (2) der REACH-Verordnung von der Zulassungspflicht durch Bezugnahme auf die zahlreichen bestehenden Umwelt-, Gesundheits- und Arbeitsschutzregeln, die den Umgang mit Blei und bleihaltigen Werkstoffen bereits heute ausreichend sicher für Umwelt und Gesundheit regeln.

Möglich wäre ferner eine verbindliche Ausnahme für die Verwendung von Blei in Metallegierungen zur Erzielung bestimmter Materialeigenschaften. Schließlich wäre die Ausnahme von der Zulassungspflicht für Blei als Verunreinigung oder Begleitelement und deren Verwendung durch eine rechtlich verbindliche Übertragung der aus der Registrierung bekannten Regeln zur Stoffidentität auf die Zulassung vorstellbar.

ABFÄLLE: NACHTEILE FÜR HANDEL UND UMWELT

Derzeit werden die gefahrenrelevanten Eigenschaften (H-Kriterien) für die Einstufung von Abfällen in der Kommissionsentscheidung 2000/532/EG über ein Abfallverzeichnis konkretisiert. Die H-Kriterien legen fest, ab wann die Eigenschaft eines gefährlichen Abfalls erfüllt ist. Heute gilt für die stärkste Kategorie bei reprotoxischen Stoffen ein Grenzwert von 0,5 Prozent.

Die EU-Kommission hat vor kurzem einen Vorschlag zur Revision der Entscheidung vorgelegt, die bis Mitte 2015 in Kraft gesetzt werden soll. Der Grenzwert für reprotoxische Stoffe wird hierin auf 0,3 Prozent abgesenkt. Noch ist nicht klar, ob und wann die EU-Kommission die Revision der H-Kriterien weiter vorantreibt.



Der Zusatz von Blei verbessert die Produkt- und Bearbeitungseigenschaften vieler Legierungen

Im Abfallverzeichnis gibt es eine generelle Ausnahmeregelung für reine Metallegierungen, sofern diese nicht durch gefährliche Stoffe verunreinigt sind. Nach derzeitigem Kenntnisstand beabsichtigt die EU-Kommission, diese Ausnahmeregelung beizubehalten.

Darüber hinaus enthalten die Richtlinie 2000/53/EG über Altfahrzeuge (ELV) und die Richtlinie 2011/65/EU zur Beschränkung der Verwendung bestimmter gefährlicher Stoffe in Elektro- und Elektronikgeräten (RoHS) die grundsätzliche Pflicht, die Verwendung gefährlicher Stoffe zu vermeiden. Blei war von Beginn an einer der Stoffe, die einem grundsätzlichen Verwendungsverbot unterliegen, allerdings gibt es Ausnahmen für Blei als Verunreinigung und für gezielte Verwendungen von Blei als Bestandteil einer Legierung oder in Bauteilen.

GRENZBEREICH GEFÄHRLICHER ABFÄLLE

Sollte eine Einstufung von Bleimetall als reproduktionstoxisch erfolgen, wäre eine Einstufung von Schrotten, die Blei als Legierungselement enthalten, in die Kategorie „gefährlicher Abfall“ über die genannte Ausnahme für reine Metallegierungen aus-

geschlossen. Sofern diese Ausnahme erhalten bleibt, ergeben sich zunächst keine Verschlechterungen für bleihaltige Legierungsschrotte.

Wenn die Einstufung von Bleimetall kommt, ist langfristig zu befürchten, dass Abfälle, die Bleimetall als Legierungselement enthalten, ab Bleigehalten von 0,5 Prozent (künftig womöglich ab 0,3 Prozent) in die Kategorie „gefährlicher Abfall“ fallen. Allerdings sind viele bleihaltige Abfälle, wie z.B. feste metallische Bleischrotte, im Europäischen Abfallkatalog heute im Einklang mit international verbindlichen Regelungen (Baseler Konvention) als nicht-gefährliche Abfälle gelistet.

UNBEKANNTE AUSWIRKUNGEN AUF DEN AUSSENHANDEL

Die Verschärfung für bleihaltige Abfälle müsste jedoch von der EU-Kommission bei der anstehenden Revision des Verzeichnisses oder aber von einem Mitgliedstaat entgegen der internationalen Festlegungen beantragt werden. Sofern die EU oder aber einzelne Mitgliedstaaten dies tun, fallen feste Bleischrotte beim grenzüberschreitenden Transport in die Notifizierungspflicht, was den Import empfindlich erschweren würde. Andererseits wäre ein Export notifizierungspflichtiger Abfälle außerhalb der OECD verboten.

Da die Verwendung von Blei in Fahrzeugen und Elektro- und Elektronikgeräten bereits heute verboten ist, droht hier keine grundsätzliche Verschärfung, auch nicht bei den Ausnahmen für die Verwendung von Blei in Legierungen oder in Bauteilen, da diese bereits heute regelmäßig überprüft werden. Allerdings besteht die Gefahr, dass die spezifische maximale Konzentrationsgrenze für Blei als Verunreinigung analog zur RAC-Empfehlung von 0,1 Prozent auf 0,03 Prozent verschärft werden könnte.

Es darf nicht zu einer 1:1 Anpassung des europäischen Abfallkataloges an das Chemikalienrecht (CLP) kommen. Dies ist schon bisher die einhellige Position der Industrie. Hochstufungen von bleihaltigen Abfällen in die Kategorie „gefährlicher Abfall“

durch die EU oder einzelne Mitgliedstaaten müssen unterbleiben, damit es nicht zu einer Verzerrung der internationalen Schrottströme zu Lasten Europas kommt. Zuletzt müssen die spezifischen Produktregelungen für Fahrzeuge (ELV) und Elektro- und Elektronikgeräte (RoHS) mit ihren zahlreichen Ausnahmen Bestand haben.

BLEI IST UBIQUITÄR

Da Blei als Begleitelement in nahezu allen Recyclingströmen quasi ubiquitär vorhanden und nicht vermeidbar ist, sind die indirekten Folgewirkungen der vornehmlich auf den Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz gerichteten reprotoxischen Einstufung vielfältig. Nahezu alle sekundären Materialströme (bleihaltige Vorstoffe) wären betroffen, da meist Blei-Gehalte über 0,03 Prozent anzutreffen sind. Behinderungen des Recyclings durch steigende Belastungen für die Verwendung von bleihaltigen Sekundärmetallen (z.B. Zulassung) führen zu einem Preisverfall, erhöhten Schrottexporten in Drittländern oder ein Umlenken der Schrottströme an Europa vorbei.

Dies verringert die Rohstoffbasis der europäischen Recyclingindustrie und verschlechtert deren Wettbewerbsfähigkeit im Vergleich zu außereuropäischen Unternehmen. Über bleihaltige Produkte, die aus bleihaltigen Schrotten im Ausland produziert worden sind, käme es zu einem Reimport nach Europa.

Verbleiben diese Materialien in Europa (weil sie als gefährliche Abfälle eingestuft werden, für die ein Exportverbot gilt), müssen sie mit im Vergleich zu heute deutlich höherem Aufwand, vermutlich elektrolytisch aufgearbeitet werden. Dies wäre mit einem deutlich höheren Ressourcenaufwand (Energie, CO₂-Emissionen) verbunden. Klimabilanz, Recyclingquoten und Ressourceneffizienz Europas dürften sich drastisch verschlechtern.

Verwender von Sekundärmetallen müssten, um einer Zulassung zu entgehen, mehr Primärmetall einsetzen. Dies erhöht die Einsatzkosten, verschlechtert die Wettbewerbsfähigkeit, die Klimabilanz und die Ressourceneffizienz und führt weiterhin insgesamt zu mehr Wettbewerb um Primärmetall und dadurch zu weiteren Preiserhöhungen in der Downstream-Wertschöpfungskette.

Die mit einer Einstufung verbundenen indirekten negativen Wirkungen sind daher für weite Teile der Herstellung, der Weiterverarbeitung sowie des Recyclings von Metallen und Metalllegierungen zerstörerisch.

→1

Wer Transparenz fordert, muss Akzeptanz bieten

Politik

Maßvolle Berichtspflichten führen zu mehr Markttransparenz und Vertrauen. Dabei gilt es, die Risiken der Finanzwelt von der Realwirtschaft zu entkoppeln und das Regulierungstempo zu drosseln.

02.8

Auf die Wirtschafts- und Finanzkrise in Europa wurde in den letzten Jahren auf verschiedenste Weise reagiert. Zahlreiche Rettungsprogramme wurden aufgelegt und Maßnahmen entwickelt, die künftig Krisen frühzeitig erkennen und verhindern sollen. Im Fokus stehen dabei die Finanzwirtschaft, deren Wirken im Allgemeinen als Auslöser der Finanzkrise gesehen wird, und internationale Unternehmen, denen eine aggressive Steuerplanung vorgeworfen wird. Die Folge ist eine Regulierungswelle, die von der EU ausgeht und nicht nur die Finanzwirtschaft betrifft, sondern inzwischen auch die Realwirtschaft erreicht.

Dabei tritt der Transparenzgedanke immer stärker in den Vordergrund. Sicherheit durch Transparenz heißt der neue Slogan. Die These lautet: Je höher der Transparenzgrad ist, desto eher lassen sich Fehlentwicklungen und Betrug erkennen und verhindern. Doch was ist der Preis für Transparenz, und werden die Ziele wirklich erreicht?

DER WUNSCH NACH TRANSPARENZ WÄCHST STETIG

Der Wunsch, insbesondere aus Politik und Öffentlichkeit, nach mehr Transparenz in unserer Gesellschaft hat sich in den vergangenen zehn Jahren stetig erhöht. Skandale und Fehlentwicklungen in vielen Bereichen des täglichen Lebens waren der Auslöser. Als Reaktion auf Korruptions- und Bestechungsfälle, Geldwäsche, Umweltvergehen, Lebensmittelskandale wurden Regeln geschaffen, die mehr Transparenz und damit auch Kontrolle in die gescholtenen Bereiche bringen sollen. Jüngster Auslöser ist

die durch Fehlverhalten in der Finanzwirtschaft verursachte Finanzkrise.

Sozial- und Umweltbilanzen, Corporate Governance Regeln und eine grundsätzliche Erweiterung von Berichtspflichten im Rahmen der Corporate Social Responsibility sind neben Finanzmarktregelungen wie MiFID I und II (Markets in Financial Instruments Directive), EMIR (European Market Infrastructure Regulation) oder Basel III die Folge.

Auf internationaler Ebene wurden die Standards der Berichterstattung ebenfalls stetig angepasst. Dabei stehen die Interessen der Stakeholder im Vordergrund. Die Fortentwicklungen des Rechnungslegungsstandards IFRS (International Financial Reporting Standards) auf europäischer Ebene stellen international ausgerichtete Unternehmen Jahr für Jahr vor neue Herausforderungen. Die jüngste Transparenzinitiative betrifft Regeln zur Offenlegung nicht-finanzieller Unternehmensinformationen und entfaltet damit konkrete Auswirkungen für Industrieunternehmen und die gesamte Wertschöpfungskette.

WIRD JEDES UNTERNEHMEN ZUM FINANZINSTITUT?

Als Folge der europäischen Wirtschafts- und Finanzkrise wurden die Informationsanforderungen insbesondere an die Finanzwirtschaft erhöht. MiFID II,



Wie weit darf der Blick in ein Unternehmen reichen? Abwägung zwischen Transparenz und Schutz

EMIR und erhöhter Verbraucher- und Anlegerschutz durch bessere Darlegung der Chancen und Risiken von Finanzprodukten seien hier exemplarisch genannt. Die Definitionen und Grenzen für die Einstufung von Unternehmen als Finanzinstitute sind zum Teil so eng gesetzt, dass auch Unternehmen der Realwirtschaft je nach Umfang ihrer Finanzmarktaktivitäten als Finanzinstitut eingestuft werden.

Mit den engen Regelungen zur Einstufung als Finanzinstitut wird das Unternehmen für seine Risikoabsicherung bestraft. Die Konsequenz aus der Absicherung der operativen Geschäftsgrundlage ist ein erhöhter Meldeaufwand, der sich direkt auf das Geschäftsergebnis auswirkt.

TRANSPARENZ SCHAFFT AKZEPTANZ UND VERTRAUEN

Die Unternehmen haben sich immer detaillierteren Formen der Berichterstattung zu stellen. Dabei wird die Erhöhung der Transparenz auch als Chance und Erfolgsfaktor wahrgenommen. Transparenz schafft Akzeptanz und Vertrauen, dient der Konfliktreduktion und kann den Marktwert eines Unternehmens positiv beeinflussen. Daher ist heute in vielen Unternehmen Transparenz ein wichtiger Aspekt der Unternehmenskultur.

TRANSPARENZ VERSUS KONTROLLE UND ÜBERREGULIERUNG

Unübersehbar sind Tendenzen, die die Frage aufwerfen, ob nicht unter dem Deckmantel der Transparenz bei Behörden und Regie-

→

rungen eine regelrechte Regulierungswut ausgebrochen ist. Können mehr Regeln und eine detailliertere Informationsaufbereitung Fehlentwicklungen verhindern, und wo ist die Grenze zwischen Transparenz und Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen oder der unternehmerischen Freiheit?

DISKUSSION ÜBER STEUERVERMEIDUNG

Eine neue Dimension der Transparenz hat sich mit der Diskussion über Steuervermeidung ergeben. Unter dem Schlagwort „Base Erosion and Profit Shifting“ (BEPS) haben es sich die Mitgliedsländer der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zum Ziel gesetzt, mehr Gerechtigkeit bei der Besteuerung von Unternehmen herbeizuführen. Dabei geht es auch um die Verhinderung sogenannter aggressiver Steuerplanung.

Der Vorwurf, der internationalen Großkonzernen gemacht wird, lautet, dass sie legale Gestaltungsmöglichkeiten zur Einsparung von Steuern ausnutzen. Folge dieser Diskussion ist die Einführung erweiterter Berichtspflichten, wie sie auch von der EU in ihrem jüngsten Entwurf einer Richtlinie über Regeln zur Berichterstattung zu nicht-finanziellen und weiteren Unternehmensinformationen aufgegriffen wurden.

Neben länderspezifischen Angaben zur wirtschaftlichen Entwicklung des Unternehmens (Umsatz, Gewinn, Steuern) werden auch Angaben zu strategischen Bereichen (Due Diligence, Produkteinführungen) gefordert.

Die Umsetzung einer länderspezifische Berichterstattung ist eine Herausforderung an bestehende interne Berichtssysteme. Je nach Detaillierungs- und Harmonisierungsgrad im jeweiligen Unternehmen erhöht sich der administrative Aufwand. Insbesondere kritisch ist die Veröffentlichung von strategischen Informationen.

PFLICHTEN NICHT ÜBERDREHEN

Höhere Transparenzanforderungen steigern den administrativen Aufwand und erhöhen in bestimmten Bereichen das Geschäftsrisiko. Überregulierung und erhöhte Kontrollmöglichkeiten bergen das Risiko, dass unternehmerische Freiheiten eingeschränkt und Innovationen erschwert werden.

Dennoch ist Transparenz erforderlich, um Akzeptanz und Vertrauen zu stärken. Chancen und Risiken können schneller erkannt und Strategien zur Förderung von Stärken oder zur Vermeidung von Fehlentwicklungen erarbeitet werden. Dabei gilt es, das richtige Maß und den richtigen Adressatenkreis zu finden, damit aus Transparenz keine Überregulierung und absolute Kontrolle wird, die die Wirtschaftskreisläufe hemmt.

In Bezug auf die Steuergerechtigkeitsdebatte ist festzuhalten, dass ein detaillierter Transparenzgrad per se noch kein geeignetes Instrument zur Erhöhung des Steueraufkommens oder einer höheren Steuergerechtigkeit darstellt. Solange nationale Gesetzgebungen sogenannte aggressive Steuerplanungen ermöglichen, werden Unternehmen, deren Erfolg nicht zuletzt am Gewinn nach Steuern gemessen wird, diese legalen Möglichkeiten ausschöpfen.

Die Realwirtschaft wehrt sich gegen den Pauschalvorwurf der aggressiven Steuerplanung zur Steuervermeidung. Zu Recht, denn die Mehrheit der Unternehmen ist an ihren nationalen Standorten wirtschaftlich und gesellschaftlich tief verankert und wird ihrer gesellschaftspolitischen Verantwortung auch in Form von Steuerzahlungen gerecht. Eine Industriepolitik, welche die Belastungsschraube durch ein Übermaß an Berichts- und Transparenzpflichten nicht überdreht, führt zu mehr Markttransparenz und Vertrauen.

→1



AUTORIN

Monika Setzermann ist Referentin für Steuer- und Finanzpolitik bei der Wirtschaftsvereinigung Metalle. Sie erreichen sie unter setzermann@wvmetalle.de

+++ STEUERNEWTICKER +++

Die Steuergesetzgebung 2013 und ein Ausblick auf 2014

1. STEURGESETZGEBUNG 2013

Der Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat einigte sich in seiner Sitzung am 05.06.2013 über die Inhalte des „Amtshilferichtlinie-Umsetzungsgesetzes“ (Bundestags-Drucksache 17/12925), dem von den Koalitionsfraktionen verabschiedeten Ersatzgesetz für das gescheiterte Jahressteuergesetz 2013.

Eine Einigung wurde insbesondere bei der Erbschaftsteuer in Bezug auf die Einschränkungen der „Cash-GmbH“ (Erhöhung der Grenze für den Finanzmitteltest von 10 Prozent auf 20 Prozent) sowie die Einschränkungen von RETT-Blocker-Gestaltungen bei der Grunderwerbsteuer erzielt.

Die wesentlichen umsatzsteuerlichen Änderungen im Amtshilferichtlinie-Umsetzungsgesetz betreffen:

- die Belegnachweispflichten für innergemeinschaftliche Lieferungen. Auch hier hat die Finanzverwaltung eine Übergangsfrist gewährt, die zum Jahreswechsel ausläuft. Ab dem 01.01.2014 muss dann zwingend die sog. **Gelangensbestätigung** (oder ggf. die ausdrücklich zugelassenen alternativen Nachweismöglichkeiten, wie die Spediteursbescheinigung) eingesetzt werden.
- Die Finanzverwaltung hatte 2013 die Voraussetzungen für die organisatorische Eingliederung als Voraussetzung für eine **umsatzsteuerliche Organshaft** verschärft (BMF-Schreiben v. 07.03.2013). Betroffen sind insbesondere Fälle, in denen Fremdgeschäftsführer in der Geschäftsleitung der Organgesellschaft tätig sind. Hat der Fremdgeschäftsführer dort Einzelgeschäftsführungsbefugnis, muss sichergestellt werden, dass keine Handlungen gegen den Willen des Organträgers umgesetzt werden können. Für die dazu erforderlichen Maßnahmen, hätten die betroffenen Unternehmen nur bis zum 31.12.2013 Zeit gehabt. Diese **Frist** wurde jedoch um ein Jahr (**31.12.2014**) verlängert (BMF-Schreiben v. 11.12.2013).
- Neue Pflichtangaben in Rechnungen bzw. Gutschriften haben sich durch das Amtshilferichtlinie-Umsetzungsgesetz ergeben. Diese sind zwar bereits zum 30.06.2013 in Kraft getreten, die Finanzverwaltung hat jedoch in einem BMF-Schreiben eine Übergangsfrist bis zum 31.12.2013 gewährt. Ab dem **01.01.2014** müssen die neuen Vorschriften zwingend beachtet werden.

Das am 20.02.2013 verabschiedete „Gesetz zur Änderung und Vereinfachung der Unternehmensbesteuerung und des steuerlichen Reisekostenrechts“ richtet seinen inhaltlichen Schwerpunkt auf die sogenannte kleine Organschaftsreform und das steuerliche Reisekostenrecht. Die wesentlichen Änderungen im EStG betreffen das steuerliche Reisekostenrecht mit den Kernpunkten Definition der „ersten Tätigkeitsstätte“ und Reduzierung der Verpflegungssätze von drei auf zwei sowie die Erweiterung des Verlustrücktrags (§ 10d Abs. 1 Satz 1 EStG).

Im Bereich des Körperschaftsteuerrechts ergaben sich Änderungen u.a. bei:

- der Aufgabe des doppelten Inlandsbezugs (§ 14 Abs. 1 Satz 1 KStG),
- der Zurechnung der Beteiligung an der Organgesellschaft zu einer inländischen Betriebsstätte (§ 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 KStG) und
- der Ausweitung der Verlustabzugsbeschränkung (§ 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 KStG).

2. STEUERAUSBLICK 2014

Der Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung enthält keine steuerlichen Großprojekte. Mit Blick auf die zunehmenden Steuerharmonisierungsbemühungen in Europa, die Diskussion über die Beteiligung der Finanzwirtschaft an den Kosten der Wirtschafts- und Finanzkrise und die international geführten Debatten zur Vermeidung von Steuergestaltung ist für 2014 mit folgenden Aktivitäten zu rechnen:

- Einführung einer Finanztransaktionssteuer, wobei nach Koalitionsaussagen die Steuer so gestaltet werden soll, dass die Realwirtschaft und der private Kleinsparer nicht betroffen sind.
- Bemühungen um eine Harmonisierung der Mehrwertsteuer auf europäischer Ebene,
- Weiterentwicklung der Grundsätze einer Gemeinsamen Konsolidierten Körperschaftsteuer und
- Einführung von Maßnahmen gegen eine sogenannte „aggressive Steuerplanung“ (BEPS; Base Erosion and Profit Shifting). Siehe hierzu auch den Gastbeitrag von Berthold Welling vom Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI).

Steuerpolitik zu Base Erosion and Profit Shifting

Gastbeitrag RA Berthold Welling, BDI

Die steuerpolitische Diskussion über Base Erosion and Profit Shifting – kurz: BEPS – im Rahmen der G20-Gipfel hatte ursprünglich zum Ziel, die internationalen steuerpolitischen Grundlagen für einen fairen Steuerwettbewerb zu schaffen. Der internationale Dialog soll genutzt werden, um geringe Steuerquoten von multinationalen Konzernen zu vermeiden. Im Fokus des medialen Interesses standen vor allem US-amerikanische Unternehmen. Schlagworte wie „Google-Tax“ sollen das Phänomen von Wettbewerbsverzerrungen als Folge niedriger Steuerquoten beschreiben.

DEBATTE ZU STEUERQUOTEN

Auf Initiative des deutschen Finanzministers Wolfgang Schäuble und des britischen Schatzkanzlers George Osborne beauftragten die G20 in 2012 die OECD mit einem Bericht zu BEPS, um Schranken für steuerpolitisch unerwünschte Gestaltungen und Optimierungen zu erörtern. Der OECD-Bericht zu BEPS wurde im Februar vergangenen Jahres vorgelegt und darauf aufbauend ein Aktionsplan der OECD befürwortet.

Vorausgegangen waren u.a. Demonstrationen von Gruppen wie „Tax Justice Network“, bei denen vor Filialen des US-Konzerns Starbucks in Großbritannien darauf aufmerksam gemacht wurde, dass trotz Umsätzen in dreistelliger Millionenhöhe in Großbritannien „keine Steuern“ gezahlt worden seien. Eine gesellschaftspolitische Debatte über Steuerquoten multinationaler Konzerne folgte.

FINGER-POINTING RICHTUNG USA

In Europa wird im Rahmen der BEPS-Diskussion die Ursache für die niedrigen internationalen Steuerquoten der US-amerikanischen Unternehmen in der löchrigen steuerpolitischen US-Gesetzgebung gesehen. Damit wird jedoch ausgeblendet, dass auch einzelne europäische Staaten Impulse setzen, die zu den verblüffend niedrigen Steuerquoten führen. In der Kritik stehen nationale Regelungen in der EU, z.B. Patent-Boxen, die steuerliche Privilegien für Lizenzeinnahmen vorsehen, sowie die Möglichkeit, so genannte weiße Einkünfte – also unbesteuerbare Gewinne – zu generieren.

DISKUSSION ÜBER SYMPTOME

Der Fokus auf die niedrigen Steuerquoten der Unternehmen ist ein Beleg dafür, wie eindimensional die steuerpolitische Debatte über BEPS geführt wird. Nicht die Ursachen, sondern allenfalls die Symptome werden in der öffentlichen Darstellung beschrieben. Dabei zeigt sich, dass der Steuerwettbewerb zwischen den Staaten unvermindert anhält. Die Staaten agieren im Steuerwettbewerb unterschiedlich herausfordernd und damit unterschiedlich stark zu ihrem eigenen Vorteil.

Zugleich lösen die steuerpolitischen Anreizmechanismen die Gegenreaktionen anderer Staaten aus. Die neue Qualität des aktuellen G20/OECD-Prozesses liegt in dem Versuch, an die Stelle von individuellen Reaktionen einzelner Staaten eine international abgestimmte Reaktion der wesentlichen Industrie- und Schwellenländer treten zu lassen. Damit wird das Projekt BEPS zu einer besonderen Herausforderung für die Bundesregierung, die Balance zwischen steuerpolitischen Interessen auf internationaler Ebene und fiskalischem Interesse auf nationaler Ebene zu bewahren.

Aggressive Steuerplanung oder aggressive Steuergesetzgebung

Sind die Unternehmen die richtigen Adressaten?

Quelle: BDI



MEHR RISIKEN ALS CHANCEN?

Es ist davon auszugehen, dass sich Steuergestaltungen von multinationalen Unternehmen, insbesondere von US-amerikanischen Unternehmen, auch auf die deutschen Besteuerungsgrundlagen auswirken. Erste Reaktionen hat der deutsche Gesetzgeber bereits angedeutet und steuerverschärfende Regelungen auf den Weg gebracht. Aber auch in Wissenschaft, Politik und Verwaltung werden neue Vorschläge entwickelt, die sich nachteilig für die grenzüberschreitenden Aktivitäten deutscher Unternehmen auswirken könnten. Zu denken ist insbesondere an die Ausweitung von Quellenbesteuerungen.

So gehört zu den diskutierten Abwehrmaßnahmen gegen BEPS die weltweit verstärkte Erhebung von Quellensteuern auf Lizenzen. Da jedoch mehr Lizenzentgelte nach Deutschland fließen als aus Deutschland heraus gezahlt werden, besteht die Gefahr, dass der deutsche Fiskus durch die BEPS-Abwehr beim Steueraufkommen per Saldo zum Nettoverlierer würde. Die angestoßene BEPS-Diskussion würde somit zum finanzpolitischen Bumerang.

Darüber hinaus besteht in der Wirtschaft die berechtigte Befürchtung, dass die Umsetzung der BEPS-Abwehrmaßnahmen in Deutschland rigorosener abläuft als in anderen Staaten. Ohnehin bestehen hierzulande bei den wesentlichen steuerpolitischen Druckstellen zahlreiche Abwehrregelungen, die im internationalen Vergleich zu den strengsten zählen. Mit der rigiden Zinsschranke, den umfangreichen Begrenzungen der

Verlustverrechnungsmöglichkeiten, einer breiten Hinzurechnungsbesteuerung sowie der Besteuerung sog. Funktionsverlagerungen gelten viele steuerpolitische Baustellen in Deutschland bereits als geschlossen. Weitere Verschärfungen sind hier kaum denkbar. Umso höher ist das Risiko einzuschätzen, dass der politische Druck durch die öffentlich geführte BEPS-Diskussion die Position der deutschen Unternehmen im internationalen Wettbewerb nicht verbessert, sondern gegebenenfalls noch verschlechtern könnte.

EIN ZWISCHENFAZIT

Mit der Diskussion über BEPS ist auch die Auseinandersetzung über die Verteilung des Steuerkuchens angestoßen worden. Die Verteilungsdebatte zwischen den Industrienationen und den Schwellenländern erhält neue Nahrung. Damit werden auch die Risiken für den deutschen Fiskus offenbar. Es sind gerade die prosperierenden asiatischen Staaten, die sich von der BEPS-Diskussion einen deutlichen Vorteil zulasten der alten Industrieländer erhoffen.

Ins Zentrum der Kritik ist der Status Quo der Besteuerungsrechte geraten. So leisten die meisten global agierenden Unternehmen aus Deutschland trotz niedriger inländischer Umsatzquoten immer noch den größten Teil des weltweiten Steueraufwands hierzulande. Und die Dynamik der BEPS-Diskussion verdeutlicht, dass es keine Garantien für die bestehenden Regelungen über die Besteuerungsrechte zugunsten Deutschlands gibt. Damit haben Deutschland und andere Industrienationen fiskalpolitisch deutlich mehr zu verlieren, als sie jemals zu gewinnen vermögen. Ob die deutsche Seite vor diesem Hintergrund gut beraten ist, als Impulsgeber der BEPS-Diskussion zu agieren, darf bezweifelt werden.

→1

Metalle pro Klima: Kommunikation 2.0

Politik

Mit der Unternehmensinitiative ist es der Nichteisen-Metallindustrie gelungen, komplexe betriebliche Praxis transparent und die Leistungen der Unternehmen glaubhaft und vielgestaltig öffentlich darzustellen.

02.9



Metalle pro Klima ist mehr als eine informative Le-
xikothek. Die Unternehmensinitiative der WirtschaftsVereinigung
Metalle hat anspruchsvolle Alleinstellungsmerkmale: Die
Philosophie von Best Practice bildet den aktuellen und diversen
Stand des industriellen Klima- und Ressourcenschutzes in der
NE-Metallindustrie ab. Die breit aufgestellte Kommunikation der
Initiative widmet sich aktuellen gesellschaftspolitischen Trends
wie Glück, Wohlstand und Akzeptanz. Metalle pro Klima trägt die
Industrie stärker in den Mittelpunkt der Gesellschaft.

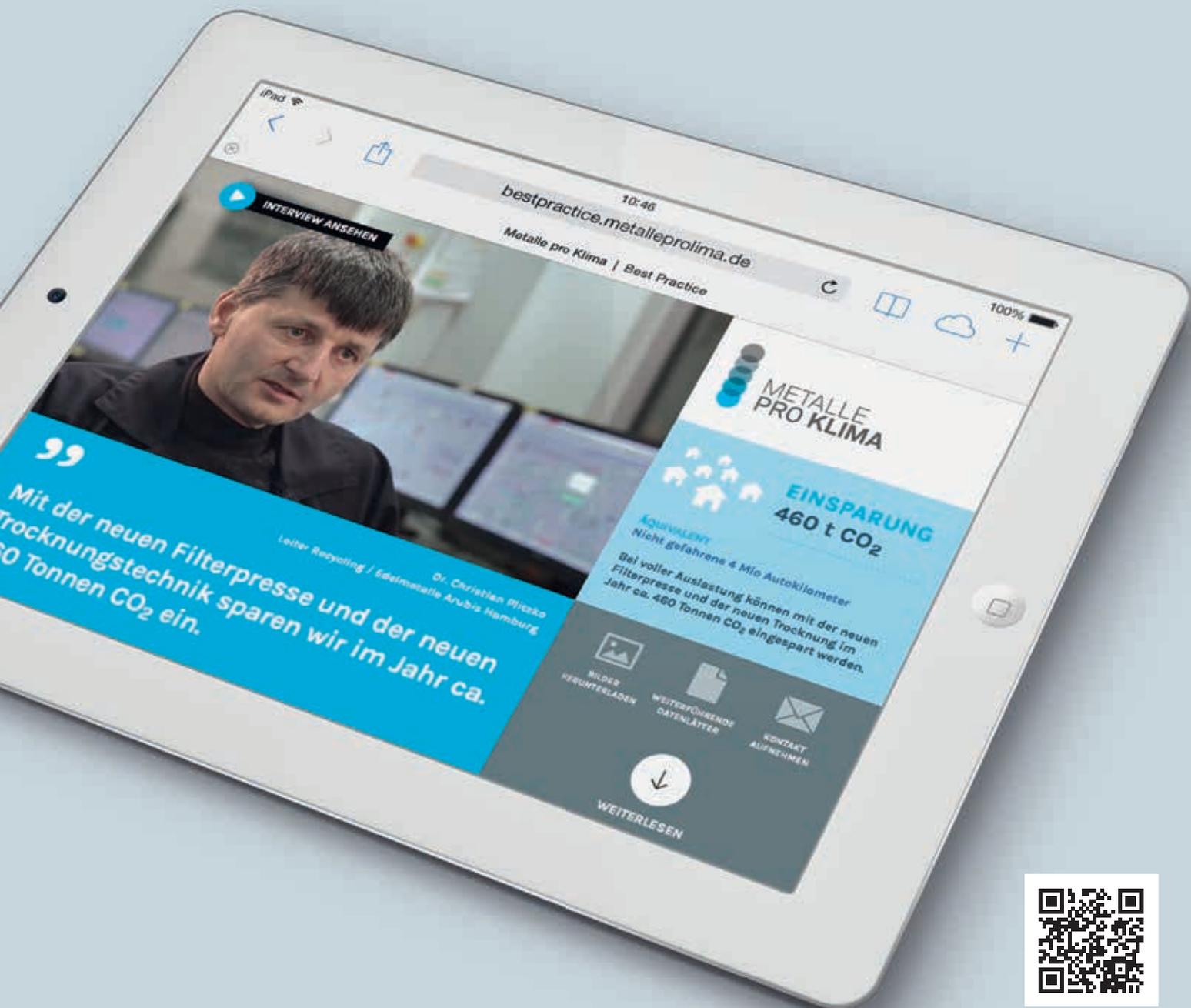
Best Practice und Trendkommunikation sind komplexe
Arbeitsfelder. Inhalte und Botschaften werden von Metalle pro
Klima über eine größtmögliche Zahl von Informationskanälen
und an verschiedenen Kommunikationsorten verbreitet. Auch
im sechsten Jahr seit ihrer Gründung setzte die Initiative ihre
profiliertere Kommunikationsstrategie im engen Dialog mit den
Mitgliedsunternehmen um.

AUTHENTISCH UND PERSÖNLICH

Für die Einführung und Diskussion neuer Best
Practice-Beispiele aus dem betrieblichen Klima- und
Ressourcenschutz haben sich Regionalkonferenzen
hervorragend bewährt. Die Einbettung von Präsentationen
in den laufenden betrieblichen Alltag eines
Mitgliedunternehmens ist aufwändig aber nachhaltig.

Der reale betriebliche Kontext sowie die hetero-
gene Zusammensetzung der Teilnehmer sind Erfolgs-
faktoren für das Kommunikationsformat: Bei den
Regionalkonferenzen gehen Vertreter aus den Un-
ternehmen und der Initiative und Mandatsträger von
der kommunalen bis zur europäischen Ebene, Medien
und Persönlichkeiten aus dem öffentlichen Leben der
Region aktiv aufeinander zu. Unterschiedliche Ein-
stellungen und Voraussetzungen treffen aufeinander





Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den Mitgliedsunternehmen von Metalle pro Klima präsentieren auf einer eigenständigen Microsite Best Practice und Persönlichkeit.



Metalle pro Klima präsentiert die Aktivitäten der Unternehmensinitiative

und führen zu einer lebendigen und anspruchsvollen Diskussion über das Verhältnis von Industrie und Gesellschaft. Die Regionalkonferenz bei der Otto Fuchs KG in Meinerzhagen, einem führenden Hersteller von Produkten aus Aluminium, Titanium, Magnesium und Kupfer für die Luft-, Raumfahrt, Kraftfahrzeug- und Bauindustrie, erfüllte Mitte 2013 erneut alle Erwartungen von Unternehmen, Initiative und Gästen.

BEST PRACTICE WIRD ÜBER TESTIMONIAL LEBENDIG

Best Practice wird über klassische Informationskanäle und verstärkt auch multimedial kommuniziert. Die bisher als Datenbank eingesetzte Website von Metalle pro Klima wird ergänzt durch eine eigenständige Microsite. Zugleich wird die Bewegtbild-Kommunikation ausgebaut.

Die Kommunikationsexperten der Initiative haben die klassische Testimonial-Kommunikation adaptiert und modifiziert. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den Mitgliedsunternehmen präsentieren in Kurzfilmen nicht nur ihre Arbeit; auch ihre Persönlichkeit und ihre Einstellungen werden porträtiert. Das Testimonial-Konzept von Metalle pro Klima verbindet Industrie und Gesellschaft über die Menschen, die in beiden Sphären leben und arbeiten.

Mit kurzen Filmen, die die Person im Mittelpunkt zeigen, werden Effizienz und Ressourcenschutz präsentiert. Der persönliche Beitrag der Mitarbeiterin oder des Mitarbeiters steht im Mittelpunkt. Dieses Instrument vereinbart die beiden Komponenten Technik und Kommunikation und fließt in die strategische Kommunikationsarbeit von Metalle pro Klima ein. Der Kanal, auf dem dies in die Öffentlichkeit und vor allem das Internet getragen wird, ist direkt mit der Homepage der Unternehmensinitiative verknüpft. Die Microsite behandelt – analog zum Dossier einer Zeitung – ausschließlich das Thema Best

Practice. Hier werden die Kurzfilme präsentiert und die Unternehmen und deren Mitarbeiter vorgestellt. Die Beispiele können auf allen mobilen Endgeräten präsentiert und vielfältig verwendet werden.

Metalle pro Klima ergänzt Best Practice durch die Beschäftigung mit gesellschaftspolitischen Trendthemen. Der Industriedialog unter der Schirmherrschaft der bayerischen Staatsregierung betrat mit dem Thema Glück ein für die Initiative völlig neues Kommunikationsfeld. Die Veranstaltung „Metals meet Politics“ setzte sich Ende 2013 in Berlin mit dem komplexen Thema „Leitvorstellungen von Politik und Unternehmen zur gesellschaftspolitischen Orientierung“ auseinander.

In Zusammenarbeit mit dem Internationalen Nickel-Institut diskutierten Vertreter aus Industrie, Wissenschaft und Politik Erwartungen und Entwicklungen. Zu den Gastrednern auf der von mehr als 100 Persönlichkeiten besuchten Veranstaltung gehörte der Leiter des Instituts für Demokratieforschung in Göttingen, Prof. Franz Walter.

Die Veranstaltungen von Metalle pro Klima sind erkennbar auf dem Weg, sich einen festen und anerkannten Platz in der industrieaffinen gesellschaftspolitischen Debatte zu sichern. Diese Position soll weiter ausgebaut werden.

STARKES NETZWERK NACH INNEN UND AUSSEN

Die Initiative entfaltet zunehmend integrative Kräfte sowohl zu Politik und Nichtregierungsorganisationen wie auch in die Industrie und zu den Mitgliedern. Es werden belastbare Kontakte zu industriekriti-

schen Personen und Institutionen ausgebaut. Die Initiative trägt dazu bei, dass die Industrie vermehrt als Partner und Lösungsgeber für Fragen des Umwelt-, Klima- und Ressourcenschutzes akzeptiert wird.

In den Gremien der Initiative engagieren sich zunehmend junge Mitarbeiter und Fachkräfte, die eine besonders hohe Affinität zu Umwelt- und Technologiethemata einbringen. Sie versuchen, die Best Practice-Philosophie der Initiative stärker in die Unternehmen hineinzutragen, und es gelingt ihnen erfolgreich, die Zahl der Best Practice-Beispiele zu erweitern.

OHNE EMOTION GEHT NICHTS

Metalle pro Klima hat sich über Dialog, Veranstaltungen und Medienarbeit einen Namen und ein eigenständiges Profil erarbeitet. Politikerinnen und Politiker aller Parteien und über alle Ebenen des politischen Handels hinweg haben sich dem Dialog mit der Initiative und den Unternehmen geöffnet. Dies impliziert eine emotionalere Bindung zu den Inhalten und Themen bei den Gästen und Gesprächspartnern.

Die Arbeit der Unternehmensinitiative ist ein stetiger Entwicklungsprozess: Neue Themen und Beispiele, neue Kommunikationsorte und -anlässe sorgen für kommunikative Dynamik. Daneben hat die Initiative viele Gesichter: Von den Vorsitzenden der Initiative Oliver Bell und Peter Willbrandt über das Metalle pro Klima-Team mit dem Hauptgeschäftsführer der Wirtschaftsvereinigung Metalle und den Vorständen und Geschäftsführungen der Mitgliedsunternehmen bis hin zu einer großen Zahl von Fach- und Führungskräften in den Unternehmen.

Insbesondere in der Medienarbeit und im Umgang mit politischen Ansprechpartnern zahlt sich die konkrete und vielköpfige Dialogfähigkeit der Initiative aus. Metalle pro Klima ist jederzeit sprechfähig zu den Themen, die Unternehmen, Branche und Gesellschaft beschäftigen.

Diese Kultur wird in die Strukturen der Unternehmen getragen und erreicht auch diejenigen Mitarbeiter, deren konkrete persönliche Aufgabe darin besteht, Effizienzpotenziale zu heben und Projekte durchzuführen.

Ein wichtiger Bestandteil des gemeinsamen Kommunikationserfolges bildet die Verzahnung der Initiative mit der Unternehmenskommunikation. Auf Messen, Kundenevents und Veranstaltungen am Firmenstandort können Potenziale und Leistungen der NE-Metallindustrie ansprechend präsentiert werden. So entwickelt sich die Mitgliedschaft in der Unternehmensinitiative zu einem Argument in der Kommunikation mit Kunden und Zulieferern.

PLATTFORM FÜR ZEITGEMÄSSE INDUSTRIEPOLITIK

Die Nichteisen-Metallindustrie ist Teil der modernen Gesellschaft: Als Wirtschaftszweig, als Technologielieferant, als Vorreiter für Nachhaltigkeit. Die Unternehmensinitiative Metalle pro Klima hat als Plattform Potenzial, diese und weitere Themenfelder national und europäisch darzustellen. Unternehmen der Branche – ob offensiv marktführend oder als Hidden Champion – können über die Performance der Initiative ihre Leistungen und Beiträge in die Öffentlichkeit tragen, an den Unternehmensstandorten zeigen sowie in den Zentren der Politik zur Diskussion stellen.

Der Dreiklang aus politischer Basisarbeit an den Standorten, Diskussion gesellschaftspolitischer Themen und Präsentation der Mitglieder mit moderner Kommunikation macht den Erfolg von Metalle pro Klima aus.

→



AUTORINNEN

Melanie Dillenberg (links) leitet das Projekt „Metalle pro Klima“. Sie erreichen sie unter dillenberg@metalleproklima.de

Patricia Dichtl (rechts) ist Projektreferentin bei „Metalle pro Klima“. Sie erreichen sie unter dichtl@metalleproklima.de

Strategisch, schnell und interaktiv: Neue Herausforderungen der Kommunikation

Politik

Die Herausforderungen an die Kommunikatorinnen und Kommunikatoren in Verbänden und Unternehmen wachsen. Echtzeitkommunikation stellt weitere Anforderungen.

02.10



Im Dialog mit Wissenschaft und Medien: Prof. Franz Walter, Göttinger Institut für Demokratieforschung; Andreas Mihm, FAZ; Martin Kneer, WVM (von links)

Die Kommunikationsarbeit von Unternehmen und Verbänden ist einem stetigen Wandel unterworfen. Informationen fließen immer schneller, die Themen werden immer komplexer. Die Anforderungen der Verbands- und Unternehmenskommunikation steigen stetig – und damit die Erwartungen, die Echtzeitkommunikation zu beherrschen.

Und dieser Wandel bleibt. Echtzeit prägt nicht nur in Sozialen Netzwerken den Informationsfluss. Die Informations- und Kommunikationskanäle werden immer differenzierter. Jede Information sucht sich ihre eigenen Kanäle, und jede Form der Kommunikation funktioniert nicht immer auf allen Wegen gleich. Grundprinzipien der Kommunikation gelten weiterhin. Es gibt unzählige Sender und noch viel mehr Empfänger.

Der Empfänger bestimmt auch in der Echtzeitkommunikation die Botschaft, er bestimmt auch darüber, über welche Kanäle er die Information empfängt und in welcher Form sie verarbeitet und vor allen Dingen weiterverarbeitet wird. Damit vervielfachen sich die Anforderungen der Verbands- und Unternehmenskommunikation. Die Senderqualitäten der Industriekommunikation von Dachverbänden und ihrer Mitgliedsunternehmen sind darauf auszurichten. Die Mittel der Wahl sind hier neben Videos und Social Media auch in Blogs und Foren zu suchen.

ALLE MEDIEN SIND GEFRAGT

Social Media ist längst in der Unternehmens- und Verbandskommunikation angekommen, verliert aber gleichzeitig an Bedeutung. Sie gehören zum Verband- und Unternehmensalltag. Die Unternehmen der Grundstoffindustrie unterhalten Corporate Profile bei Facebook und anderen sozialen Netzwerken, um neben Corporate Social Responsibility (CSR) der unternehmerischen Gesellschaftsverantwortung einen Kanal zu geben, zusätzlich die Personalsuche gerade bei Auszubildenden an deren Kommunikationsverhalten anzupassen.

Die Echtzeitkommunikationskanäle ordnen sich in der Bedeutung zu anderen Kanälen und Instrumenten der Kommunikation ein. Sie verstärken weiterhin die klassischen Kommunikationsmitteln, denn es gilt

weiterhin: Print wirkt. Das zeigen Beispiele aus der jüngeren Vergangenheit, wenn Online-Plattformen beginnen ein Print-Magazin herauszugeben.

QUALITÄT DER INFORMATION ENTSCHIEDET

Es sind die klassischen Medien, die unsere Meinung über Unternehmen und Organisationen prägen. Selbst „Digital Natives“ bevorzugen als Verbraucher Informationen über Firmen aus Publikationen der Unternehmen und Printprodukten der klassischen Medien. 70 Prozent beziehen ihr Wissen über Unternehmen und Organisationen aus den klassischen Medien. Knapp über 40 Prozent unterhalten sich darüber im Familien- und Bekanntenkreis. Unternehmenspublikationen (20 Prozent) und Social Media (14 Prozent) spielen dagegen nur eine geringe Rolle.

Die Ansprüche an die Unternehmenskommunikation steigen, allerdings nicht im gleichen Verhältnis wie die Zufriedenheit zunimmt. Zweidrittel der Befragten beanspruchen sachliche

→

SOCIAL MEDIA SPIELT KAUM EINE ROLLE

Repräsentative Com-X-Studie: Aussagen über Kommunikation von Unternehmen und Organisationen

Quelle: Commendo

Wissen über Unternehmen aus klassischen Medien

Spreche mit Familie und Freunden über Unternehmen

Unternehmen treten sympathisch auf

Vertraue Journalisten und Verbraucherverbänden mehr

Wünsche nur Empfehlungen und Orientierungshilfen

Fühle mich zuverlässig informiert

Möchte bei wichtigen Themen gehört werden

Kommunikation von Unternehmen ist glaubwürdig

Nutze Publikationen von Unternehmen

Nutze Social Media Angebote von Unternehmen





Digitale Medien bei der Verbands-
kommunikation berücksichtigen

Information, aber nur knapp 30 Prozent sehen diese Erwartungen erfüllt. Die GfK Marktforschung ermittelte unter 1000 Befragten die Unzufriedenheit und die Erwartungshaltung der Öffentlichkeit an Unternehmenskommunikation.

Die Frage nach dem Einsatz digitaler Medien und der Verknüpfung von analogen Inhalten in Unternehmen und Organisationen und Interessenverbänden stellt sich einfach nicht mehr. In der Unternehmenskommunikation und in der Verbandskommunikation gibt es keine Option, auf Print oder Digital zu verzichten. Verbände und Unternehmen der Grundstoffindustrie stellen sich diesen Aufgaben gleichermaßen.

Die Kommunikationsstrategie ist fortlaufend weiterzuentwickeln. Es ist wichtig, Fehler und Korrekturen in der Echtzeitkommunikation zuzulassen und aus ihnen zu lernen. Die Recherche von Fakten ist und bleibt unerlässlich. In eigenen Berichten und

Meldungen über Veranstaltungen und Ereignisse von Verbänden und Unternehmen auf Twitter und anderen Social Media Kanälen sind Experimente zu wagen, um Erfahrungen zu sammeln.

GLAUBWÜRDIGKEIT ENTSCHIEDET

Dabei gilt es weiterhin, mit Partnern auf Seiten der klassischen Medien zusammenzuarbeiten. Das Arbeitsfeld von Journalisten wandelt sich ebenso wie das von Verbands- und Unternehmenskommunikatoren. Das ist eine Frage von Qualitätsansprüchen, die dies- und jenseits des Schreibtisches zu erfüllen sind. Für Pressesprecher der Verbände und Unternehmen steht es außer Zweifel, dass die Grundregel, sich nie in die publizistische Unabhängigkeit eines Mediums einzumischen, unantastbar ist.

Die GfK-Studie zur Unternehmenskommunikation liefert auch hier interessante Hinweise für die Ausrichtung der Kommunikationsstrategie von Unternehmen und Verbänden. Die größte Herausforderung liegt bei der Glaubwürdigkeit. Nur ein Fünftel der Befragten hält die Kommunikation von Unternehmen und Organisationen für glaubwürdig. Das Vertrauen in Journalisten, andere Verbraucher oder Verbraucherschützer ist dagegen fast doppelt so hoch (39 Prozent). Als klare Erkenntnis ist hier abzuleiten, dass Unternehmen und Organisationen ihre Kommunikation auf die neuen Anforderungen ausrichten müssen.

Die Wirtschaftsvereinigung Metalle und ihre Unternehmensinitiative Metalle Pro Klima verfolgen zur Lösung des Glaubwürdigkeitsproblems eine komplementäre Strategie. Der Verband konzentriert sich auf aktuelle Kommunikationsarbeit zu den verbandspolitischen Aufgaben in der Wirtschafts-, Energie- und Umweltpolitik. Die Unternehmensinitiative pflegt die technik- und wissensbasierte Kommunikation. Verklammert werden beide Kommunikationsansätze durch die Öffnung für gesellschaftspolitische Trendthemen wie Wohlstand, Demokratie und Ressourcenverantwortung.

Das Vertrauen der Konsumenten in Industrie und Wirtschaft ist nicht immer einfach zu halten und wird durch politische Institutionen und dem Transparenzanspruch eher geschwächt als gestärkt. Lebensmittelskandale, Kartellbildungen, juristisch erkämpfte Siege gegen Produkttests. Es bleibt auch im weiteren Umfeld der unmittelbar Betroffenen ein Berg an Arbeit für die Kommunikation in Verbänden und Unternehmen. Verlorengangenes Vertrauen wieder aufzubauen, herzustellen, zu stärken und zu pflegen ist eine Pflichtübung und fern jeglicher Kür.

NEUE ALLIANZEN

Unabhängiger Qualitätsjournalismus und faktenorientiertes Storytelling der Grundstoffindustrie finden vornehmlich in den Print- und Digitalangeboten der Verlage zusammen. Dort erzeugen sie Aufmerksamkeit für die Produkte auch der metallerzeugenden

Forum Technikjournalismus

www.forum-technikjournalismus.de

Das „Forum Technikjournalismus“ (FTJ) versteht sich als Netzwerk für Technik-Kommunikation: Es initiiert den Dialog zwischen (Technik-) Journalisten aus allen Mediengattungen, PR-Fachleuten aus Unternehmen, Verbänden und Institutionen, dem technikjournalistischen Nachwuchs sowie Experten aus Wissenschaft und Wirtschaft.

Das „Forum Technikjournalismus“ wurde gemeinsam von der Frankfurter Allgemeinen Zeitung GmbH (F.A.Z.) und der IFOK GmbH ins Leben gerufen.

genden und -weiterverarbeitenden Unternehmen und schaffen Plattformen für die Leistungen und Beiträge ganzer Wirtschaftsbranchen. Beispielfähig wird das im Forum Technikjournalismus gelöst.

Aufgabe der Verbands- und der Unternehmenskommunikation ist die Steuerung und Positionierung der Kommunikationsstrategie durch eine übergreifende Kommunikation, die interne und externe Kommunikation verbindet. Ohne strategische Überlegungen und Konzepte geht nichts mehr. Die Kommunikatoren in Unternehmen und Verbänden arbeiten an der Vernetzung von Menschen, die sich nicht kennen, aber gleiche Interessen verfolgen.

Kommunikation wird zunehmend mobiler – die Nutzung des mobilen Internets wird weiter zunehmen. Smartphones und Tablets werden professionell genutzt. Prognosen sprechen von einer Abdeckung in der Größenordnung von 60 Prozent. Auf diese digitale Mobilität gilt es zu reagieren. Webseiten oder eigene Apps sind für den mobilen Zugriff vorzubereiten und mit Content zu bestücken. Responsive Design wird hier zur Maxime, um Inhalte an allen Orten abrufbar und zugänglich zu gestalten.

DIE INDUSTRIE SPRICHT MIT EINER STIMME

Eine Trennung von Unternehmenskommunikation und Verbandskommunikation macht noch weniger Sinn als bisher. Die Inhalte für die Branche im Sinne einer Stimme für die Industrie zu kommunizieren, funktioniert nur, wenn die Inhalte Hand in Hand gehen. Auf den Inhalt kommt es hier besonders an. Die Inhalte sind für die jeweiligen Zielgruppen nutzbringend aufzubereiten, zu produzieren und punktgenau

zu verteilen. Die Geschichten, die Unternehmen und deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Verbände erzählen, ob in Text, Bild, Video und interaktiv, sind redaktionell von Verband und Unternehmen aufzubereiten und durch gemeinsames Content Management einer breiteren Zielgruppe zur Verfügung zu stellen.

MITARBEITER EINBINDEN

Die Verknüpfung der Verbandskommunikation mit der Unternehmenskommunikation und die kontinuierliche Vernetzung mit der Industriekommunikation der deutschen Industrie und Wirtschaft ist und bleibt das Erfolgsrezept, um der Industrie und ihren einzelnen Branchen Gesicht und Stimme zu geben. Das gelingt mit Dialog und dem Storytelling entlang der Wertschöpfungskette – entlang der Werkstoffkreisläufe in der Industrie – bis hin zum Konsumenten. Und Geschichten lassen sich über die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Unternehmen sowie über Experten in den Verbänden transparent und tragfähig vermitteln.

Die Testimonial-Kommunikation entwickelt das Konzept weiter, dass die Mitarbeiter die Botschafter in der eigenen Sache sind. Sie agieren als eigenständige Kommunikatoren – auch in ihrem Umfeld. Ob privat oder beruflich. Ob als Kollege oder als Experte. Die Kommunikation in den Unternehmen und Verbänden wird zunehmend von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gestaltet. Diese Form der Kommunikation gilt es in Gesprächen zu begleiten und zu unterstützen.

Die Themen der Nichteisen-Metallindustrie lassen sich im Dialog entlang der Industriekreisläufe „mundgerecht“ präsentieren. Der Schlüssel, um die Komplexität der Schwerpunktthemen wie z. B. Energiepolitik aufzuschließen, sind die Geschichten rund um die Metalle und wie sie in und für die Gesellschaft als Problemlöser wirken. Endprodukte sind in ihrer Funktionalität nur so gut, wie es die Eigenschaften der zugrundeliegenden Werk- und Grundstoffe bereits in sich tragen.

→



AUTOR

Dirk Langolf, Pressesprecher der Wirtschaftsvereinigung Metalle und der Unternehmensinitiative „Metalle pro Klima“ bis März 2014

03

KONJUNKTUR

Konjunktur und Statistik

84–123

Eckdaten zur Konjunkturentwicklung
Zahlen und Fakten zur Lage der NE-Metallindustrie

86 Die Branche im Fokus

Die deutsche Nichteisen-Metallindustrie im Jahr 2013

87 Die Lage der Weltwirtschaft

Die Weltkonjunktur erholt sich im Jahresverlauf 2013

97 Die nächsten Stufen der industriellen Wertschöpfung

Die Entwicklung in den Abnehmerindustrien

102 Die Lage der NE-Metallindustrie

Die Entwicklung der NE-Metallindustrie

105 Die Lage der NE-Metallindustrie

Die Entwicklung nach NE-Metallbranchen

Die deutsche Nichteisen-Metallindustrie im Jahr 2013

DIE ECKDATEN DER DEUTSCHEN NE-METALLINDUSTRIE 2013

109.102

Beschäftigte

660

Unternehmen

8,0 Mio. t

Produktion

45,6 Mrd. €

Umsatz

20,1 Mrd. €

davon Auslandsumsatz

24,1 Mrd. kWh

Energieeinsatz (2012)

12,8 Mrd. kWh

davon Stromeinsatz

Quellen: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, und eigene Erhebungen

Die deutsche Nichteisen(NE)-Metallindustrie erzielte im Jahr 2013 mit durchschnittlich 109.102 Beschäftigten in 660 Unternehmen eine Produktion von acht Millionen Tonnen (plus zwei Prozent gegenüber dem Vorjahr) und einen Umsatz von 46 Milliarden Euro (börsenpreisbedingt minus zehn Prozent), davon 20 Milliarden Euro (minus neun Prozent) auf ausländischen Märkten. Das entsprach einer Exportquote von 44 Prozent. 62 Prozent der Ausfuhren gingen in die Länder des Euroraumes. Die Umsatzentwicklung der Unternehmen wurde von den volatilen Börsennotierungen der NE-Metalle beeinflusst. 2013 wirkten sich die Metallpreise insgesamt dämpfend auf den Umsatz aus. Konjunkturelle Impulse kommen derzeit eher aus den Industrieländern und aus dem Inland. Wichtige Absatzmärkte wie Italien und Spanien haben die konjunkturelle Talsohle durchschritten. Im März 2014 beurteilten knapp 80 Prozent der befragten Unternehmer aus der NE-Metallindustrie ihre aktuelle Geschäftslage mit gut oder saisonüblich. Die Geschäftserwartungen auf Sicht von sechs Monaten blieben optimistisch – über 90 Prozent der Unternehmen sahen bessere oder gleich gute Geschäfte. Für das Jahr 2014 rechnet die NE-Metallindustrie mit einem leichten Produktionswachstum.

Als innovative Grundstoffindustrie steht die NE-Metallindustrie am Anfang der Wertschöpfungskette und ist von der konjunkturellen Entwicklung ihrer Abnehmerindustrien abhängig. Die Schlüsselbranchen Automobil-, Bau-, Elektrotechnik- und Elektronikindustrie, Maschinen- und Anlagenbau sowie Luft- und Raumfahrtindustrie sorgten im Verlauf des Jahres 2013 für eine zunehmende Nachfrage. Gerade die Automobilindustrie überraschte zum Jahresende mit einer unerwartet deutlichen Belebung. Die Bauindustrie profitierte von dem milden Winter zum Jahreswechsel 2013/2014.

Industriemetalle werden seit 2004 verstärkt gehandelt. Trotz des Rückzugs einiger Banken aus dem physischen Rohstoffgeschäft blieb der Umsatz einiger Metalle an der London Metal Exchange bis zu 50 mal größer als die jeweilige globale Jahresproduktion.



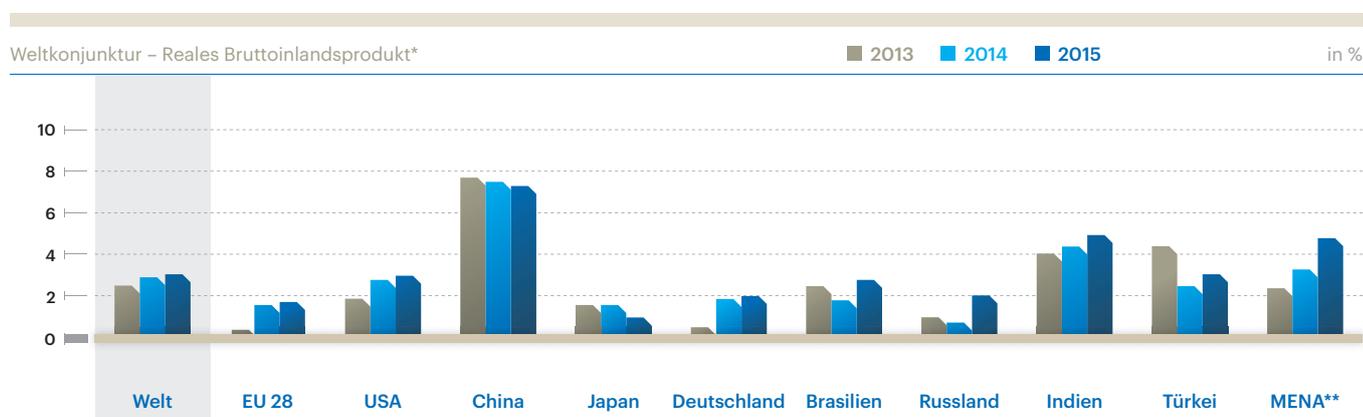
WEITERE INFORMATIONSGRAFIKEN

Den Statistischen Anhang mit Eckdaten und Kennzahlen der NE-Metallindustrie sowie weiteren Grafiken finden Sie ab Seite 109.

DIE LAGE DER WELTWIRTSCHAFT

Weltkonjunktur erholt sich im Jahresverlauf 2013

Die Weltkonjunktur erhielt neuen Schwung aus den Industrieländern. Während die Euroländer die Talsohle durchschritten, verloren die Schwellenländer ihre hohe Dynamik.



*Änderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent; 2014, 2015: Prognosen; Länder/Regionen sortiert nach dem BIP von 2013 in US-Dollar.

**MENA steht für Middle East and North Africa: Ägypten, Algerien, Bahrain, Dschibuti, Iran, Irak, Jemen, Jordanien, Katar, Kuwait, Libanon, Libyen, Mauretanien, Marokko, Oman, Saudi Arabien, Sudan, Syrien, Tunesien und Vereinigte Arabische Emirate.

Quellen: Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, 10. April 2014; Internationaler Währungsfonds, World Economic Outlook, 3. April 2014.

Die **Weltwirtschaft** wuchs 2013 preisbereinigt um 2,3 Prozent. Insgesamt war 2013 geprägt von einem steten Aufwärtstrend in den USA und in Japan sowie einer moderaten Erholung in den Euroländern. Maßgeblich war in den Industrieländern sowohl ein Anstieg der Inlands- als auch der Auslandsnachfrage. In den Schwellenländern blieb das Wachstum zwar insgesamt kräftig, doch litt die Dynamik infolge politischer Unsicherheiten. Insbesondere der Kapitalabzug aus einigen Schwellenländern nach einer moderaten geldpolitischen Straffung in den USA führte

zu wirtschaftlichen Turbulenzen. Anfang 2014 hellten sich die Aussichten für die Weltwirtschaft weiter auf. Insgesamt rechnen die Wirtschaftsforschungsinstitute der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose für 2014 mit einem preisbereinigten Wachstum des globalen Bruttoinlandsprodukts um 2,9 Prozent. 2015 trauen die Institute der Weltwirtschaft sogar ein Plus von 3,1 Prozent zu.

Der **Welthandel** könne sich nach einem schwachen Wachstum um 2,8 Prozent im Jahr 2013 im laufenden Jahr wieder um 4,5 Prozent und 2015 um 5 Prozent beleben.

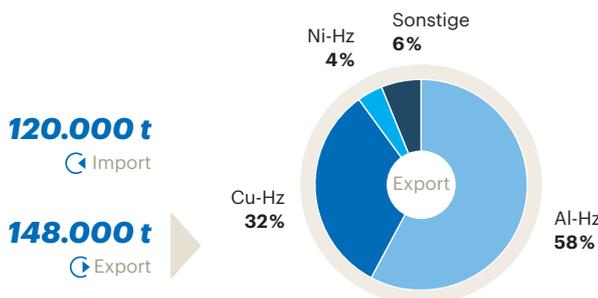
USA

Reales Bruttoinlandsprodukt* in %



*Änderung gegenüber Vorjahr in %; 2014, 2015: Prognosen;
Quelle: Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, 10. April 2014.

Deutscher NE-Metall-Außenhandel mit den USA 2013**



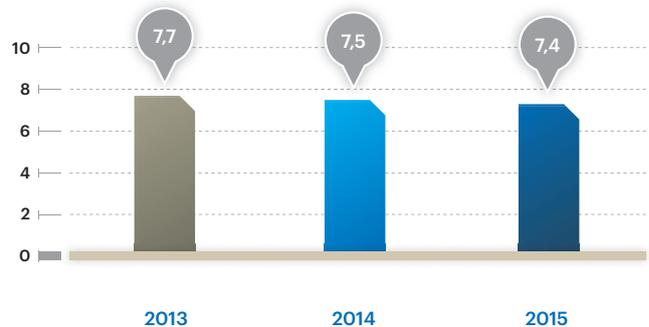
**vorläufig; Hz = Halbzeug;
Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden; eigene Berechnungen.

↳ In den Vereinigten Staaten blieb das Wirtschaftswachstum 2013 mit 1,9 Prozent zwar nur verhalten, lag aber dennoch deutlich über dem Durchschnitt der Industrieländer von 1,3 Prozent. Maßgeblich war ein robustes Wachstum der privaten Konsumausgaben, die zu mehr als zwei Dritteln zum Bruttoinlandsprodukt der Vereinigten Staaten beisteuern. Auch die Exporte entwickelten sich dynamisch. Die Exportindustrie profitierte einerseits von anhaltend günstigen Finanzierungsbedingungen und von den im Vergleich zu Europa niedrigen Strom- und Erdgaspreisen. Die Arbeitslosenquote fiel im Dezember 2013 auf 6,7 Prozent – den niedrigsten Stand seit Oktober 2008. Damit war sie aber immer noch deutlich höher als in den Jahren 2006/2007. Die Finanzpolitik hat die fiskalische Konjunkturbremse im Rahmen von automatischen Ausgabenkürzungen (Sequester), die für 2013 angelegt waren (Fiscal Cliff) nur zum Teil in Kraft treten lassen. Der vorübergehende „Shut-down“ von US-Behörden im Oktober 2013 führte zu rückläufigen Staatsausgaben im dritten Quartal. Im Dezember 2013 haben die US-Aufsichtsbe-

hörden der Volcker-Regel zugestimmt. Die Volcker-Regel ist Teil der unter dem Namen „Dodd-Frank-Gesetz“ bekannt gewordenen neuen US-Finanzmarktregulierung. Als politische Antwort auf die Finanzkrise verbieten die neuen Regeln Banken u. a. den Eigenhandel auf eigenes Risiko. Die Regel soll im Juli 2015 in Kraft treten. Für 2014 trauen die Wirtschaftsforschungsinstitute der US-Volkswirtschaft ein Wachstum von 2,7 Prozent zu und 2015 könne das Plus sogar bei drei Prozent liegen.

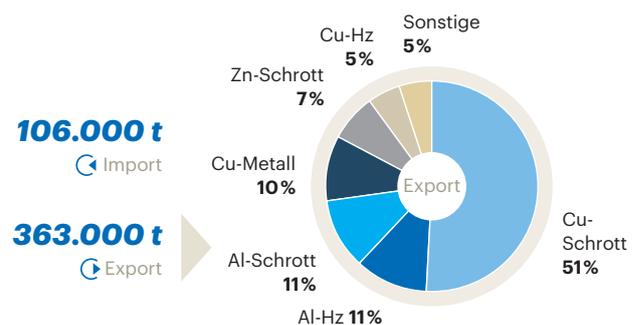
CHINA

Reales Bruttoinlandsprodukt* in %



*Änderung gegenüber Vorjahr in %; 2014, 2015: Prognosen;
Quelle: Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, 10. April 2014.

Deutscher NE-Metall-Außenhandel mit China 2013**



**vorläufig; Hz = Halbzeug;
Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden; eigene Berechnungen.

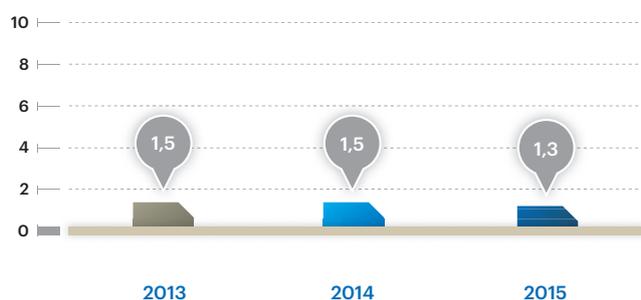
↳ In China hat sich das Wachstum der volkswirtschaftlichen Produktion 2013 leicht auf 7,7 Prozent abgeschwächt. Auf den ersten Blick ist China für die deutsche NE-Metallindustrie zwar der viertwichtigste Auslandsmarkt. Ausschlaggebend hierfür sind allerdings Schrottexporte, die etwa 70 Prozent der NE-Metalllieferungen nach China ausmachen. Diese Schrotte werden der europäischen NE-Metallindustrie als Rohstoff entzogen. Ohne

Schrotte belaufen sich die deutschen Exporte nach China 2013 nur auf etwa 110.000 Tonnen. Derzeit deutet alles auf eine leichte Abkühlung der chinesischen Konjunktur hin, was durchaus von der Regierung beabsichtigt ist, um auf eine nachhaltige Entwicklung umzuschwenken. Bisher war die Konjunktur durch einen Investitionsboom getrieben, der durch eine expansive Kreditvergabe gefördert wurde. Ziel ist eine Stärkung der privaten Konsumausgaben, die nur etwa ein Drittel des chinesischen Bruttoinlandsprodukts ausmachen. Für eine wachsende Zahl deutscher NE-Metall-Unternehmen stellt sich die Frage nach Investitionen in China, um die enge Kooperation mit ihren Partnern in den Abnehmerindustrien an deren Standorten in China fortzusetzen. Die verhaltene Nachfrage aus den Industrieländern führte 2013 zu rückläufigen Wachstumsraten im Export, die bereits seit längerem unter denen der Importe liegen. Die Wirtschaftsforschungsinstitute erwarten eine weitere Wachstumsabschwächung für China auf 7,5 Prozent im laufenden Jahr und auf 7,4 Prozent im Jahr 2015.

↳ Die japanische Volkswirtschaft wuchs 2013 um 1,5 Prozent. Für die NE-Metallindustrie spielt Japan als Exportmarkt eher eine Nebenrolle. Überwiegend wird dort Halbzeug abgesetzt. Für Nickelhalbzeug hat Japan eine gewisse Bedeutung, 2013 wurde die Konjunktur von öffentlichen Investitionen in die Infrastruktur, von staatlichen Konsumausgaben und vom Wohnungsbau gestützt. Vorzieheffekte wegen der für April 2014 geplanten Mehrwertsteuererhöhung zum Abbau der hohen Staatsverschuldung führten zu verstärkten privaten Konsumausgaben. Vor dem Hintergrund der schwachen Weltkonjunktur haben die Exporte nur wenig zugelegt, trotz einer sehr deutlichen und politisch gewollten Abwertung des Yen – allein im Jahresverlauf 2013 um 21 Prozent gegenüber dem Euro. Die seit langem andauernde Deflation konnte überwunden werden. Die jährliche Änderungsrate der Verbraucherpreise lag zuletzt bei 1,3 Prozent. Gestiegene Importpreise und die kommende Verbrauchssteuererhöhung lassen das Verteuerungsziel der Regierung von zwei Prozent näher rücken. Für das laufende Jahr erwarten die an der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose beteiligten Wirtschaftsforschungsinstitute nochmals ein Wachstum der japanischen Wirtschaft von 1,5 Prozent und für 2015 von 1,3 Prozent.

JAPAN

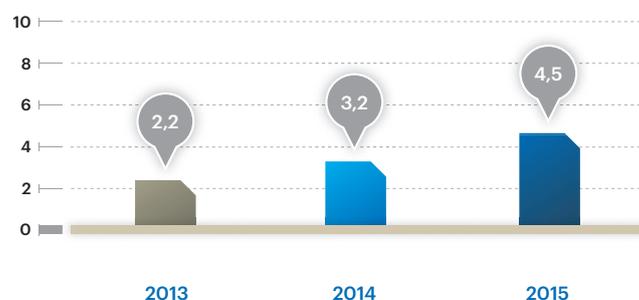
Reales Bruttoinlandsprodukt* in %



* Änderung gegenüber Vorjahr in %; 2014, 2015: Prognosen;
Quelle: Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, 10. April 2014.

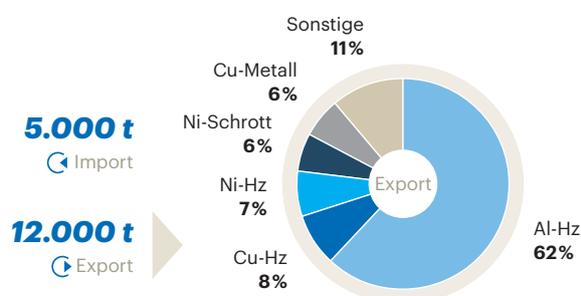
NORDAFRIKA, NAHER OSTEN

Reales Bruttoinlandsprodukt* in %



* Änderung gegenüber Vorjahr in %; 2014, 2015: Prognosen;
Quelle: Internationaler Währungsfonds, 3. April 2014.

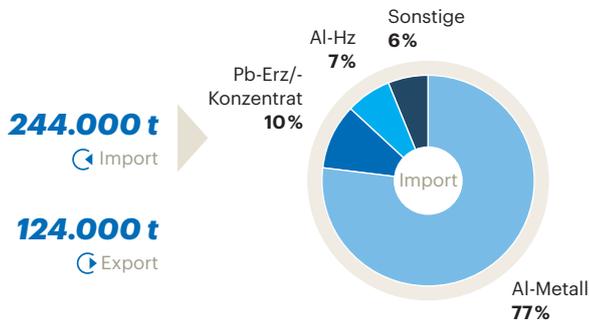
Deutscher NE-Metall-Außenhandel mit Japan 2013**



** vorläufig; Hz = Halbzeug;
Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden; eigene Berechnungen

↳ Für die Region Nordafrika und Naher Osten weist der IWF für 2013 ein Wirtschaftswachstum von 2,2 Prozent aus. Insgesamt nimmt die Relevanz dieser Region für die deutsche NE-Metallindustrie zu. Insbesondere steigende deutsche Importe von Rohaluminium aus den Vereinigten Arabischen Emiraten tragen hierzu bei. Seit etwa drei Jahren profitieren die Erdöl-exportierenden Länder in dieser Region von hohen Erdölpreisen von durchschnittlich 110 US-Dollar je Barrel. Zur Deckung der stark ausgeweiteten öffentlichen Haushalte ist für die meisten Erdöl exportierenden Länder der Region ein Rohölpreis von rund

Deutscher NE-Metall-Außenhandel mit dieser Region 2013**

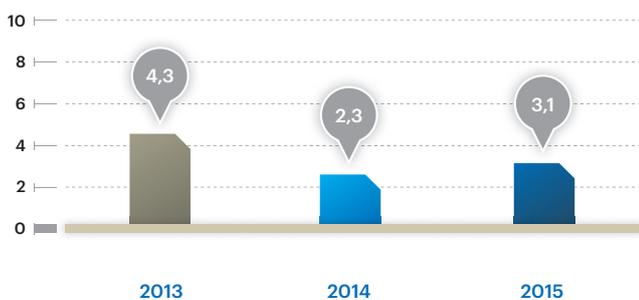


** vorläufig; Hz = Halbzeug;
Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden; eigene Berechnungen

100 Dollar je Barrel unverzichtbar. Die gesamte Region ist weiterhin geprägt von politischer Instabilität. Die Investitionsbedingungen fallen entsprechend schlecht aus. 2014 könne die Region dennoch um 3,2 Prozent und 2015 sogar um 4,5 Prozent wachsen.

TÜRKEI

Reales Bruttoinlandsprodukt* in %

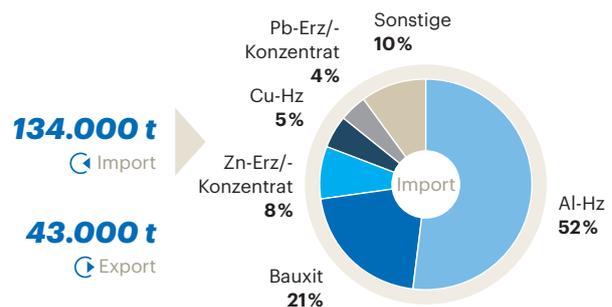


* Änderung gegenüber Vorjahr in %; 2014, 2015: Prognosen;
Quelle: Internationaler Währungsfonds, 3. April 2014.

↳ Die zunehmende politische Instabilität in der Türkei führte zu einer nachlassenden wirtschaftlichen Dynamik. Laut Internationalem Währungsfonds konnte die türkische Wirtschaft 2013 noch einmal unerwartet deutlich um 4,3 Prozent wachsen. Deutsche Importe von Aluminiumhalbzeug aus der Türkei spielen eine gewisse Rolle und sorgen in einigen Teilbereichen unserer Industrie für Wettbewerb. Massive Kapitalabflüsse führten im Jahresverlauf 2013 zu einer Abwertung der türkischen Lira gegenüber dem Euro um 20 Prozent. Die infolge steigenden Im-

portpreise treiben die Inflation. Türkische Unternehmen, die Fremdwährungskredite bedienen müssen, kommen in Bedrängnis. Der Internationale Währungsfonds rechnet für 2014 mit einem abgeschwächten Wachstum der türkischen Volkswirtschaft von 2,3 Prozent. 2015 könne das reale Bruttoinlandsprodukt der Türkei dann wieder um 3,1 Prozent wachsen.

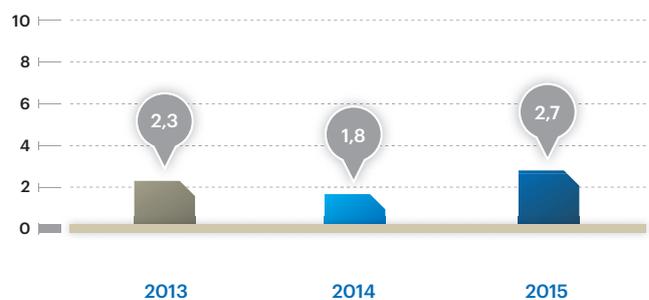
Deutscher NE-Metall-Außenhandel mit der Türkei 2013**



** vorläufig; Hz = Halbzeug;
Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden; eigene Berechnungen

BRASILIEN

Reales Bruttoinlandsprodukt* in %

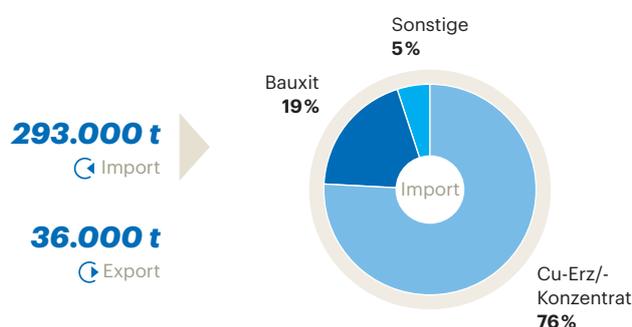


* Änderung gegenüber Vorjahr in %; 2014, 2015: Prognosen;
Quelle: Internationaler Währungsfonds, 3. April 2014.

↳ Die brasilianische Volkswirtschaft verzeichnete 2013 nur ein moderates Wachstum von 2,3 Prozent. Für die deutsche NE-Metallindustrie ist Brasilien vor Chile und Peru der bedeutendste Lieferant von Kupfererzen und -konzentraten, obwohl Brasiliens Anteil an deren Weltproduktion nur gut ein Prozent beträgt. Mit einer Jahresproduktion von etwa 35 Millionen Tonnen und einem Anteil an der Weltproduktion von rund 13 Prozent war Brasilien 2013 nach Australien, Indonesien und China der viertgrößte Bauxitproduzent. Brasilien leidet unter sinkenden Roh-

stoffpreisen. Gleichzeitig führten steigende Anleiherenditen in den USA zu einem Kapitalabfluss aus Brasilien. Der resultierende Wertverlust des brasilianischen Real verteuerte Importe und erhöhte die Inflation zuletzt auf knapp sechs Prozent. Als Gegenreaktion stiegen die Zinsen in Brasilien und setzten die heimische Industrie zusätzlich unter Druck. Impulse liefern die Infrastrukturinvestitionen im Vorfeld der Fußballweltmeisterschaft 2014 und der Olympischen Spiele 2016. Der IWF erwartet 2014 ein Wachstumsplus von 1,8 Prozent und für 2015 von 2,7 Prozent.

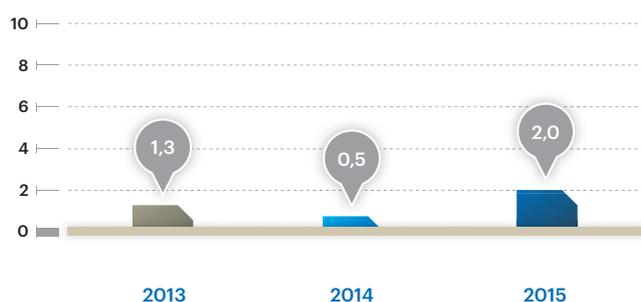
Deutscher NE-Metall-Außenhandel mit Brasilien 2013**



**vorläufig;
Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden; eigene Berechnungen

RUSSLAND

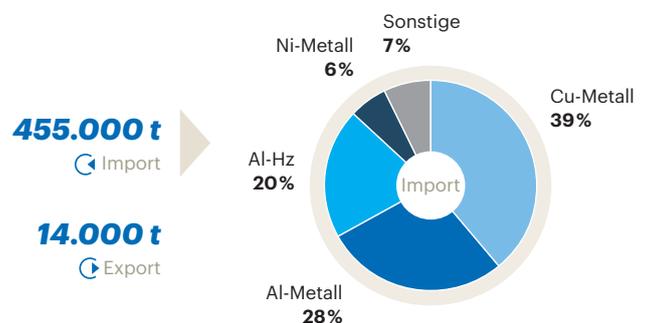
Reales Bruttoinlandsprodukt* in %



* Änderung gegenüber Vorjahr in %; 2014, 2015: Prognosen;
Quelle: Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, 10. April 2014.

↳ 2013 stieg das russische Bruttoinlandsprodukt nur um 1,3 Prozent. Als wichtiger Lieferant von NE-Metallen spielt Russland zwar eine bedeutende, aber nicht existenzielle Rolle. Eine gedämpfte Nachfrage nach Rohstoffen bremste 2013 die russische Volkswirtschaft. Nach der Krimkrise droht der angeschlagenen Wirtschaft 2014 Stagnation bei hoher Inflation und zunehmen-

Deutscher NE-Metall-Außenhandel mit Russland 2013**

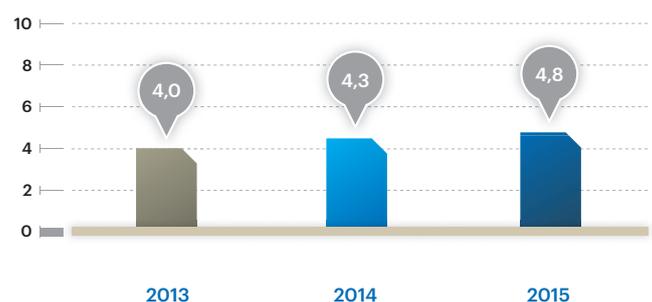


**vorläufig; Hz = Halbzeug;
Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden; eigene Berechnungen

dem Kapitalabfluss ins Ausland. Der resultierende Wertverlust des Rubels führt zu steigenden Importpreisen und damit zu einer zunehmenden Inflation. Allein für das erste Quartal 2014 wird der Kapitalabzug aus Russland auf bis zu 70 Milliarden US-Dollar geschätzt. Bis zur Fußballweltmeisterschaft 2018 in Russland sind erhebliche Investitionen in die Infrastruktur vorgesehen. Die Wirtschaftsforschungsinstitute rechnen für 2014 mit einem deutlich abgeschwächten Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktion Russlands um 0,5 Prozent und für 2015 um zwei Prozent.

INDIEN

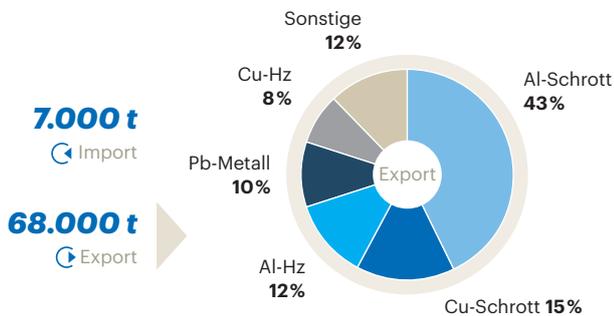
Reales Bruttoinlandsprodukt* in %



* Änderung gegenüber Vorjahr in %; 2014, 2015: Prognosen;
Quelle: Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, 10. April 2014.

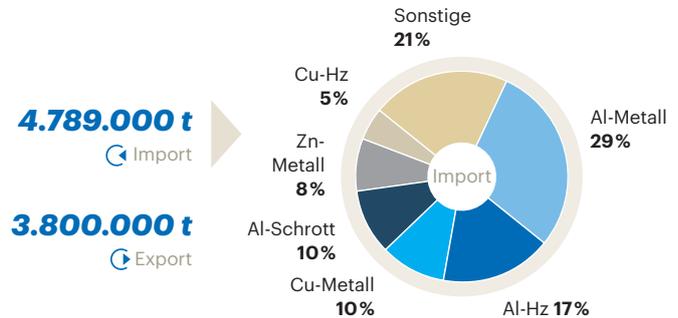
↳ Trotz seiner relativ niedrigen Exportquote im Zusammenhang mit einer dienstleistungsorientierten Exportstruktur und einem großen Binnenmarkt konnte Indien sich 2013 nicht ganz von der globalen Konjunkturschwäche abkoppeln: Das Wachstumstempo hat sich 2013 deutlich auf vier Prozent verringert, nach Wachstumsraten zwischen acht und neun Prozent in den vorangegan-

Deutscher NE-Metall-Außenhandel mit Indien 2013**



** vorläufig; Hz = Halbzeug;
Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden; eigene Berechnungen

Deutscher NE-Metall-Außenhandel mit der EU 28 2013**

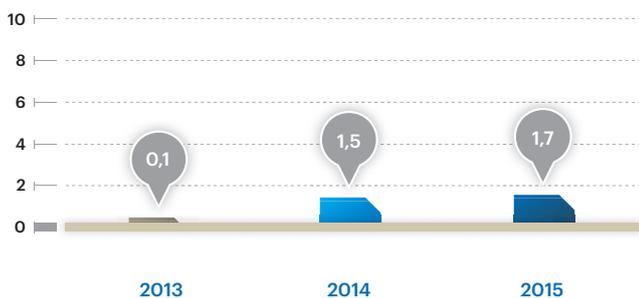


** vorläufig; Hz = Halbzeug;
Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden; eigene Berechnungen

genen Jahren. Als Exportmarkt spielt Indien für die deutsche NE-Metallindustrie noch keine große Rolle. Über die Hälfte der NE-Metallexporte sind Schrotte. Im Sommer 2013 war Indien starken Finanzmarkturbulenzen ausgesetzt. Die Abwertung der Rupie gegenüber dem Euro um 15 Prozent im Verlauf des Jahres 2013 zog deutliche Preissteigerungen bei importierten Vorprodukten nach sich und ließ die Inflation auf hohem Niveau verharren. Somit wurden die Kaufkraft und damit die Konsumnachfrage weiter geschwächt. Die Wirtschaftsforschungsinstitute rechnen erst für das laufende Jahr wieder mit einem Plus von 4,3 Prozent und für 2015 von 4,8 Prozent.

EUROPÄISCHE UNION (EU 28)

Reales Bruttoinlandsprodukt* in %



* Änderung gegenüber Vorjahr in %; 2014, 2015: Prognosen;
Quelle: Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, 10. April 2014.

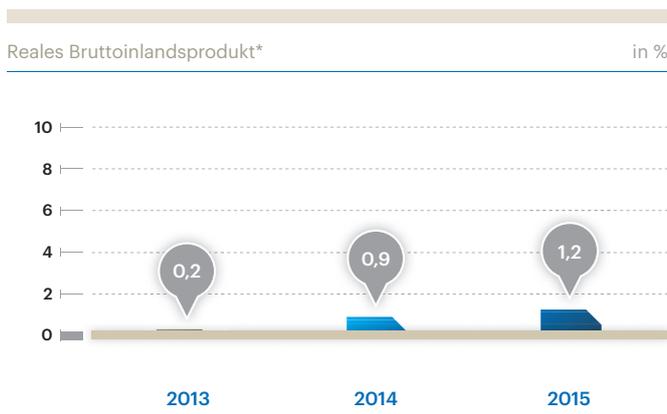
↳ Mitte 2013 trat Kroatien als 28. Mitglied der EU bei. In der EU 28 stabilisierte sich das reale Bruttoinlandsprodukt 2013 bei einem Plus von 0,1 Prozent. Für 2014 wird ein Wachstum von 1,5 Prozent und für 2015 von 1,7 Prozent erwartet. Deutschland

war 2013 erneut das einzige EU-Land mit einem nennenswerten Wachstumsbeitrag. Die Maßnahmen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und zum Schuldenabbau sowie die hohe Arbeitslosigkeit in Südeuropa, Frankreich, Großbritannien und vielen mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedsländern bremsen das wirtschaftliche Wachstum. Am 1. Januar 2013 trat der europäische **Fiskalpakt** in Kraft. Dieser schreibt den Euroländern vor, nationale Schuldenbremsen einzuführen. Die **Geldpolitik** der Europäischen Zentralbank (EZB) blieb 2013 expansiv. Im Mai 2013 senkte die EZB den Leitzins um 25 Basispunkte auf 0,5 Prozent und im November 2013 auf das seit Einführung des Euro historisch niedrigste Zinsniveau von 0,25 Prozent, um den rückläufigen Inflationserwartungen Rechnung zu tragen. Die Teuerung in der Eurozone lag im Januar 2014 mit 0,8 Prozent deutlich unterhalb des von der EZB angestrebten Ziels von knapp zwei Prozent. Der Euro erreichte seinen Jahreshöchststand im Berichtsjahr 2013 Ende Dezember mit 1,38 US-Dollar je Euro und war damit 4,5 Prozent mehr wert als zu Jahresbeginn 2013. Nach einem zwischenzeitlichen Höchststand bei gut 1,39 US-Dollar je Euro Mitte März 2014 lag der Wechselkurs Ende April des laufenden Jahres noch bei knapp 1,39 US-Dollar je Euro. Im Euroraum ging die gesamtwirtschaftliche Produktion 2013 noch einmal um 0,4 Prozent zurück. Erst im laufenden Jahr wird ein Plus von 1,1 Prozent und 2015 von 1,5 Prozent erwartet.

Die wirtschaftliche Lage in den **mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedsländern** hat sich 2013 stabilisiert. Maßgeblich hierfür war vor allem eine steigende Auslandsnachfrage. In Polen dämpften die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit von zehn Prozent und die geringe Steigerung der Realeinkommen die privaten Konsumausgaben. Trotzdem erzielte Polens Wirtschaft ein moderates Wachstum von 1,6 Prozent. Investitionen könnten 2014 aufgrund niedriger Zinsen und hoher Zuweisungen von EU-Fonds steigen. In der Tschechischen Republik ist das Bruttoinlandsprodukt 2013 um 0,9 Prozent gesunken. Wegen zuletzt

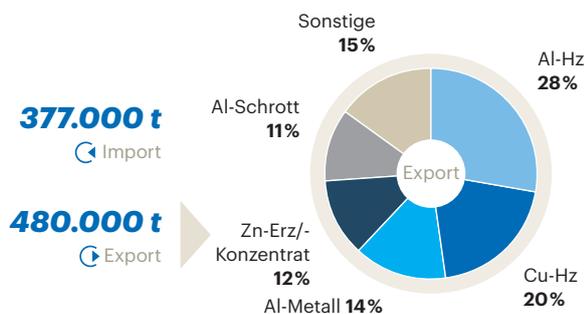
steigender Exporte und Investitionen sind die Wachstumsaussichten für das laufende Jahr allerdings gut. In Ungarn trugen Außenhandel und Investitionen 2013 zu einem Wachstumsplus von 1,1 Prozent bei. In Rumänien wurden der schwache Konsum und eine rückläufige Investitionstätigkeit durch eine steigende Auslandsnachfrage mehr als ausgeglichen und sorgten 2013 für ein Wirtschaftswachstum von 3,5 Prozent.

FRANKREICH



* Änderung gegenüber Vorjahr in %; 2014, 2015: Prognosen;
Quelle: Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, 10. April 2014.

Deutscher NE-Metall-Außenhandel mit Frankreich 2013**

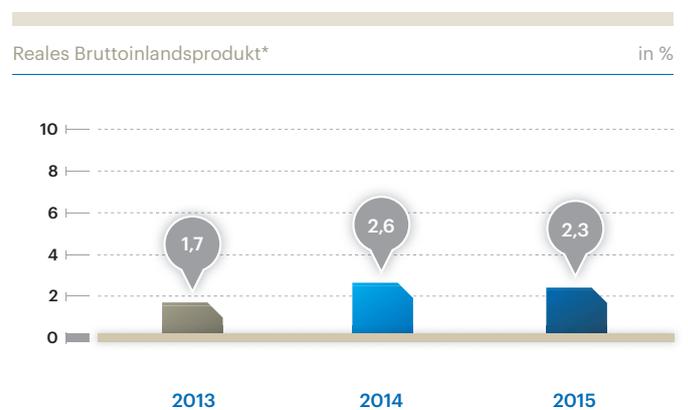


** vorläufig; Hz = Halbzeug;
Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden; eigene Berechnungen

↳ Die Wirtschaft Frankreichs stagnierte 2013 (plus 0,2 Prozent). Nach Italien und Österreich ist Frankreich der dritt wichtigste Exportmarkt für die deutsche NE-Metallindustrie. Trotz einer anhaltend hohen Arbeitslosigkeit stützte zuletzt der private Konsum die wirtschaftliche Entwicklung. Vermutlich führten auch Vorzieheffekte aufgrund des zum 1. Januar 2014 von 19,6 auf 20 Prozent erhöhten allgemeinen Mehrwertsteuersatzes zu einem robusten privaten Verbrauch. Die Investitionen haben

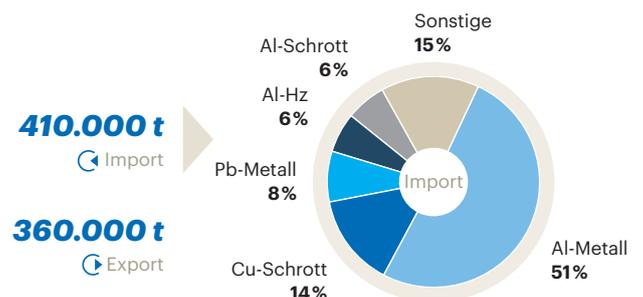
im vierten Quartal 2013 erstmals wieder zugelegt – nachdem sie sieben Quartale rückläufig waren. Auch die Exporte belebten sich zuletzt wieder. 2014 will die Regierung bei den Staatsausgaben 15 Milliarden Euro einsparen. 2015 bis 2017 sollen weitere 50 Milliarden Euro gekürzt werden. Zusätzlich sollen Unternehmen bei den Abgaben entlastet werden. Für das laufende Jahr erwarten die Wirtschaftsforschungsinstitute einen leichten Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion um 0,9 Prozent und für 2015 um 1,2 Prozent.

GROSSBRITANNIEN



* Änderung gegenüber Vorjahr in %; 2014, 2015: Prognosen;
Quelle: Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, 10. April 2014.

Deutscher NE-Metall-Außenhandel mit der Großbritannien 2013**



** vorläufig; Hz = Halbzeug;
Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden; eigene Berechnungen

↳ Großbritanniens Wirtschaft wies 2013 ein überraschend hohes Wachstum von 1,7 Prozent aus. Zum Jahresende 2013 stabilisierte sich der wirtschaftliche Aufschwung. Maßgeblich hierfür waren die Investitionen und die Exporte. Die Arbeitslosenquote ging im vierten Quartal auf 7,2 Prozent zurück und dürfte das Konsumklima verbessern. Anhaltend günstige Kreditvergabebedingungen

und steigende Auftragseingänge verliehen den Investitionen im vierten Quartal Schwung. Die Inflation näherte sich der Zielmarke bei zwei Prozent. Die Immobilienpreise erholten sich und erreichten zuletzt das Niveau von 2007. Nach seinem Jahreshöchststand Ende Februar 2013 wertete des Pfund Sterling gegenüber dem Euro bis zum Vorjahresende um fünf Prozent ab. Die Wirtschaftsforschungsinstitute gehen von einer weiteren Belebung der britischen Volkswirtschaft im laufenden Jahr aus (plus 2,6 Prozent). 2015 dürfte das Wirtschaftswachstum bei 2,3 Prozent liegen.

eine expansive Finanzpolitik ein. Durch den Verkauf von Anteilen an acht staatlichen Konzernen soll die Schuldenbelastung abgebaut werden. Hoffnung geben die steigenden Exporte, vor allem nach Deutschland, die 2014 auch zu einer Revitalisierung der Investitionstätigkeit führen dürften. Die Wirtschaftsforschungsinstitute rechnen für 2014 erstmals wieder mit einem leichten Wirtschaftswachstum von 0,5 Prozent, während das Wachstum im nächsten Jahr sogar bei 0,9 Prozent liegen könnte.

ITALIEN

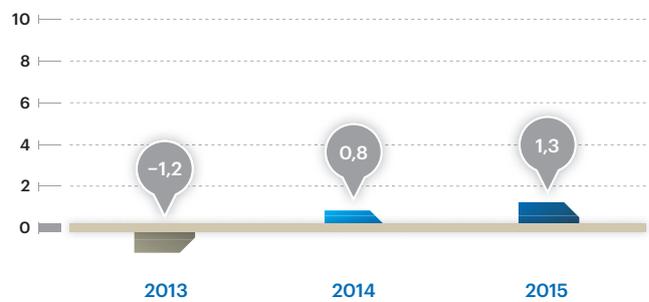
Reales Bruttoinlandsprodukt* in %



* Änderung gegenüber Vorjahr in %; 2014, 2015: Prognosen;
Quelle: Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, 10. April 2014.

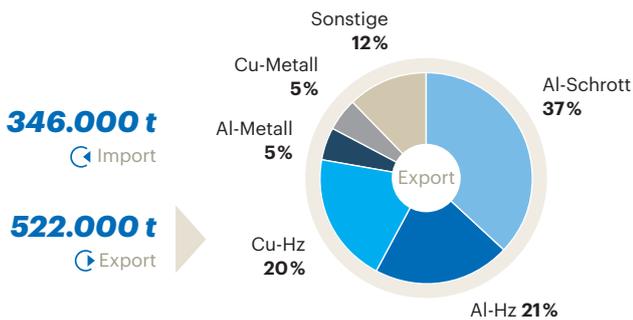
SPANIEN

Reales Bruttoinlandsprodukt* in %



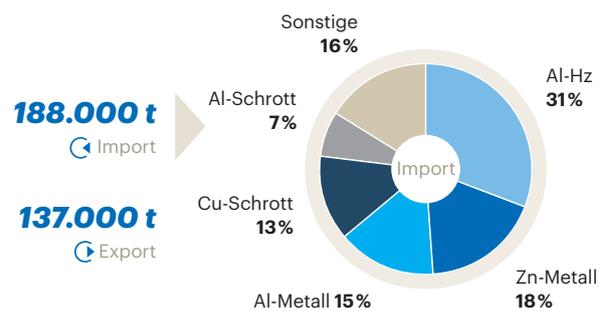
* Änderung gegenüber Vorjahr in %; 2014, 2015: Prognosen;
Quelle: Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, 10. April 2014.

Deutscher NE-Metall-Außenhandel mit Italien 2013**



** vorläufig; Hz = Halbzeug;
Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden; eigene Berechnungen

Deutscher NE-Metall-Außenhandel mit der Spanien 2013**



** vorläufig; Hz = Halbzeug;
Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden; eigene Berechnungen

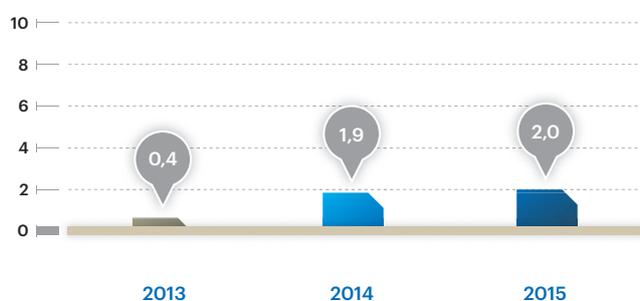
↳ Die Volkswirtschaft Italiens belebte sich im vierten Quartal 2013 um 0,1 Prozent und beendete damit die tiefe Rezession seit 2011. Allerdings schrumpfte die Wirtschaftsleistung 2013 nochmals um 1,9 Prozent. Die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit dämpft den privaten Konsum. Das Haushaltsdefizit von rund drei Prozent engt den Spielraum für staatliche Ausgaben und

↳ Nach zwei Jahren der Rezession erholt sich Spaniens Wirtschaft seit dem zweiten Halbjahr 2013. Im Gesamtjahr sank die Wirtschaftsleistung allerdings nochmals um 1,2 Prozent. Exporte, vor allem auch in außereuropäische Absatzmärkte, stützten die spanische Konjunktur. So stiegen die Ausfuhren 2013 um fünf Prozent gegenüber dem Vorjahr. Ihr Anteil am Bruttoinlands-

produkt legte von 23 Prozent 2008 auf 34 Prozent 2013 zu. Sinkende Lohnstückkosten verbesserten die Wettbewerbssituation spanischer Exporteure spürbar. Eine hohe Arbeitslosigkeit und die anhaltend hohe Verschuldung privater Haushalte dämpften den privaten Konsum. Das Haushaltsdefizit konnte 2013 deutlich auf sieben Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt gesenkt werden. Die Wirtschaftsforschungsinstitute erwarten für 2014 eine leichte Erholung der Wirtschaft mit einem Plus von 0,8 Prozent. 2015 könnte sich das Wachstum auf 1,3 Prozent belaufen.

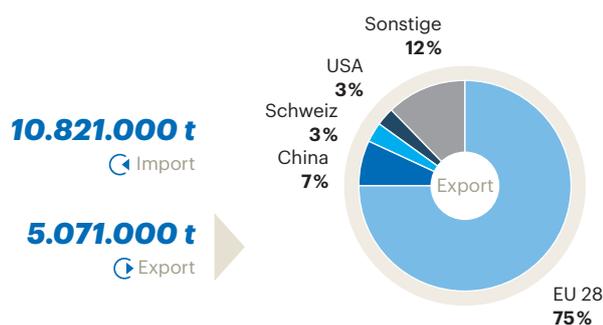
DEUTSCHLAND

Reales Bruttoinlandsprodukt* in %



* Änderung gegenüber Vorjahr in %; 2014, 2015: Prognosen;
Quelle: Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, 10. April 2014.

Deutscher NE-Metall-Außenhandel 2013**



** vorläufige Zahlen;
Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden; eigene Berechnungen.

↳ Die deutsche Volkswirtschaft wuchs 2013 um 0,4 Prozent und befand sich damit in einem leichten Aufschwung. Maßgeblich waren der Nachfrageanstieg aus den Industrieländern und eine robuste Entwicklung der Binnenkonjunktur. Der größte Wachstumstreiber war 2013 der private Konsum, der dank eines stabilen Arbeitsmarkts, steigender Löhne, stabiler Preise und niedriger

Zinsen um 0,9 Prozent stieg und mit 0,5 Prozentpunkten den Großteil zum Wirtschaftswachstum beisteuerte. Die schwache Entwicklung der Weltkonjunktur ließ das Exportwachstum auf preisbereinigt plus 0,8 Prozent zurückgehen. Die kauffreudigen Konsumenten im Inland sorgten für eine Zunahme der Importe um 0,9 Prozent, so dass die Außenhandelsbilanz einen rückläufigen Trend aufwies. Die Zahl der Erwerbstätigen stieg im Jahresdurchschnitt um knapp 250.000 auf nunmehr gut 41,8 Millionen Personen. Die Konsumausgaben des Staates wurden um 0,7 Prozent gesteigert. Trotz des günstigen Finanzierungsumfeldes sanken die Ausrüstungsinvestitionen um 2,4 Prozent. Die Bauinvestitionen blieben dagegen stabil. Das außergewöhnlich milde Jahresende 2013 ließ die Bauindustrie den über das Jahr aufgelaufenen Rückstand mehr als ausgleichen. Trotz der expansiven Geldpolitik der EZB ging die Inflation im Jahresverlauf konjunkturbedingt spürbar zurück und lag 2013 bei 1,5 Prozent – deutlich unter der Zielmarke von zwei Prozent.

Die Geschäftserwartungen der Unternehmer haben sich infolge der Krise in der Ukraine im März 2014 zwar leicht eingetrübt, lagen aber immer noch auf hohem Niveau. Die anhaltend stabile Lage auf dem Arbeitsmarkt stärkt die Kaufbereitschaft der privaten Haushalte weiterhin. Risiken für den Prognosezeitraum bestehen in schwer vorhersehbaren Anpassungsreaktionen auf die Einführung des flächendeckenden Mindestlohns und die Auswirkungen der Einführung der Rente ab 63. Die Wirtschaftsforschungsinstitute erwarten für 2014 eine Verstärkung des konjunkturellen Aufschwungs mit einem Wirtschaftswachstum von 1,9 Prozent. Im kommenden Jahr dürfte sich der Aufschwung mit zwei Prozent verstetigen.

VERWENDUNG DES INLANDSPRODUKTS*

	2013 in %	2014 in %	2015 in %
PRIVATE HAUSHALTE	0,9	1,2	0,6
STAAT	0,7	1,2	1,1
AUSRÜSTUNGEN	-2,4	6,1	9,3
BAUTEN	0,1	4,1	1,9
SONSTIGE ANLAGEN	3	6,1	6,8
INLÄNDISCHE VERWENDUNG	0,5	1,6	2,2
EXPORTE	0,8	6,2	6,7
IMPORTE	0,9	6,4	7,4
BRUTTOINLANDSPRODUKT	0,4	1,8	2,1

* Preisbereinigt, verkettet;
Quellen: 2013 – Dt. Bundesbank, Frankfurt am Main, Monatsbericht März 2014, 21. März 2014; 2014, 2015 – DIW Berlin, 13. März 2014.

ECKDATEN FÜR DEUTSCHLAND

	2013	2014	2015	
REALES BRUTTOINLANDSPRODUKT (IN % GEGENÜBER VORJAHR)	0,4	1,9	2,0	
ERWERBSTÄTIGE IM INLAND (IN 1.000 PERSONEN)	41.841	42.151	42.236	
ARBEITSLOSE (IN 1.000 PERSONEN)	2.950	2.865	2.883	
ARBEITSLOSENQUOTE (IN %)	6,9	6,7	6,7	
VERBRAUCHERPREISE (IN % GEGENÜBER VORJAHR)	1,5	1,3	1,8	
LOHNSTÜCKKOSTEN (IN % GEGENÜBER VORJAHR)	2,0	1,4	2,0	
FINANZIERUNGSSALDO DES STAATES	IN MRD. EURO	0,3	3,6	14,0
	IN % DES NOMINALEN BRUTTOINLANDSPRODUKTS	0,0	0,1	0,5
LEISTUNGSBILANZSALDO	IN MRD. EURO	206	224	228
	IN % DES NOMINALEN BRUTTOINLANDSPRODUKTS	7,5	7,9	7,7

Quellen: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden; Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg; Deutsche Bundesbank, Frankfurt am Main; 2014 und 2015: Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, 10 April 2014.

Die Entwicklung in den Abnehmerindustrien

Die NE-Metallindustrie beliefert alle modernen Schlüsselindustrien und bildet somit die Basis für funktionierende Wertschöpfungsketten.

AUTOMOBILINDUSTRIE

VERWENDUNGSBEREICHE

Die Automobilindustrie ist eine der wichtigsten Abnehmerbranchen der NE-Metallindustrie. Etwa 30 Prozent aller Produkte aus NE-Metallen werden in diese Branche eingebracht. Besondere Bedeutung kommt dabei der Aluminiumindustrie zu. 39 Prozent des verarbeiteten Aluminiums fließen in Deutschland in diesen Verwendungsbereich. Im Jahr 1978 wurden noch 32 Kilogramm Aluminium pro Pkw in Deutschland verwendet. Im Jahr 2010 waren es bereits 160 Kilogramm. Der Anteil von Kupfererzeugnissen, die in der Automobilindustrie verwendet werden, liegt bei neun Prozent. Der stärkere Einsatz von elektrisch und elektronisch betriebenen Bedienelementen lässt den Anteil von Kupfer weiter steigen, nach Einschätzung von Sachverständigen in den nächsten 20 Jahren von heute 25 Kilogramm auf 40 Kilogramm je Pkw. Für die Verwendung von Blei stellt die Automobilindustrie den wichtigsten Einsatzbereich dar. Gut drei Viertel des in Deutschland eingesetzten Bleis werden zur Herstellung von Akkumulatoren verwendet. Als Starterbatterie wird der Blei-Akku seine Marktposition halten, möglicherweise kommen weitere Anwendungen in der Elektromobilität hinzu. Gegenüber einem Pkw mit Verbrennungsmotor wird der Kupfer-Anteil in einem Elektrofahrzeug bei 65 Kilogramm liegen. Die stärker in den Vordergrund tretende Lithium-Batterie würde den Einsatz von Aluminium um bis zu 50 Kilogramm, von Kupfer um 40 Kilogramm und von Nickel um zehn Kilogramm erhöhen. Pro Fahrzeug werden heute zudem im Durchschnitt 10 Kilogramm Zink verwendet.

LAGE UND PROGNOSE

Für die deutsche Automobilindustrie verlief das Jahr **2013** besser als zunächst erwartet. In den letzten Monaten des vergangenen Jahres wurde die Produktion deutlich hochgefahren. Die Inlandsproduktion lag mit 5,45 Millionen Pkw ein Prozent, die Exporte lagen mit 4,2 Millionen Pkw zwei Prozent über dem Niveau des Vorjahres. Die Nachfrage aus Westeuropa hat die Talsohle durchschritten: So profitierten die Inlandsstandorte im vierten Quartal von einer um fünf Prozent anziehenden Pkw-Nachfrage. Gemäß Ifo Institut, München, stieg die Kapazitätsauslastung von 84,4 Prozent im Januar 2013 auf 87,4 Prozent im Januar 2014. Das zweite Standbein der deutschen Hersteller war die Auslandsfertigung, die 2013 nochmals um sechs Prozent zulegen. Der chinesische Automobilmarkt setzte sein dynamisches Wachstum fort und wurde 2013 zum größten Pkw-Markt weltweit.

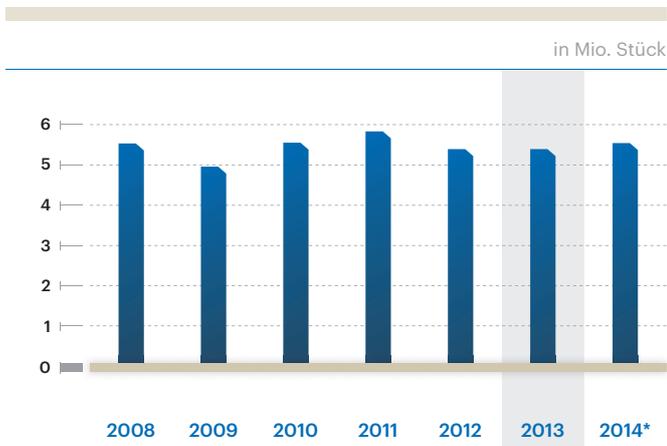
Für das Jahr **2014** erwartet der Verband der Automobilindustrie eine Inlandsproduktion von etwa 5,55 Millionen Pkw – plus zwei Prozent gegenüber dem Vorjahr. Auch die Pkw-Exporte werden 2014 voraussichtlich um zwei Prozent zulegen. Die Auslandsfertigung der deutschen Autokonzerne wird weiter auf 9,1 Millionen Pkw steigen (plus sechs Prozent). Getragen von der Nachfrage aus China und den USA wird der Weltmarkt für Pkw 2014 auf gut 75 Millionen Fahrzeuge wachsen. Das sind drei Prozent mehr als noch im Vorjahr. China könne mit plus sieben Prozent die 17-Millionen-Marke durchbrechen, der US-Markt kann um drei Prozent auf 16 Millionen Einheiten zulegen. Für Brasilien, Indien und Russland wird jeweils ein Plus von zwei bis drei Prozent erwartet.

AUTOMOBILINDUSTRIE



Quellen: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden; eigene Berechnungen;
*Prognose, IKB Deutsche Industriebank AG, Düsseldorf.

AUTOMOBILINDUSTRIE – PKW-INLANDSPRODUKTION



Quelle: Verband der Automobilindustrie;
*Prognose.

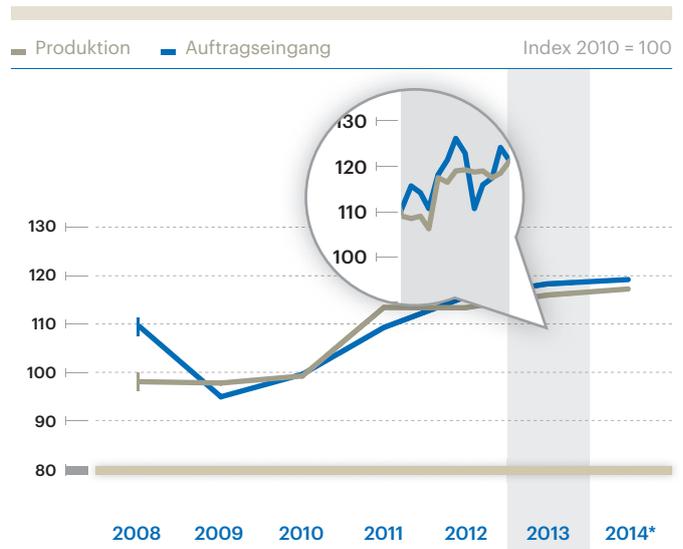
BAUWIRTSCHAFT

VERWENDUNGSBEREICHE

Die Bauwirtschaft ist der zweitgrößte Abnehmer der deutschen NE-Metallindustrie. Die NE-Metalle werden aufgrund ihrer hochwertigen Optik zunehmend in der modernen Architektur verwendet. Ihre Stärken liegen zusätzlich in ihrer Langlebigkeit

und der leichten Verarbeitbarkeit. Kupfer und Kupferlegierungen sind bewährte Werkstoffe im Bauwesen. Der bedeutendste Verwendungsbereich ist die Sanitär- und Installationstechnik: Kupferinstallationsrohre, Messingarmaturen und -zubehörteile, Kupfer- und Messingfittings spielen eine wichtige Rolle. Daneben sind Gestaltungselemente aus Kupferblechen und -bändern für Fassaden und Dacheindeckungen, Regenrinnen und -fallrohre nicht wegzudenken. Die deutsche Aluminiumindustrie liefert ebenfalls einen bedeutenden Teil ihrer Erzeugnisse in Höhe von 20 Prozent in die Bauwirtschaft. Oftmals wird Aluminium in Verbindung mit Glas oder mit anderen Metallen angewendet. Die daraus hergestellten Bauelemente zeichnen sich durch besondere Korrosionsbeständigkeit und Leichtigkeit aus. Zink wird als hochwertiger und gut zu verarbeitender Werkstoff in der Bauwirtschaft geschätzt. Dacheindeckungen, Fassaden und Entwässerungssysteme aus Zink werden vielfach als gestalterische Elemente eingesetzt. Blei wird bevorzugt im Denkmalschutz zur Dacheindeckung bei Kirchen und sonstigen öffentlichen Gebäuden verwendet.

HOCHBAU



Quellen: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden; eigene Berechnungen;
*Prognose, IKB Deutsche Industriebank AG, Düsseldorf.

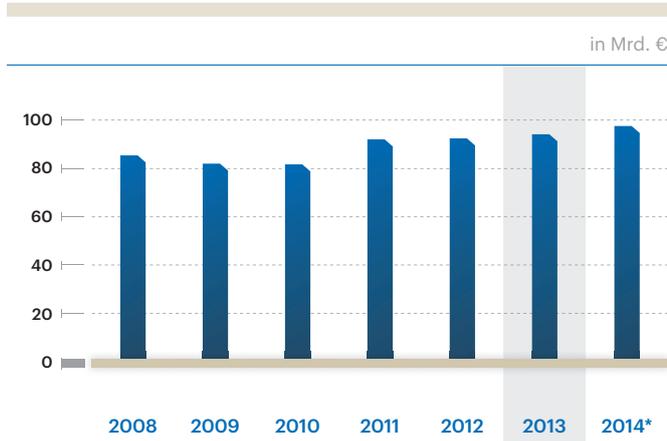
LAGE UND PROGNOSE

Das deutsche Bauhauptgewerbe blickt zufrieden auf das Jahr 2013 zurück. Nach einem witterungsbedingt schwierigen Start stieg die Produktion im zweiten Halbjahr auch aufgrund des milden Winters zum Jahreswechsel 2013/2014 deutlich an. Der Branchenumsatz legte um nominal 3,1 Prozent auf 95,5 Milliarden Euro zu. Preisbereinigt entsprach das einem Anstieg um 1,5 Prozent. Wachstumstreiber war der Wohnungsbau mit einem nominalen Umsatzwachstum von vier Prozent auf 33,7 Milliarden Euro.

Niedrige Bauzinsen und ein stabiler Arbeitsmarkt begünstigten diese Entwicklung. Der Wirtschaftsbau entwickelte sich mit einem Plus von 1,1 Prozent auf 34,5 Milliarden Euro zufriedenstellend. Die öffentliche Bautätigkeit wurde um nominal 4,6 Prozent auf 27,3 Milliarden Euro deutlich ausgeweitet.

Der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie hält für 2014 einen Umsatzzuwachs im Bauhauptgewerbe von 3,5 Prozent auf 98,6 Milliarden Euro für möglich (preisbereinigt: plus 1,5 Prozent). Wachstumstreiber bleibt der Wohnungsbau mit plus fünf Prozent auf 35,2 Milliarden Euro. Für den Wirtschaftsbau wird mit einem Plus von 2,5 Prozent auf 35,3 Milliarden Euro gerechnet. Im öffentlichen Bau wird angesichts von Rekordsteuereinnahmen ein Umsatzplus von 3,5 Prozent auf 28,1 Milliarden Euro erwartet.

BAUINDUSTRIE – UMSATZ



Quelle: Hauptverband der Deutschen Bauindustrie e. V., Berlin; Bauhauptgewerbe, Deutschland, in jeweiligen Preisen, *2014: Prognose.

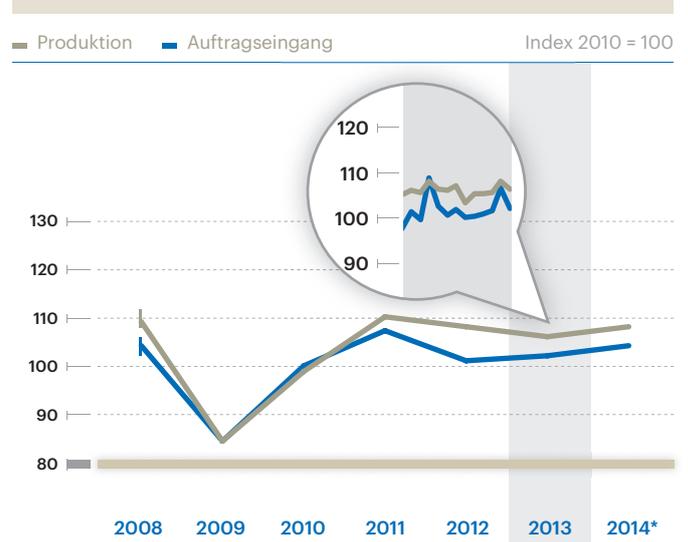
ELEKTROTECHNIK- UND ELEKTRONIKINDUSTRIE

VERWENDUNGSBEREICHE

57 Prozent der Erzeugnisse aus Kupfer und Kupferlegierungen werden im Bereich der Elektrotechnik- und Elektronikindustrie einschließlich der Kabelindustrie sowie der Informationstechnologie und Telekommunikation verwendet. In der elektrotechnischen Industrie steigt der Bedarf an Energiekabeln aus Kupfer kontinuierlich. Der Transformatorenbau und die Telekommunikation benötigen Kupfer in zunehmendem Maß. Die Verwendung von Kupferdraht teilt sich auf in die Bereiche: Energieleitungen etwa 70 Prozent, Wickeldraht rund 20 Prozent und Kommunikation etwa zehn Prozent. Stranggussformate aus Kupfer werden als Vorprodukte für die Herstellung von Kabelbändern,

Industrie- und Trafobändern sowie als Spezialprodukte für die Elektronikindustrie benötigt. Bei der Stromübertragung spielen außerdem Freileitungen und Kabel aus Aluminium neben Kupfer eine bedeutende Rolle. Kabelummantelungen aus Blei dienen bei elektrischen Leitungen dem Schutz des Leitmaterials vor Umwelteinflüssen. Zinn ist als Legierungsbestandteil für Bronze wichtig für Anlagen und Einrichtungen in der Nachrichtentechnik. Die Verbreitung des bleifreien Lötens und der weltweit starke Zuwachs der Elektronikindustrie haben die Nachfrage nach Zinn deutlich erhöht.

ELEKTROTECHNIK- UND ELEKTRONIKINDUSTRIE



Quellen: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, *eigene Prognose.

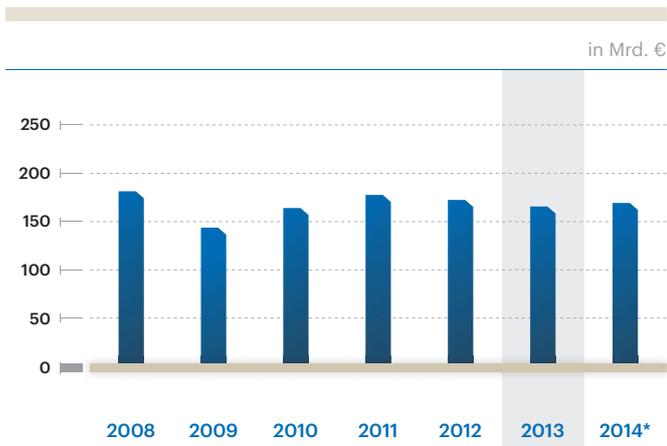
LAGE UND PROGNOSE

2013 ging die preisbereinigte Produktion der deutschen Elektrotechnik- und Elektronikindustrie unerwartet deutlich um beinahe drei Prozent gegenüber dem Vorjahr zurück. Maßgeblich hierfür waren die Nachfrageschwäche im Euroraum und die weltweite Konjunkturertrübung 2013. Der Umsatz sank um gut zwei Prozent auf 166 Milliarden Euro. Die Inlandserlöse gingen um 4,5 Prozent auf 85 Milliarden Euro zurück. Der Umsatz mit der Eurozone verzeichnete einen Rückgang um fünf Prozent auf knapp 30 Milliarden Euro. Nur die Erlöse mit den Nicht-Euroländern konnten um gut drei Prozent auf 52 Milliarden Euro zulegen. Der Auftragseingang stieg 2013 bereits wieder um annähernd drei Prozent. Dabei blieben die inländischen Bestellungen stabil. Die Aufträge aus den Euroländern sanken leicht um knapp ein Prozent, aber die Nachfrage aus den Nicht-Euroländern verzeichnete ein deutliches Plus von acht Prozent. 2013 erreichte die

Kapazitätsauslastung der Unternehmen im Oktober mit 83,7 Prozent der betriebsüblichen Vollausslastung ihren Höhepunkt.

Der Zentralverband Elektrotechnik- und Elektronikindustrie erwartet für 2014 ein Wachstum der preisbereinigten Produktion von zwei Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die Erlöse könnten sich somit bis Jahresende auf knapp 170 Milliarden Euro belaufen.

ELEKTROTECHNIK- UND ELEKTRONIKINDUSTRIE – UMSATZ



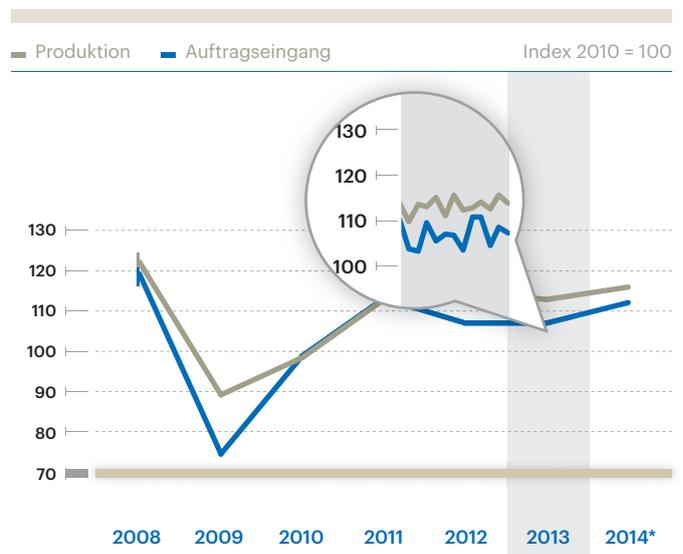
Quelle: Zentralverband Elektrotechnik- und Elektronikindustrie e. V., Frankfurt am Main; *Prognose.

MASCHINEN- UND ANLAGENBAU

VERWENDUNGSBEREICHE

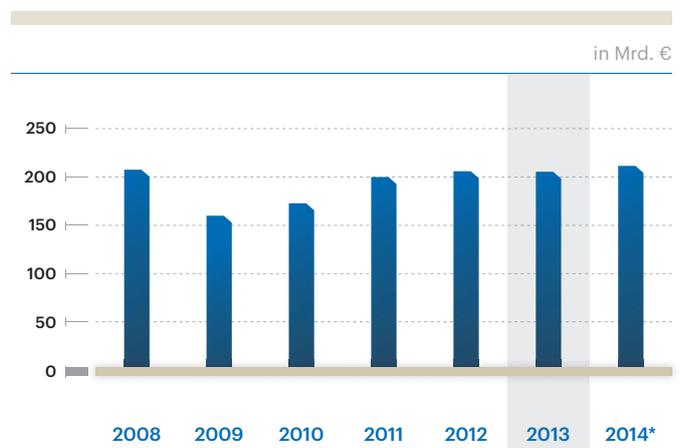
Besonders bei gewichtskritischen Anwendungen wird Aluminium im Maschinenbau wegen seines geringen spezifischen Gewichts häufig eingesetzt. Rohre aus Kupfer und Kupferlegierungen sowie aus Aluminium spielen für die Herstellung von Wärme- und Kühlanlagen eine wichtige Rolle. Bei der Herstellung von Armaturen werden erhebliche Mengen von Kupferlegierungen, z. B. Messing, benötigt. Kraftwerke, der Apparatebau in der chemischen Industrie sowie Meerwasserentsalzungsanlagen sind ohne die speziellen Eigenschaften von Erzeugnissen aus Kupfer und Kupferlegierungen nicht denkbar. Blei kann seine spezifischen Eigenschaften im Maschinenbau positiv zur Geltung bringen. Anlagen und Aggregate mit Bleiauskleidungen und Homogen-Verbleiung sind vor aggressiven Stoffen geschützt und haben eine lange Lebensdauer. Auch im Schallschutz hat sich Bleiwalzmaterial als besonders wirksam bewährt. Korrosionsbeständige Werkstoffe aus Nickel und Nickellegierungen spielen in zukunftsorientierten Hightech-Industriezweigen eine zunehmend bedeutsame Rolle.

MASCHINEN- UND ANLAGENBAU



Quellen: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden; eigene Berechnungen; *Prognose, IKB Deutsche Industriebank AG, Düsseldorf.

MASCHINEN- UND ANLAGENBAU – UMSATZ



Nominaler Umsatz; Quelle: Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau e.V., Frankfurt am Main; *Prognose.

LAGE UND PROGNOSE

2013 verlief für die deutschen Maschinen- und Anlagenbauer enttäuschend. Aufgrund der schwachen internationalen Investitionsgüternachfrage verzeichnete die Branche ein unerwartetes Minus der preisbereinigten Produktion von 1,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Auch der nominale Umsatz ging leicht um 0,5 Prozent auf 206 Milliarden Euro zurück. Dabei blieben die Exporte mit nominal 149 Milliarden Euro stabil. Die Auftragseingänge wiesen 2013 insgesamt ein Minus von real zwei

Prozent aus, ebenso die Inlandsnachfrage. Die Bestellungen aus den Euroländern stiegen leicht um ein Prozent. Dagegen gingen die Auftragseingänge aus den Nicht-Euroländern überraschend deutlich um real drei Prozent zurück. Wichtige Absatzmärkte wie Brasilien, China, Indien und Russland blieben im vergangenen Jahr weit hinter den Erwartungen zurück. Gemäß Ifo Institut, München, erreichte die Kapazitätsauslastung der Branche im Berichtsjahr 2013 ihren Höhepunkt im Juli mit 85 Prozent – nach 84,7 Prozent zu Jahresbeginn. Bis Januar 2014 ging sie wieder leicht zurück auf 84,4 Prozent und lag damit unter dem langjährigen Durchschnitt von 86,2 Prozent.

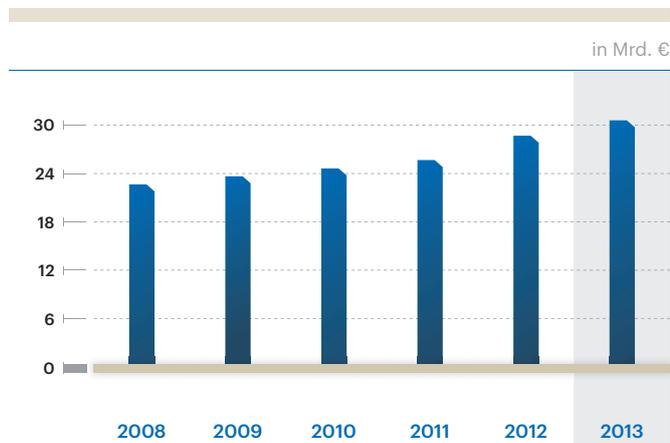
Für das Jahr 2014 erwartet die Branche wieder ein deutliches Wachstum der preisbereinigten Maschinenproduktion von plus drei Prozent.

LUFT- UND RAUMFAHRTINDUSTRIE

LAGE UND PROGNOSE

Im Jahr 2013 war das Wachstum der deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie weiterhin kräftig: So wuchs der Umsatz der Gesamtbranche 2013 um acht Prozent auf knapp 31 Milliarden Euro. Die einzelnen Herstellergruppen haben sich unterschiedlich entwickelt: Luft- und Raumfahrtssysteme legten um sieben Prozent auf 18 Milliarden Euro, Ausrüstung um acht Prozent auf sieben Milliarden Euro und Werkstofftechnologien/Komponenten um sieben Prozent auf eine Milliarde Euro zu. Einzig aus der Herstellergruppe Antriebe blieben 2013 die Wachstumsimpulse aus: Mit einer stabilen Entwicklung gegenüber dem Vorjahr verharrte der Umsatz dieser Herstellergruppe bei vier Milliarden Euro. Für die

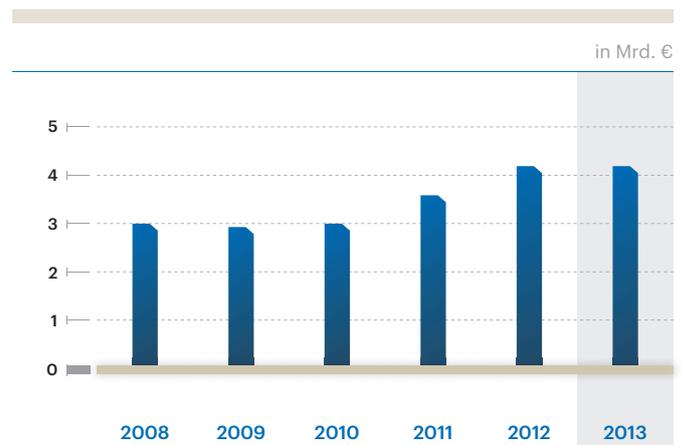
LUFT- UND RAUMFAHRTINDUSTRIE – UMSATZ GESAMT



Quelle: Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie e. V.

Produktion von Antriebssystemen werden u. a. hoch nickelhaltige Werkstoffe eingesetzt. Im Laufe der letzten 20 Jahre gab es zum Teil starke Auf- und Abwärtsbewegungen in dieser Herstellergruppe. Der leichte Umsatzrückgang um gut zwei Prozent in der Wirtschafts- und Finanzkrise 2009 wurde bereits im Folgejahr annähernd ausgeglichen.

LUFT- UND RAUMFAHRTINDUSTRIE – UMSATZ ANTRIEBE



Quelle: Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie e. V.

Die Entwicklung der NE-Metallindustrie

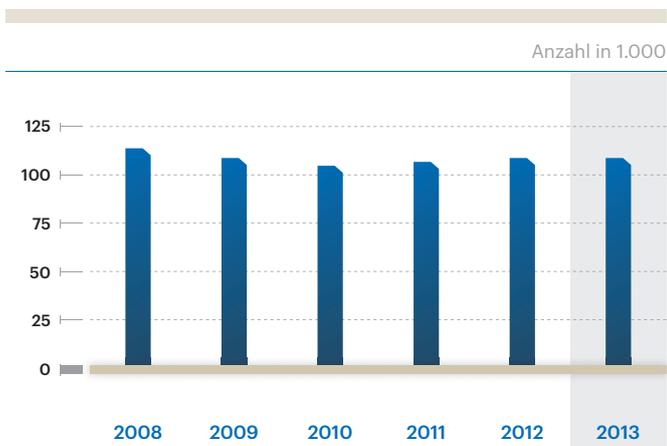
Die NE-Metallindustrie steht als moderne Grundstoffindustrie am Anfang der industriellen Wertschöpfungskette und erweist sich oftmals als Frühindikator für die wirtschaftliche Entwicklung. Die Belegung im zweiten Halbjahr 2013 in allen wichtigen Abnehmerbranchen spürte die NE-Metallindustrie bereits in einem außergewöhnlich dynamischen zweiten Quartal. Auch das dritte und besonders das Jahresschlussquartal lagen deutlich über den entsprechenden Vorjahreswerten.

Im Jahr 2013 waren in der NE-Metallindustrie durchschnittlich 109.102 Beschäftigte registriert, das entspricht in etwa dem Beschäftigungsniveau des Vorjahres. Die Anzahl der Beschäftigten in Unternehmen mit 50 und mehr tätigen Personen erreichte im September ihren Höhepunkt und ging saisonbedingt bis Dezember kontinuierlich, aber nur sehr moderat zurück. Somit lag die Beschäftigung im Dezember 2013 mit plus 0,3 Prozent noch knapp über dem entsprechenden Vorjahresmonat. Einschließlich der von der NE-Metallindustrie abhängigen Arbeitsplätze bei Industriedienstleistern und Zeitarbeitsunternehmen beträgt die Beschäftigungswirkung in Deutschland etwa 250.000 Arbeits-

plätze. Die Beschäftigung entwickelte sich in den einzelnen NE-Metallbranchen sehr ähnlich: In der Erzeugung und der ersten Bearbeitung (Halbzeug) blieb die durchschnittliche Anzahl der Beschäftigten 2013 gegenüber dem Vorjahr annähernd konstant bei etwa 57.000 Beschäftigten. Die NE-Metallgießereien erhöhten ihre Beschäftigtenzahl im selben Zeitraum leicht um ein Prozent auf knapp 32.000 Beschäftigte. Die Aluminiumweiterverarbeitung und die Feuerverzinkungsindustrie stabilisierten ihre jeweilige Beschäftigtenzahl 2013 bei gut 15.000 Beschäftigten bzw. knapp 5.000 Beschäftigten.

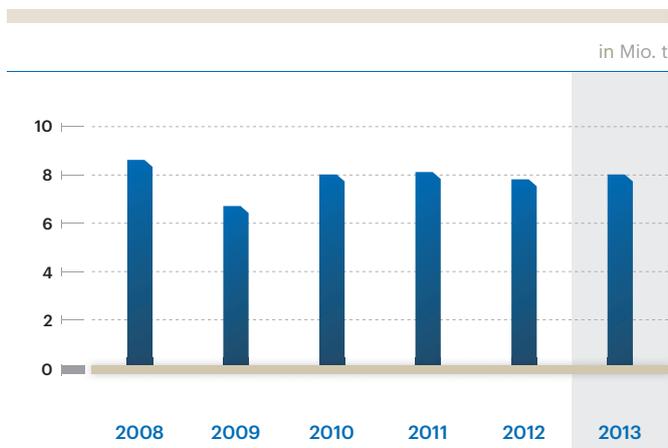
Die **Produktion** der NE-Metallindustrie insgesamt stieg im Jahr 2013 um zwei Prozent auf acht Millionen Tonnen gegenüber dem Vorjahr. Dabei stabilisierte die NE-Metallerzeugung ihre Produktion knapp über dem Vorjahresniveau bei 2,4 Millionen Tonnen. Die Fertigung von Halbzeug (erste Bearbeitungsstufe) wurde um drei Prozent auf etwa 4,2 Millionen Tonnen gesteigert. Auch die NE-Metallgießereiindustrie erhöhte ihre Ausbringungsmenge um vier Prozent auf etwa eine Million Tonnen. Dagegen sank die Produktion der Aluminiumweiterverarbeitung (Folien, dünne Bänder, Tuben, Aerosol- und sonstige Dosen sowie Metallpulver) um drei Prozent auf 334.000 Tonnen.

BESCHÄFTIGTE



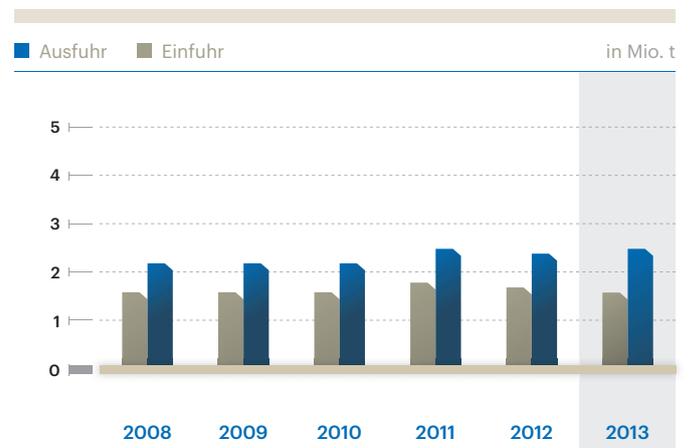
Quellen: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden; eigene Erhebungen.

PRODUKTION



Quellen: GDA, GDB, BDG.

AUSSENHANDEL NE-METALLHALBZEUG*



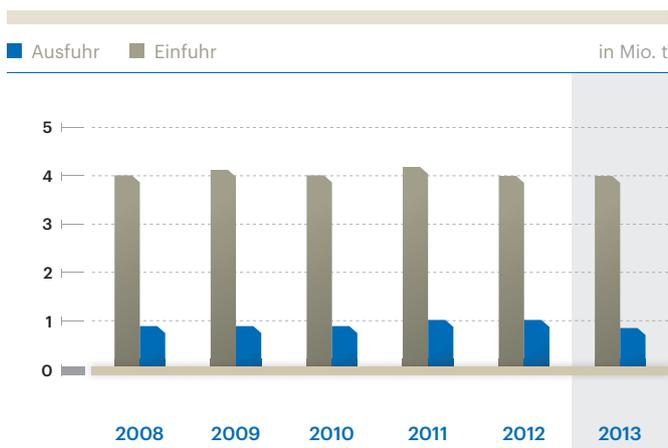
* erste Bearbeitung

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden; 2013: vorläufig.

Der **Außenhandel** entwickelte sich für die jeweiligen Produktionsstufen der NE-Metallindustrie unterschiedlich: So gingen die Einfuhren von Metallen im Jahr 2013 leicht um 0,4 Prozent auf 4,0 Millionen Tonnen zurück. Auch die Exporte von Metallen wiesen ein Minus in Höhe von 8,9 Prozent auf 879.000 Tonnen aus. Die exportabhängige Halbzeugindustrie profitierte von einer leichten Erholung der Auslandsmärkte im Verlauf des Jahres 2013. Demnach stiegen die Ausfuhren um 3,0 Prozent auf 2,5 Millionen Tonnen. Dem standen Einfuhren von 1,6 Millionen Tonnen gegenüber (minus 6,3 Prozent).

Der **Umsatz** der NE-Metallindustrie insgesamt ging im Jahr 2013 börsenpreisbedingt um zehn Prozent auf 46 Milliarden Euro zurück, allerdings mit unterschiedlicher Intensität in den einzelnen Teilbranchen. Während die Erzeugung und die erste Bearbeitung (Halbzeug) ein Minus in Höhe von zwölf Prozent auf 36 Milliarden Euro verzeichnete, stieg der Umsatz der NE-Metallgießereien um ein Prozent auf sechs Milliarden Euro. Der Umsatz der Aluminiumweiterverarbeitung ging um zwei Prozent auf drei Milliarden Euro zurück, und der Umsatz der Feuerverzinkungsindustrie sank um knapp sieben Prozent auf rund 560 Millionen Euro.

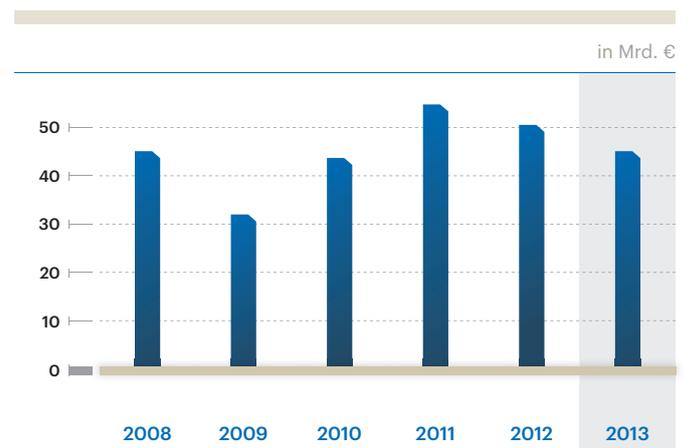
AUSSENHANDEL NE-METALLE*



* Erzeugung

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden; 2013: vorläufig.

UMSATZ



Quellen: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden; eigene Erhebungen.

PREISRÜCKGÄNGE BEI ALLEN NE-METALLEN

Während der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/2009 sind die Metallnotierungen an der Londoner Metallbörse eingebrochen. Bis in die erste Jahreshälfte 2011 hinein erreichten sie wieder Höchststände – auch unter dem Einfluss von Finanzinvestoren. Seitdem sind sie tendenziell rückläufig. Allein im Berichtsjahr 2013 sanken die Jahresdurchschnittspreise im Vergleich zu 2012 bis auf Blei und Zinn um:

	2012 in €/t	2013 in €/t	in %
ALUMINIUM	1.569	1.397	-11 Prozent
KUPFER	6.182	5.526	-11 Prozent
BLEI	1.603	1.614	+ 1 Prozent
ZINK	1.514	1.435	-5 Prozent
ZINN	16.386	16.800	+ 3 Prozent
NICKEL	13.626	11.369	-17 Prozent

Jahresdurchschnitt;

Quelle: London Metal Exchange, London; eigene Berechnungen.

Trotz der aktuellen Preisrückgänge bei vielen, aber eben nicht allen NE-Metallen, lagen die Metallnotierungen langfristig gesehen überwiegend noch auf einem hohen Niveau. Unabhängig davon unterliegen die Rohstoffpreise starken Schwankungen, die weiterhin durch Spekulation getrieben werden. Die hohe Nachfrage nach Erzen, Schrotten, Metallen und Halbzeug in Asien, insbesondere in China, stützt die Preise und stellt das Thema Verfügbarkeit bzw. Zugänglichkeit von Erzen und Schrotten in den Fokus. Die Bundesregierung hat sich in diesem Zusammenhang stark engagiert und unter anderem Partnerschaften mit der Mongolei und Kasachstan vereinbart, um deutschen Unternehmen die Versorgung langfristig zu erleichtern.

In dem nachfolgenden Chart wird veranschaulicht, wie deutlich die Entwicklung der Kupfernotierungen an der London Metal Exchange mit der Entwicklung des Dax korrelierte – zumindest während des Rohstoffbooms. Mit Beginn des Jahres 2013 brach diese gleichgerichtete Entwicklung abrupt ab.

LME-KUPFER



Quellen: London Metal Exchange, London; Deutsche Börse AG, Frankfurt am Main; eigene Berechnungen.

Die Entwicklung nach NE-Metallbranchen

Die NE-Metallindustrie gliedert sich nach den Metallgruppen Leichtmetalle (Aluminium, Magnesium), Buntmetalle (Kupfer, Zink, Blei, Zinn, Nickel), Seltenmetalle sowie den Produktionsstufen Erzeugung, Halbzeug (erste Bearbeitung), Weiterverarbeitung, Guss und Feuerverzinkung.

ALUMINIUMINDUSTRIE – POSITIVE GESCHÄFTSERWARTUNGEN FÜR 2014

Die Erwartungen an die Aluminiumkonjunktur des Jahres 2014 sind optimistisch. Noch im ersten Halbjahr 2013 beurteilten die Aluminiumerzeuger die Geschäftslage wenig optimistisch. Grund war vor allem die schwache Konjunktur in Europa. Im zweiten Halbjahr vorigen Jahres besserte sich die Geschäftslage dank einer sich stabilisierenden Nachfrage – vor allem aus dem Automobilbau. Insgesamt sind die Geschäftserwartungen für die meisten Produktbereiche wieder positiv.

Knapp 1,1 Millionen Tonnen **Rohaluminium** wurden im Berichtsjahr 2013 erzeugt. Damit wuchs die Produktion um vier Prozent gegenüber 2012. Während die Produktion im Bereich Primäraluminium im Vorjahresvergleich um 20 Prozent auf 492.000 Tonnen stieg, sank die Ausbringungsmenge im Bereich Recyclingaluminium um sechs Prozent auf 597.000 Tonnen.

Die Erzeugung von **Aluminiumhalbzeug** (erste Bearbeitung zu Walzprodukten, Strangpressprodukten, Drähten und Schmiedeteilen) belief sich im Jahr 2013 auf 2,5 Millionen Tonnen. Gegenüber 2012 ist dies ein Anstieg von drei Prozent.

In der **Aluminiumweiterverarbeitung** wurden im Jahr 2013 etwa 334.000 Tonnen hergestellt. Das Produktionsvolumen sank damit gegenüber dem Vorjahr um drei Prozent. Der Rückgang im Bereich „Folien und dünne Bänder“ war mit drei Prozent auf 271.000 Tonnen durchschnittlich, während der Rückgang bei „Metallpulver“ mit zehn Prozent auf knapp 21.000 Tonnen deutlich höher ausfiel. Der Bereich „Tuben, Aerosol- und sonstige Dosen“ entwickelte sich mit einem Anstieg von fünf Prozent auf 42.000 Tonnen erfreulich.

Aluminiumrecycling wird in Zukunft weiter an Bedeutung gewinnen, da das Schließen von Rohstoffkreisläufen einen wesentlichen Beitrag zur Rohstoffversorgung und zu einer nachhaltigen Entwicklung leistet. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund des fortschreitenden Abbaus von Kapazitäten für die Herstellung

von Primäraluminium in der Europäischen Union. Die Versorgung mit Aluminiumschrotten ist nach wie vor wenig optimistisch zu beurteilen, da große Mengen in Schwellenländer – allen voran China – exportiert werden und den europäischen Produzenten nicht zur Verfügung stehen. Die Sicherstellung der Schrottversorgung ist und bleibt daher auch in Zukunft eines der wesentlichen Themen der europäischen Aluminiumrecyclingindustrie. Die Geschäftsentwicklung blieb im Jahr 2013 hinter den Erwartungen zurück. Dies lag insbesondere an der schwachen europäischen Konjunktorentwicklung. Gleichwohl gibt es für das Jahr 2014 wieder solide Wachstumsaussichten, da der wichtigste Abnehmer für Aluminiumgusslegierungen, die Automobilindustrie, eine Steigerung der Pkw-Produktion erwartet. So gibt die Jahresprognose des deutschen Automobilverbandes Anlass zu der Hoffnung, dass die Produktion von Recyclingaluminium im Jahr 2014 wieder zulegt.

Die **Aluminiumnotierungen** an der LME haben im Jahresverlauf 2013 deutlich nachgegeben. Der monatliche Durchschnittspreis für Aluminium sank von 1.591 Euro je Tonne im Dezember 2012 um 20 Prozent auf 1.268 Euro je Tonne im Dezember 2013.

BUNTMETALLINDUSTRIE – KONJUNKTUR-ERHOLUNG IM VERLAUF VON 2013

Die deutsche Buntmetallindustrie besteht aus Metall- (Erzeugung) und Halbzeugherstellern (erste Bearbeitung) von Kupfer, Zink, Blei, Zinn, Nickel und Seltenmetallen. Die Branche erzielte 2013 mit 3,1 Millionen Tonnen eine Produktion auf Vorjahresniveau. Einem auskömmlichen ersten Quartal folgten ein außergewöhnlich dynamisches zweites Quartal, ein unerwartet schwaches drittes Quartal und die übliche saisonale Abkühlung im vierten Quartal. Einzelne Teilbranchen entwickelten sich allerdings sehr unterschiedlich.

Die Fertigung der **Buntmetallerzeuger** sank 2013 um drei Prozent auf 1,3 Millionen Tonnen gegenüber dem Vorjahr. Dabei war der Rückgang bei raffiniertem Kupfer und Kupfergusslegie-

rungen um ein Prozent auf 711.000 Tonnen noch moderat. Die Ausbringungsmenge von Zink, Blei, Zinn und deren Legierungen ging hingegen um fünf Prozent auf 620.000 Tonnen zurück

Die deutsche **Kupferindustrie** hat sich im Jahr 2013 gut behauptet. Noch im ersten Halbjahr waren wesentliche Abnehmerbranchen, wie die Elektro- und die Automobilindustrie, schwach beschäftigt. Erst im zweiten Halbjahr 2013 belebte sich die Nachfrage bei Abnehmern von Kupferprodukten spürbar.

Die globale Nachfrage nach raffiniertem Kupfer stieg 2013 gemäß International Copper Study Group um vier Prozent auf 21,2 Millionen Tonnen, wobei China einen Zuwachs von sieben Prozent zu verzeichnen hatte und die anderen Regionen eher schwache Wachstumsraten aufwiesen: plus 3,6 Prozent in den USA, plus drei Prozent in Brasilien und Russland sowie plus ein Prozent in der EU. Allein 40 Prozent des Bedarfs entstanden in China. Die Weltproduktion hielt mit einem Wachstum von ebenfalls vier Prozent auf 21,0 Millionen Tonnen nicht ganz Schritt. So entstand ein globales Produktionsdefizit an raffiniertem Kupfer von 193.000 Tonnen. Maßgeblich hierfür waren Produktionsausfälle, technische Störungen und Wartungsstillstände. Dabei konnten die Primärproduktion um vier Prozent auf 17,2 Millionen Tonnen und die Recyclingproduktion um knapp sieben Prozent auf 3,8 Millionen Tonnen gesteigert werden. Die weltweite Bergbauproduktion wies 2013 eine Zunahme um acht Prozent auf 18 Millionen Tonnen aus.

Die **Kupfernotierungen** an der LME gingen von 6.070 Euro je Tonne im Durchschnitt des Monats Dezember 2012 um 13 Prozent auf 5.255 Euro je Tonne im Dezember 2013 zurück. Bis Februar 2014 sanken die Preise weiter auf durchschnittlich 5.237 Euro je Tonne. Die globalen Kupferbestände in den Lagerhäusern der Metallbörsen und in Zolllägern waren regional ungleichmäßig verteilt. Der überwiegende Teil lagerte in Asien. Insgesamt befanden sich in den Lagerhäusern der LME im Dezember 2013 durchschnittlich 366.000 Tonnen Kupfer nach 321.000 Tonnen im entsprechenden Vorjahresmonat. Bis Februar 2014 gingen die Bestände allerdings deutlich auf 274.000 Tonnen zurück.

Bei der globalen **Primärverhüttung von Zink** trat 2013 erstmals wieder nach sechs Jahren ein Produktionsdefizit auf. So überstieg der Zinkeinsatz in Erzeugnissen die Produktion um etwa 60.000 Tonnen. Die weltweite Minenproduktion stieg 2013 um ein Prozent gegenüber 2012 auf 13,3 Millionen Tonnen. Bei der Primärproduktion betrug die Steigerung 4,9 Prozent auf 13,1 Millionen Tonnen, wobei der Anstieg hauptsächlich durch die starke Zunahme der chinesischen Produktion um 11,1 Prozent geprägt war. Die weltweite Zinkverwendung stieg um 7,4 Prozent auf 13,2 Millionen Tonnen gegenüber 2012, dabei legte die chinesische Nachfrage um 13,7 Prozent zu. In Europa blieb die Nachfrage mit plus 0,5 Prozent mehr oder weniger stabil. 2014 könnte auf der Konzentratseite eine leichte Knappheit auftreten, da die Bergbauaktivitäten durch die lange Periode niedriger Börsenpreise rückläufig waren. Zu Engpässen wie 2006 wird es voraussichtlich aber nicht kom-

men. Über das Jahr hinweg ist mit keinem spürbaren Defizit in der Zinkproduktion zu rechnen.

Die **Zinknotierungen** an der LME sanken von 1.553 Euro je Tonne im Durchschnitt des Monats Dezember 2012 um sieben Prozent auf 1.440 Euro je Tonne im Dezember 2013. Die Bestände in den Lagerhäusern der LME sanken im Jahresverlauf um etwa 290.000 Tonnen (24 Prozent) auf etwa 931.000 Tonnen Ende 2013. Insgesamt gingen die registrierten Bestände der Lagerhäuser weltweit im Beobachtungszeitraum um rund 340.000 Tonnen auf etwa 1,9 Millionen Tonnen zurück.

2013 war der Weltmarkt für **raffiniertes Blei und Bleilegierungen** weitestgehend ausgeglichen. So überstieg die Verwendung des Metalls dessen Produktion lediglich um 12.000 Tonnen. Die globale Minenproduktion nahm um 6,4 Prozent auf 5,3 Millionen Tonnen zu, verursacht durch eine Produktionssteigerung chinesischer und australischer Bergwerke. Die Herstellung von metallischem Blei wurde um 3,7 Prozent auf 10,6 Millionen Tonnen erhöht. Der Anteil an recyceltem Blei an der Gesamtproduktion konnte auf 55,6 Prozent gesteigert werden. Die Verwendung von metallischem Blei stieg um 5,5 Prozent auf 10,6 Millionen Tonnen, dabei betrug die Zunahme 16 Prozent in den USA, 4,9 Prozent in China und 3,5 Prozent in Europa. 2014 wird die deutlich in Fahrt gekommene Automobilindustrie beim Einsatz von Blei in Starterbatterien einen starken Impuls setzen können. Aktuelle technische Entwicklungen, wie Start-Stopp-Systeme, EFB (Enhanced Flooded Battery) und AGM-Batterien (Absorbent Glass Mat), sorgen für eine robuste Nachfrage nach Blei und Bleilegierungen. Auf der anderen Seite macht sich eine leichte Unterversorgung auf dem Schrottmarkt bemerkbar. Die Lebensdauer von Autobatterien nimmt infolge deren technologischer Weiterentwicklung zu, so dass sie später in den Recyclingprozess zurückgeführt werden.

Die **Bleinotierungen** an der LME gingen von 1.734 Euro je Tonne im Durchschnitt des Monats Dezember 2012 um zehn Prozent auf 1.556 Euro je Tonne im Dezember 2013 zurück. Im gleichen Zeitraum sind die weltweit registrierten Bleibestände um 42.000 Tonnen auf 599.000 Tonnen zum Jahresende gesunken. Dabei wurden auch die Bestände an der LME im Verlauf des Jahres 2013 um knapp ein Drittel auf 214.000 Tonnen abgebaut.

Die Produktion der **Buntmetallhalbzeughersteller** (erste Bearbeitung zu Bändern, Blechen, Stangen, Profilen, Rohren und Draht) stieg 2013 um zwei Prozent gegenüber dem Vorjahr auf 1,7 Millionen Tonnen. Die Konjunktur in den verschiedenen Halbzeugsparten war unterschiedlich. So stieg die Produktion von **Halbzeug aus Kupfer und Kupferlegierungen** sowie **Halbzeug aus blankem Kupferleitmaterial** jeweils um zwei Prozent auf 865.000 Tonnen bzw. 667.000 Tonnen. Die Fertigung von **Halbzeug aus Zink, Blei, Zinn, Nickel und deren Legierungen** ging um zwei Prozent auf 191.000 Tonnen zurück. Dabei profitierte Halbzeug aus Zink und Zinklegierungen von der robusten Entwicklung der Bauindustrie. 2013 ließ die Dynamik der konjunkturell

nachläufigen Branche für Halbzeug aus Nickel und Nickellegierungen spürbar nach.

Die **Zinnpreise** an der LME haben im Jahresverlauf 2013 vergleichsweise nur leicht nachgegeben. Der monatliche Durchschnittspreis für Zinn sank von 17.411 Euro je Tonne im Dezember 2012 um vier Prozent auf 16.660 Euro je Tonne im Dezember 2013. Die Bestände an der LME wurden im selben Zeitraum um knapp ein Viertel auf nicht ganz 10.000 Tonnen abgebaut.

Die **Nickelnotierungen** an der LME sanken von 13.269 Euro je Tonne im Durchschnitt des Monats Dezember 2012 um 23 Prozent auf 10.151 Euro je Tonne im Dezember 2013. Die Bestände an der LME wurden im Jahresverlauf 2013 deutlich um knapp 85 Prozent auf gut 261.000 Tonnen aufgebaut.

NE-METALLGIESSEREIEN – PRODUKTIONSWACHSTUM IN 2013

Für die deutschen NE-Metallgießereien ergibt sich zum Jahresende 2013 eine überraschend deutliche positive Bilanz – bedingt durch Korrekturen von Firmenmeldungen. 2013 übertrafen sowohl die Produktion mit plus vier Prozent auf eine Million Tonnen als auch der Auftragseingang mit plus fünf Prozent auf ebenfalls gut eine Million Tonnen das Vorjahresniveau deutlich. Allerdings gibt es in der Bilanz 2013 werkstoff- und verfahrensspezifisch eine spürbar heterogene Entwicklung. Erste Signale für den Jahresstart 2014 verheißen insgesamt eine weitere Aufhellung, die nicht nur Fahrzeugbau getrieben sein sollte. Die Aluminiumgießereien registrierten mit gut 935.000 Tonnen um knapp fünf Prozent höhere Bestellungen als 2012. Die Magnesiumgießereien verbuchten eine Nachfrage in Höhe von mehr als 18.000 Tonnen, ein Minus von knapp zwei Prozent. Die Gießereien, die Kupferlegierungen verarbeiten, meldeten einen Auftragseingang von knapp 81.000 Tonnen. Dies entspricht einem Plus von etwa fünf Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die Nachfrage bei den Zinkgießereien stieg um fast sieben Prozent auf 54.000 Tonnen. Für die gesamte NE-Metallgießerei-Industrie betrug die Ausfuhr-

quote betrug 14 Prozent. Die Exporte lagen spürbar unter dem Vorjahresniveau. Der Anteil von Komponenten für den Straßenfahrzeugbau belief sich auf über 82 Prozent. Die Auftragsreserven erreichten Ende Dezember 2013 rechnerisch etwa 360.000 Tonnen. Die durchschnittliche Reichweite der Auftragsbestände, gemessen an der durchschnittlichen Monatsproduktion 2013, lag damit bei über drei Monaten. Die Kapazitätsauslastung betrug im Januar 2014 laut Ifo Institut gut 83 Prozent.

FEUERVERZINKUNGSINDUSTRIE – POSITIVER BLICK IN DIE ZUKUNFT

Die deutsche Stückverzinkungsindustrie als wichtiger Zinkanwender verzinkte im Jahr 2013 1,7 Millionen Tonnen Stahl und unterschritt damit das Vorjahresergebnis um 8,5 Prozent. Der Branchenumsatz sank im Jahr 2013 um knapp sieben Prozent auf rund 560 Millionen Euro. Die deutsche Feuerverzinkungsindustrie beschäftigte im Jahr 2013 mehr als 4.800 Mitarbeiter in gut 160 Verzinkereien. Die Erwartungen der Stückverzinker an das Jahr 2014 sind durchweg positiv, und die Branche geht davon aus, wieder auf den Wachstumspfad zurückzukehren. So gehen die aktuellen Prognosen der deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute für das Jahr 2014 von Zuwächsen im Bereich der Ausrüstungs- und Bauinvestitionen aus. Die Feuerverzinkungsindustrie hofft darauf, hiervon zu profitieren, und rechnet für 2014 wieder mit deutlichen Mengensteigerungen. Weitere Wachstumsimpulse werden im Rahmen des Ausbaus der Stromnetze erwartet.

AUFTEILUNG TONNAGEMENGE FEUERVERZINKUNGSINDUSTRIE

BAUWESEN	51 Prozent
INDUSTRIEAUSRÜSTUNGEN	12 Prozent
TRANSPORTWESEN/FAHRZEUGBAU	12 Prozent
GARTENBAU/LANDWIRTSCHAFT	6 Prozent
STRASSEN AUSSTATTUNG	7 Prozent
VER-/ENTSORGUNG	4 Prozent
SONSTIGE	8 Prozent



AUTOR

Oliver Eisenberg erstellt Konjunktur- und Quartalsberichte für die WVM. Sie erreichen ihn unter eisenberg@GDB-online.org

04

STATISTIK

109 Kennzahlen

110 Produktion nach Metallen

111 Produktion nach Produktionsstufen

112 Recycling

112 Energie

114 Außenhandel

116 Preise

120 Produktion und Verwendung nach Regionen

122 Verwendung nach Sektoren

DIE DEUTSCHE NE-METALLINDUSTRIE IN ZAHLEN

Tabelle 1

KENNZAHLEN DER DEUTSCHEN NE-METALLINDUSTRIE

	2012	2013	+/- (%)
BESCHÄFTIGTE Anzahl			
Erzeugung und erste Bearbeitung	57.285	57.265	0,0
Guss	31.490	31.837	1,1
Aluminiumweiterverarbeitung	15.200	15.200	0,0
Feuerverzinkungsindustrie	4.800	4.800	0,0
GESAMT	108.775	109.102	0,3
PRODUKTION 1.000 t			
Erzeugung	2.412	2.421	0,4
Halbzeug (erste Bearbeitung)	4.105	4.217	2,7
Guss	988	1.023	3,5
Aluminiumweiterverarbeitung	343	334	-2,6
GESAMT	7.848	7.995	1,9
AUSSENHANDEL 1.000 t			
EINFUHR			
Erzeugung	4.020	4.005	-0,4
Halbzeug (erste Bearbeitung)	1.681	1.574	-6,3
AUSFUHR			
Erzeugung	965	879	-8,9
Halbzeug (erste Bearbeitung)	2.420	2.493	3,0
UMSATZ Mrd. €			
Erzeugung und erste Bearbeitung	41,1	36,3	-11,7
Guss	5,6	5,7	+1,3
Aluminiumweiterverarbeitung	3,2	3,1	-1,6
Feuerverzinkungsindustrie	0,6	0,6	-6,9
GESAMT	50,5	45,6	-9,6
NE-METALLPREISE AN DER LONDON METAL EXCHANGE Jahresdurchschnitt, €/t			
Aluminium	1.569	1.397	-11,0
Kupfer	6.182	5.526	-10,6
Blei	1.603	1.614	0,7
Zink	1.514	1.435	-5,2
Zinn	16.386	16.800	2,5
Nickel	13.626	11.369	-16,6
EDELMETALLPREISE Jahresdurchschnitt, €/kg			
Gold	41.660	35.009	-16,0
Silber	782	598	-23,4
Platin	38.969	36.183	-7,1
Palladium	16.118	17.688	9,7

Zahlen gerundet; 2013 vorläufig; Quellen: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden;
NE-Metalle aktuell, MBI Martin Brückner Infosource GmbH & Co. KG (MBI), Frankfurt am Main; Metals Week; GDA, GDB, BDG.

Tabelle 2

PRODUKTION NACH METALLEN

	2012	2013	+/- (%)
	in t	in t	
NICHTEISEN-METALLE GESAMT	7.847.773	7.995.107	1,9
ALUMINIUM^{1,3}	4.646.349	4.800.243	3,3
Aluminium aus Erz	410.413	492.368	20,0
Aluminium aus Recycling	634.995	597.355	-5,9
Halbzeug aus Al und Al-Legierungen	2.406.893	2.489.289	3,4
Leitmaterial aus Al und Al-Legierungen	4.432	5.045	13,8
Aluminiumguss	846.800	882.569	4,2
Folien und dünne Bänder	280.186	271.041	-3,3
Tuben, Aerosol- und sonstige Dosen	39.839	41.976	5,4
Metallpulver	22.791	20.600	-9,6
MAGNESIUM³	16.445	16.219	-1,4
Magnesiumguss	16.445	16.219	-1,4
KUPFER^{2,3}	2.293.003	2.311.708	0,8
raffiniertes Kupfer und Kupfergusslegierungen	716.875	711.278	-0,8
Halbzeug aus Cu und Cu-Legierungen	848.291	864.562	1,9
Leitmaterial aus Cu und Cu-Legierungen	651.198	667.350	2,5
Guss aus Cu und Cu-Legierungen	76.639	68.518	-10,6
ZINK³	47.891	56.059	17,1
Guss aus Zink und Zinklegierungen	47.891	56.059	17,1
ANDERE BUNTMETALLE²	844.085	810.878	-3,9
Erzeugung von Zink, Blei, Zinn und deren Leg.	649.674	619.984	-4,6
Halbzeug aus Zink, Blei, Zinn, Nickel und deren Leg.	194.411	190.894	-1,8

Quellen:

1 Gesamtverband der Aluminiumindustrie

2 Gesamtverband der Deutschen Buntmetallindustrie

3 Bundesverband der Deutschen Gießerei-Industrie, 2013: vorläufig.

Tabelle 3

PRODUKTION NACH PRODUKTIONSSTUFEN

	2012	2013	+/- (%)
	in t	in t	
NICHTEISEN-METALLE GESAMT	7.847.773	7.995.107	1,9
ERZEUGUNG^{1,2}	2.411.957	2.420.985	0,4
Aluminium aus Erz	410.413	492.368	20,0
Aluminium aus Recycling	634.995	597.355	-5,9
ALUMINIUM GESAMT	1.045.408	1.089.723	4,2
raffiniertes Kupfer und Kupfergusslegierungen	716.875	711.278	-0,8
Zink, Blei, Zinn und deren Legierungen	649.674	619.984	-4,6
BUNTMETALLE GESAMT	1.366.549	1.331.262	-2,6
HALBZEUG^{1,2}	4.105.225	4.217.140	2,7
Al und Al-Legierungen	2.406.893	2.489.289	3,4
Al-Leitmaterial	4.432	5.045	13,8
ALUMINIUM GESAMT	2.411.325	2.494.334	3,4
Cu und Cu-Legierungen	848.291	864.562	1,9
Cu-Leitmaterial	651.198	667.350	2,5
KUPFER GESAMT	1.499.489	1.531.912	2,2
ANDERE BUNTMETALLE	194.411	190.894	-1,8
BUNTMETALLE GESAMT	1.693.900	1.722.806	1,7
GUSS³	987.775	1.023.365	3,6
Aluminium	846.800	882.569	4,2
Magnesium	16.445	16.219	-1,4
LEICHTMETALLGUSS GESAMT	863.245	898.788	4,1
Kupfer und Kupferlegierungen	76.639	68.518	-10,6
Zink und Zinklegierungen	47.891	56.059	17,1
BUNTMETALLGUSS GESAMT	124.530	124.577	0,0
ALUMINIUMWEITERVERARBEITUNG¹	342.816	333.617	-2,7
FOLIEN UND DÜNNE BÄNDER	280.186	271.041	-3,3
TUBEN, AEROSOL- UND SONSTIGE DOSEN	39.839	41.976	5,4
METALLPULVER	22.791	20.600	-9,6

Quellen:

1 Gesamtverband der Aluminiumindustrie.

2 Gesamtverband der Deutschen Buntmetallindustrie.

3 Bundesverband der Deutschen Gießerei-Industrie, 2013: vorläufig.

Grafik 4

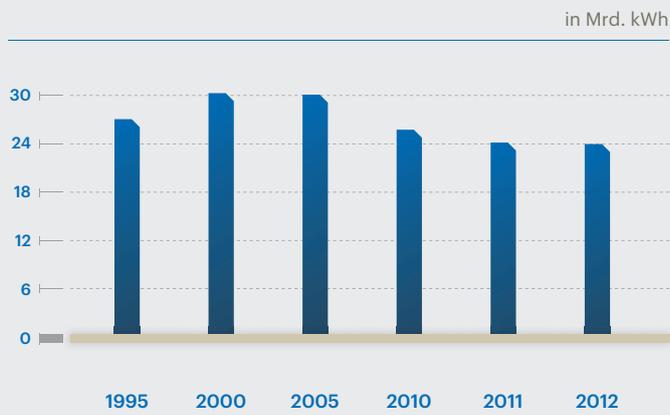
RECYCLING-ANTEIL AN DER NICHEISEN-METALLPRODUKTION



Quellen: GDA, GDB; ab 2009 geänderte Datengrundlage

Grafik 5

NE-METALLINDUSTRIE: ENERGIEEINSATZ



Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Tabelle 6

NE-METALLINDUSTRIE*: ENERGIEEINSATZ

in Mio. kWh

	1995	2000	2005	2010	2011	2012	12/11 (%)
ENERGIEART							
Strom	15.555	17.418	17.911	13.656	13.265	12.756	-4
Gas	7.987	10.312	9.780	8.992	8.821	8.757	-1
Mineralölprodukte	1.394	1.246	2.485	2.277	1.337	1.772	33
Steinkohle	1.727	1.179	0	312	361	428	19
Braunkohle	505	263	0	82	112	97	-13
Fernwärme	0	0	87	178	108	135	25
keine Angaben**	0	0	0	283	147	113	-23
SUMME	27.168	30.418	30.263	25.780	24.151	24.058	0

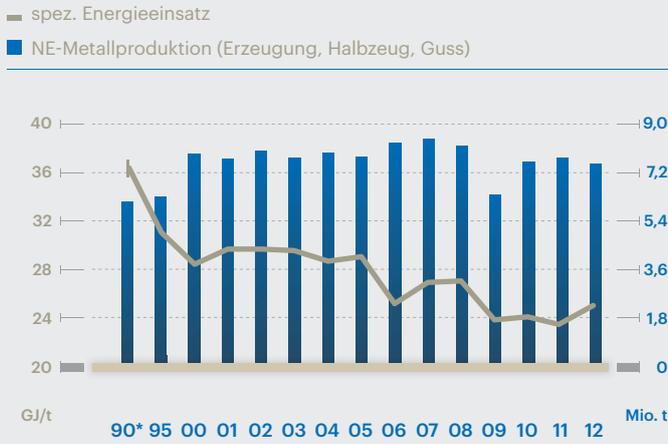
* Erzeugung und erste Bearbeitung, Guss;

** Statistische Geheimhaltung.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

Grafik 7

ENERGIEEFFIZIENZ IN DER PRODUKTION



- kontinuierliche Senkung des spezifischen Energieeinsatzes seit 1990
- wachsendes Gewicht von Metallbearbeitung und Recycling

Quellen: RWI-Monitoring-Berichte; eigene Erhebungen

Tabelle 8

CO₂-EMISSIONEN: DIREKT + INDIREKT

	Spezifischer Energieeinsatz GJ/t	Minderung spez. Energieeinsatz %	CO ₂ -Emissionen Mio. t	Spezifische CO ₂ -Emissionen kg CO ₂ /t	Minderung spez. CO ₂ -Emissionen %	NE-Metallproduktion Mio. t
90*	36,6		14,6	2.378		6,138
95	31,1	15,0	12,9	2.005	15,7	6,317
00	28,4	22,3	14,3	1.816	23,6	7,878
01	29,6	19,0	14,6	1.893	20,4	7,693
02	29,6	19,0	14,5	1.892	20,4	7,991
03	29,5	19,4	14,3	1.868	21,5	7,737
04	28,6	21,7	14,4	1.814	23,7	7,930
05	29,0	20,6	14,3	1.834	22,9	7,797
06	25,1	31,5	13,1	1.583	33,4	8,292
07	26,9	26,4	14,4	1.701	28,5	8,441
08	27,0	26,2	14,0	1.709	28,1	8,206
09	23,8	35,0	9,0	1.420	40,3	6,370
10	24,0	34,4	10,9	1.430	39,9	7,614
11	23,5	35,7	10,8	1.398	41,2	7,741
12	25,0	31,8	11,0	1.483	37,6	7,505

* Referenzjahr ist 1990

Quelle: RWI-Monitoring-Berichte

Tabelle 9

AUSSENHANDEL DER DEUTSCHEN NE-METALLINDUSTRIE

	2012	2013*	+/- (%)
	in t	in t	
ALUMINIUM			
EINFUHR			
Bauxit	2.776.158	2.409.434	-13,2
nicht legiert	740.858	752.371	1,6
legiert	1.782.984	1.751.065	-1,8
Bearbeitungsreststoffe	128.946	146.937	14,0
Schrott	448.169	409.736	-8,6
Halbzeug	1.317.460	1.235.248	-6,2
AUSFUHR			
nicht legiert	42.649	40.764	-4,4
legiert	362.167	379.501	4,8
Bearbeitungsreststoffe	174.579	226.840	29,9
Schrott	801.835	700.399	-12,7
Halbzeug	1.487.745	1.538.275	3,4
KUPFER			
EINFUHR			
Kupfererze u. -konzentrate	1.244.278	1.013.433	-18,6
zum Raffinieren	55.180	112.877	104,6
raffiniert	706.250	679.650	-3,8
legiert	37.607	38.939	3,5
Schrott	660.867	612.794	-7,3
Halbzeug	275.963	260.692	-5,5
AUSFUHR			
raffiniert	278.033	223.772	-19,5
legiert	14.633	14.395	-1,6
Schrott	592.067	510.199	-13,8
Halbzeug	880.562	904.045	2,7
BLEI			
EINFUHR			
Bleierze u. -konzentrate	228.444	258.922	13,3
zum Raffinieren	60.000	49.172	-18,0
raffiniert	86.424	98.766	14,3
Schrott	28.071	27.877	-0,7
Halbzeug	5.938	3.064	-48,4
AUSFUHR			
zum Raffinieren	32.219	26.215	-18,6
raffiniert	146.436	113.150	-22,7
Schrott	8.004	12.737	59,1
Halbzeug	19.927	20.204	1,4

*vorläufige Zahlen

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

Tabelle 10

AUSSENHANDEL DER DEUTSCHEN NE-METALLINDUSTRIE

	2012	2013*	
	in t	in t	+/- (%)
ZINK			
EINFUHR			
Zinkerze u. -konzentrate	324.954	292.037	-10,1
Fein- und Feinstzink	316.102	311.233	-1,5
Hüttenzink	50.342	59.683	18,6
legiert	65.035	63.735	-2,0
Schrott	25.736	20.350	-20,9
Halbzeug	66.140	61.501	-7,0
AUSFUHR			
Fein- und Feinstzink	26.934	19.985	-25,8
Hüttenzink	31.010	33.042	6,6
legiert	30.781	27.979	-9,1
Schrott	73.263	52.721	-28,0
NICKEL			
EINFUHR			
nicht legiert	73.771	64.617	-12,4
legiert	29.066	7.498	-74,2
Schrott	14.208	9.779	-31,2
Halbzeug	14.431	13.131	-9,0
AUSFUHR			
Halbzeug	30.031	28.445	-5,3
ZINN			
EINFUHR			
nicht legiert	18.865	19.214	1,8
legiert	196	141	-28,2
Schrott	465	881	89,2
Halbzeug	944	847	-10,3
AUSFUHR			
Halbzeug	1.809	1.572	-13,1
MAGNESIUM			
EINFUHR			
in Rohform	35.208	34.497	-2,0
Schrott	4.225	3.771	-10,8

* vorläufige Zahlen

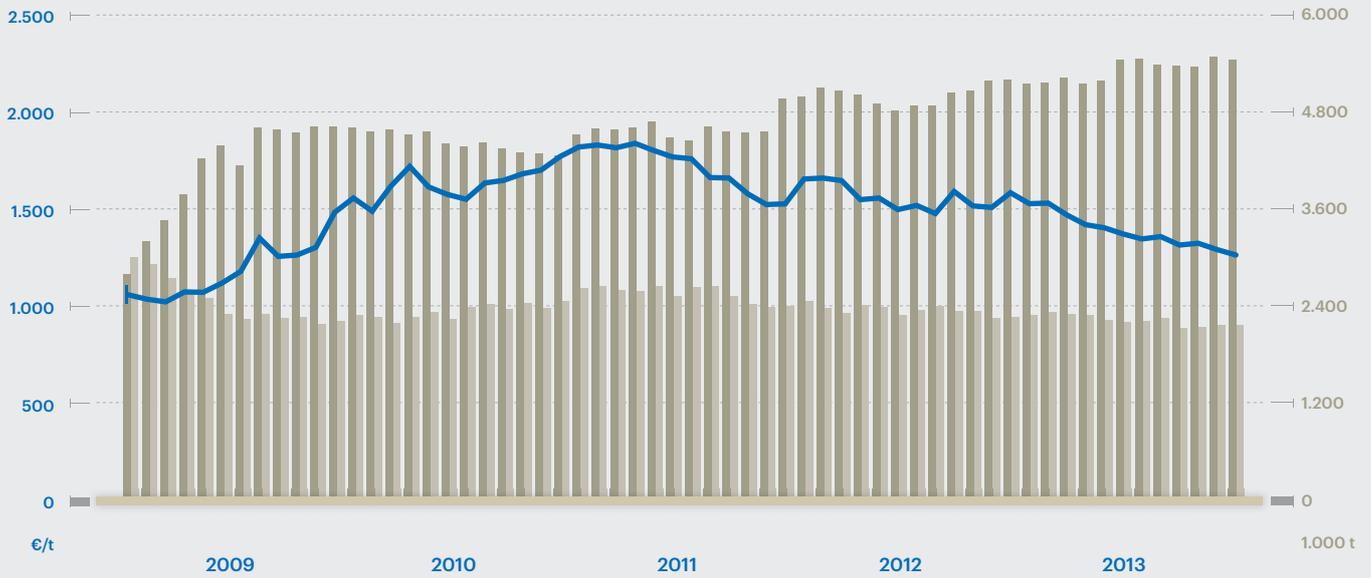
Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

Grafik 11

ALUMINIUM

■ LME-Kassa ■ LME-Bestände ■ IPAI*-Bestände

Monatsdurchschnitte Januar 2009 bis Dezember 2013



*International Primary Aluminum Institute

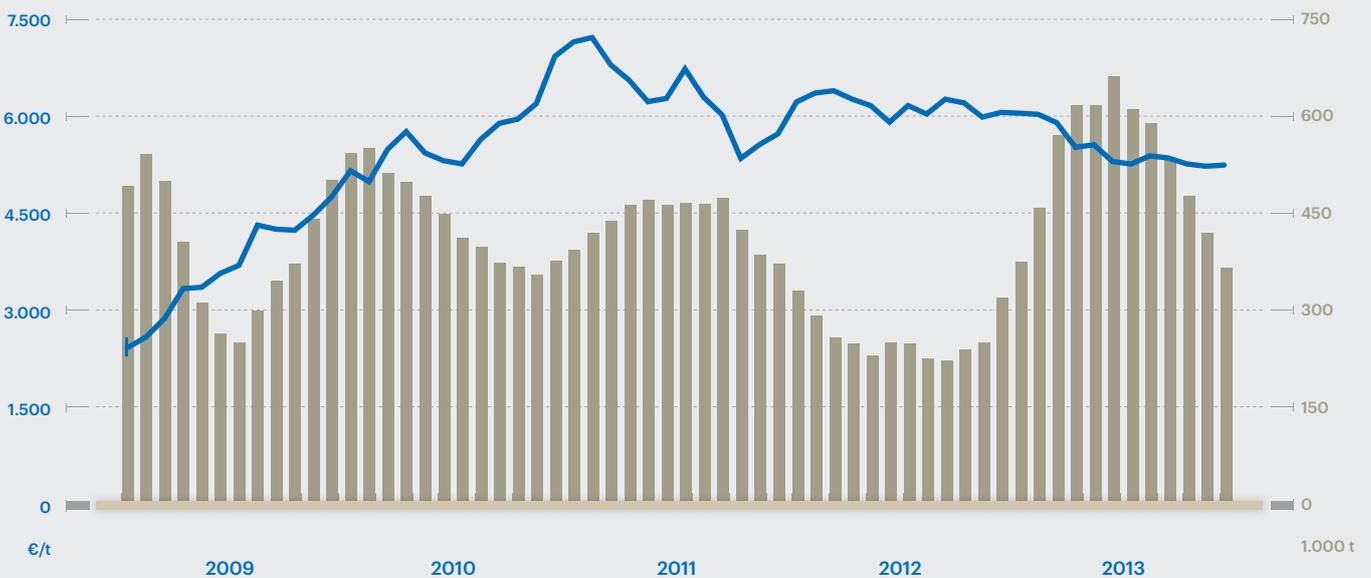
Quelle: London Metal Exchange

Grafik 12

KUPFER

■ LME-Kassa ■ LME-Bestände

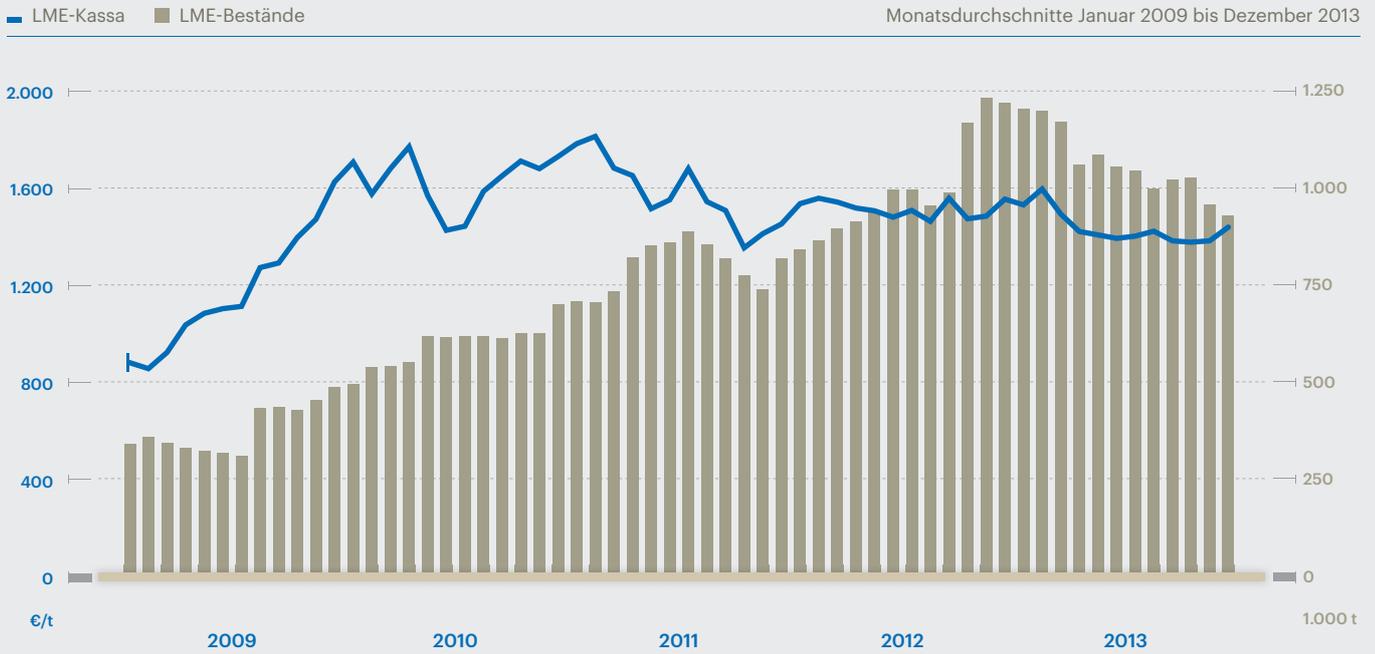
Monatsdurchschnitte Januar 2009 bis Dezember 2013



Quelle: London Metal Exchange

Grafik 13

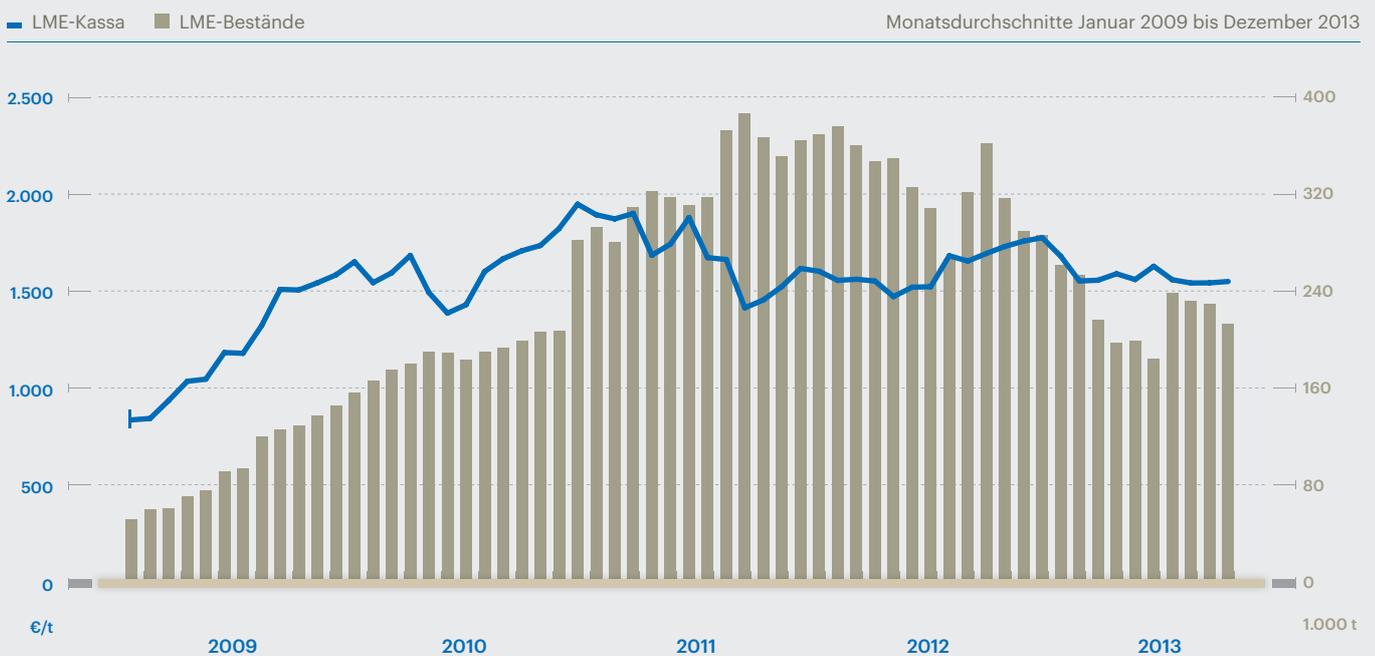
ZINK



Quelle: London Metal Exchange

Grafik 14

BLEI



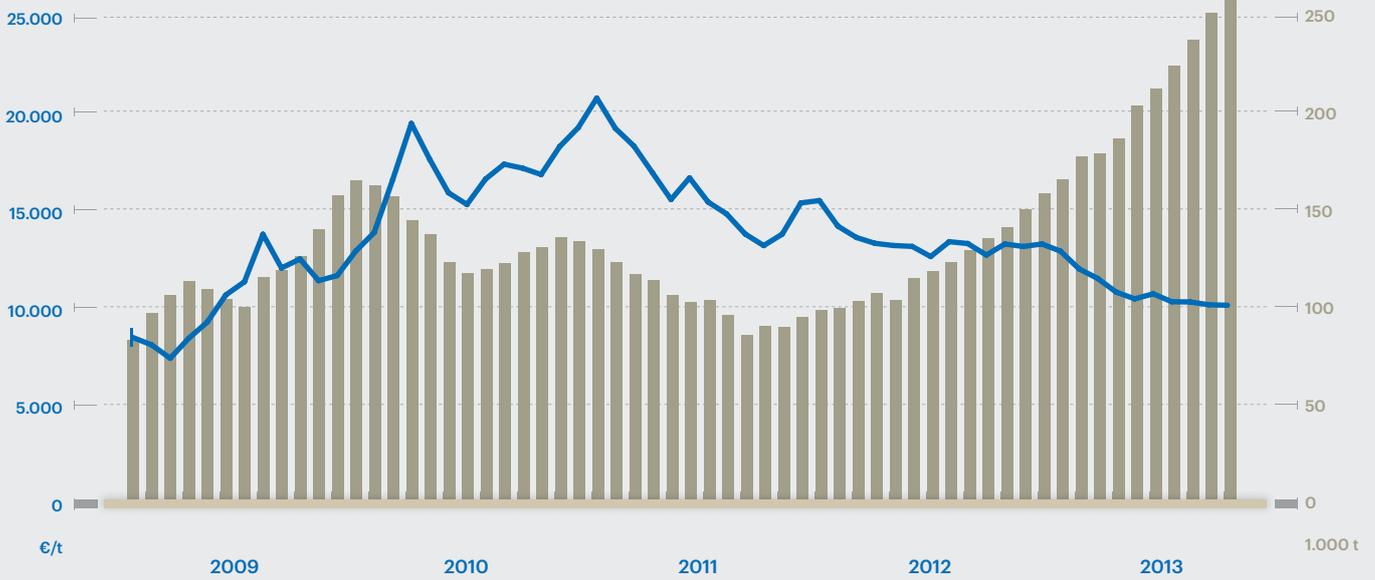
Quelle: London Metal Exchange

Grafik 15

NICKEL

— LME-Kassa ■ LME-Bestände

Monatsdurchschnitte Januar 2009 bis Dezember 2013



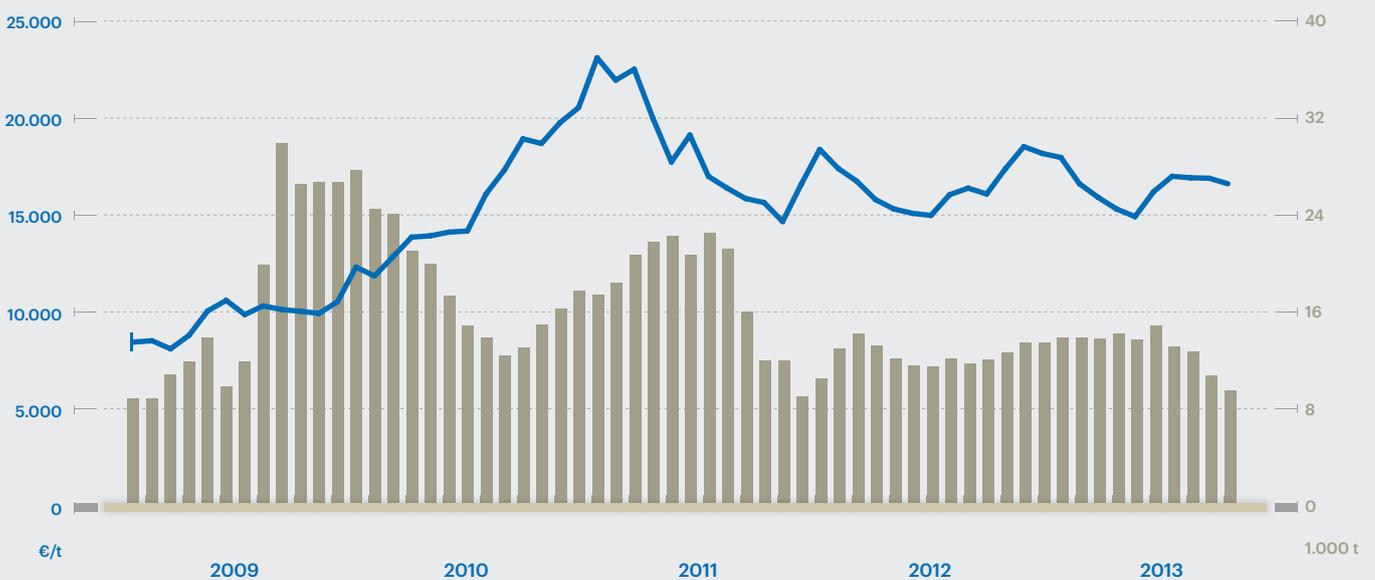
Quelle: London Metal Exchange

Grafik 16

ZINN

— LME-Kassa ■ LME-Bestände

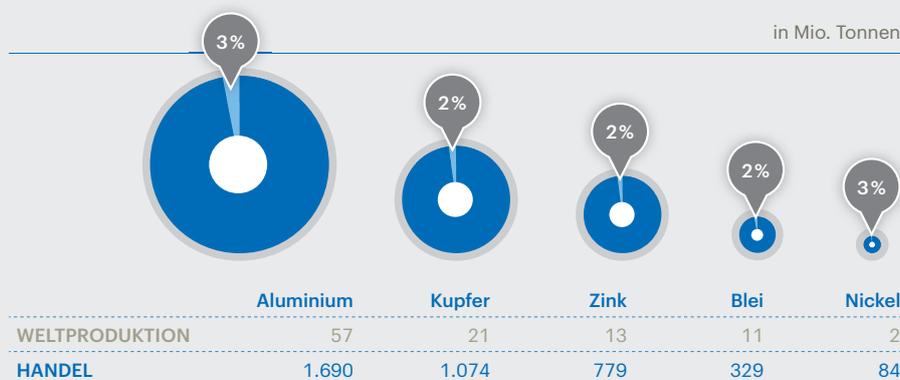
Monatsdurchschnitte Januar 2009 bis Dezember 2013



Quelle: London Metal Exchange

Grafik 17

ANTEIL DER WELTPRODUKTION VERSCHIEDENER METALLE AN DEN LME-BÖRSENUMSÄTZEN IM JAHR 2013*



*Produktion aller Metalle aus primären und sekundären Rohstoffen;

Quellen: raffiniertes Aluminium, World Metal Statistics, World Bureau of Metal Statistics, Ware, Großbritannien; raffiniertes Kupfer, International Copper Study Group, Lissabon, Portugal; Zinkblöcke, International Lead and Zinc Study Group, Lissabon, Portugal; London Metal Exchange, London; eigene Berechnungen; Stand: 7. März 2014.

Grafik 18

Globale Produktion der wichtigsten NE-Metalle im Jahr 2013

(in Millionen Tonnen)

	2012	2013	+/- (%)
ALUMINIUM	55,4	57,2	3,3
KUPFER	20,1	21,0	4,4
ZINK	12,5	13,1	4,8
BLEI	10,2	10,6	3,9
NICKEL	1,9	2,0	5,3

Produktion aller Metalle aus primären und sekundären Rohstoffen;

Quellen: raffiniertes Aluminium, World Metal Statistics, World Bureau of Metal Statistics, Ware, Großbritannien; raffiniertes Kupfer, International Copper Study Group, Lissabon, Portugal; Zinkblöcke und raffiniertes Blei, International Lead and Zinc Study Group, Lissabon, Portugal; raffiniertes Nickel, International Nickel Study Group, Lissabon, Portugal; eigene Berechnungen; Stand: 7. März 2014.

Grafik 19

ALUMINIUM-PRODUKTION UND -VERWENDUNG NACH REGIONEN

1.000 Tonnen

		2012	2013	+/- (%)
EUROPA*	Produktion	10.854	10.725	-1,2
	Verwendung	7.949	7.727	-2,8
USA	Produktion	5.501	5.548	0,9
	Verwendung	4.845	4.678	-3,4
CHINA	Produktion	21.455	23.234	8,3
	Verwendung	20.275	21.955	8,3
WELT	Produktion	55.350	75.178	3,3
	Verwendung	45.534	46.441	2,0

*einschließlich Russland; Raffiniertes Aluminium;

Quelle: World Metal Statistics, World Bureau of Metal Statistics, Ware, Großbritannien, 7. März 2014.

Grafik 20

KUPFER-PRODUKTION UND -VERWENDUNG NACH REGIONEN

1.000 Tonnen

		2012	2013	+/- (%)
EU 28	Produktion	2.742	2.662	-2,9
	Verwendung	3.068	3.036	-1,0
USA	Produktion	1.001	1.036	+3,5
	Verwendung	1.760	1.848*	+5,0
CHINA	Produktion	5.825	6.500	+11,6
	Verwendung	8.845	9.375*	+6,0
WELT	Produktion	20.127	21.006	+4,4
	Verwendung	20.393	21.198	+3,9

Raffiniertes Kupfer;

Quelle: International Copper Study Group, Lissabon, Portugal, 7. März 2014;

*Schätzung auf Basis 1-11/2013.

Grafik 21

**ZINK-PRODUKTION UND -VERWENDUNG
NACH REGIONEN**

1.000 Tonnen

		2012	2013	+/- (%)
EUROPA*	Produktion	2.412	2.405	-0,3
	Verwendung	2.355	2.366	0,5
USA	Produktion	265	236	-10,9
	Verwendung	904	946	4,6
CHINA	Produktion	4.771	5.302	11,1
	Verwendung	5.233	5.950	13,7
WELT	Produktion	12.526	13.138	4,9
	Verwendung	12.290	13.198	7,4

*einschl. Russland; Raffiniertes Zink;

Quelle: International Lead and Zinc Study Group , Lissabon, Portugal, 7. März 2014.

Grafik 22

**BLEI-PRODUKTION UND -VERWENDUNG
NACH REGIONEN**

1.000 Tonnen

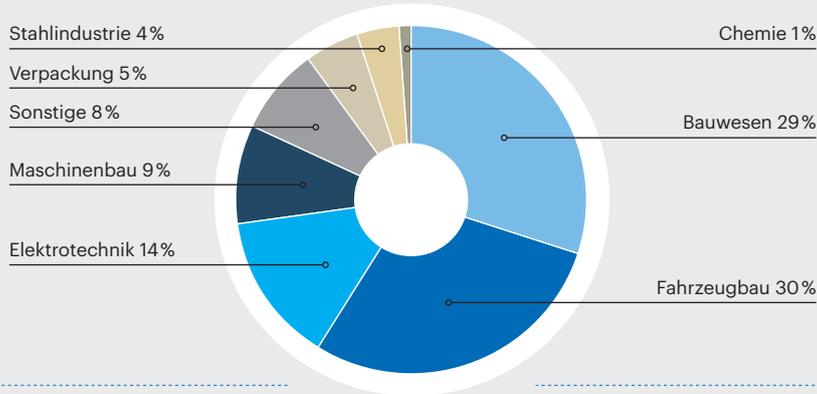
		2012	2013	+/- (%)
EUROPA*	Produktion	1.779	1.831	2,9
	Verwendung	1.622	1.678	3,5
USA	Produktion	1.221	1.282	5,0
	Verwendung	1.499	1.739	16,0
CHINA	Produktion	4.262	4.475	5,0
	Verwendung	4.245	4.452	4,9
WELT	Produktion	10.212	10.593	3,7
	Verwendung	10.154	10.615	4,5

*einschl. Russland; Raffiniertes Blei;

Quelle: International Lead and Zinc Study Group , Lissabon, Portugal, 7. März 2014.

Grafik 23

VERWENDUNGSGEBIETE: NE-METALLE*

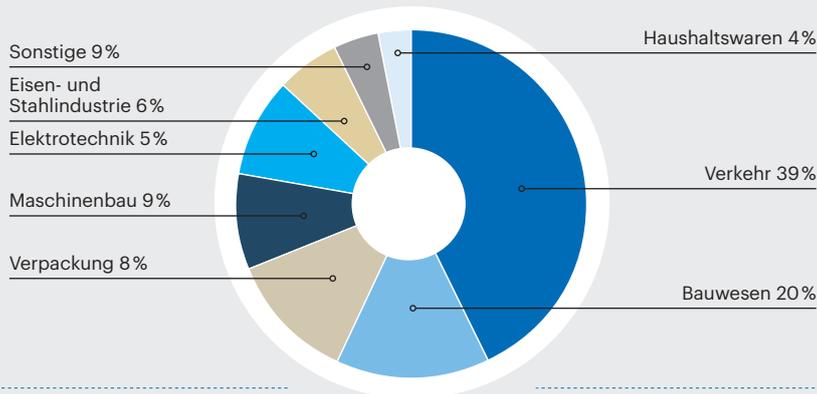


NE*

Quellen: GDA, GDB, ILZSG, WBMS

Grafik 24

VERWENDUNGSGEBIETE: ALUMINIUM

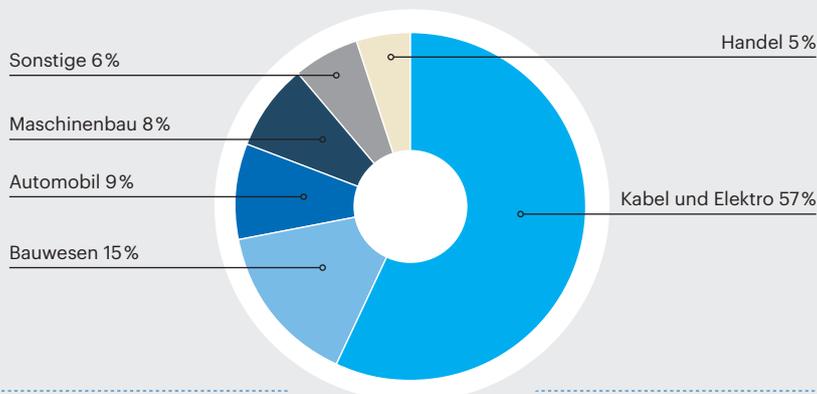


Al

Quelle: GDA

Grafik 25

VERWENDUNGSGEBIETE: KUPFER

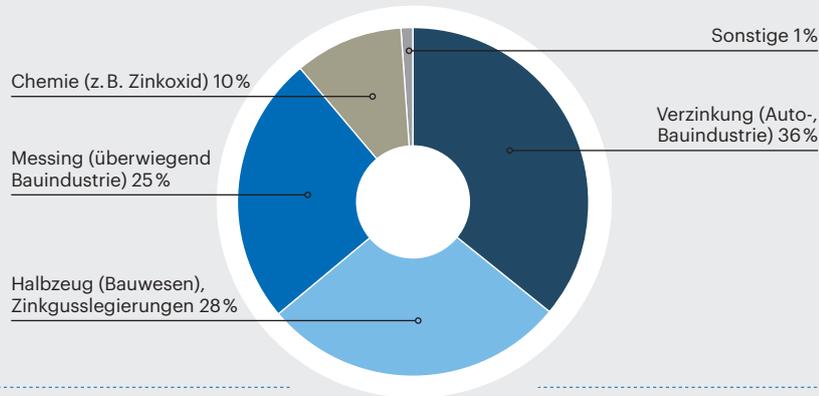


Cu

Quellen: GDB, IWCC

Grafik 26

VERWENDUNGSGEBIETE: ZINK

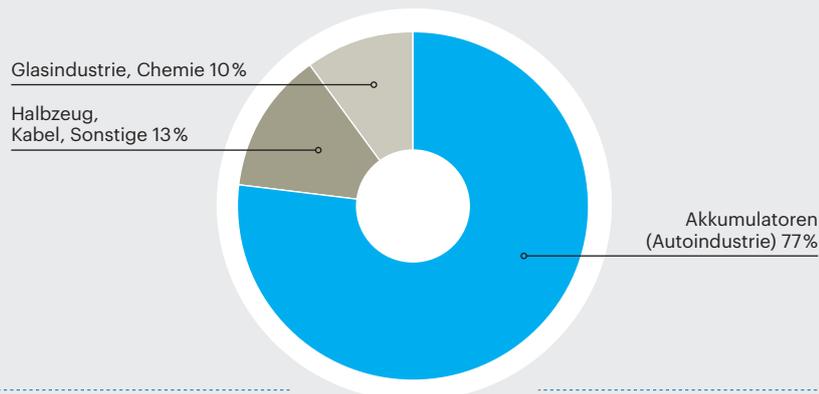


Zn

Quellen: GDB, ILZSG

Grafik 27

VERWENDUNGSGEBIETE: BLEI

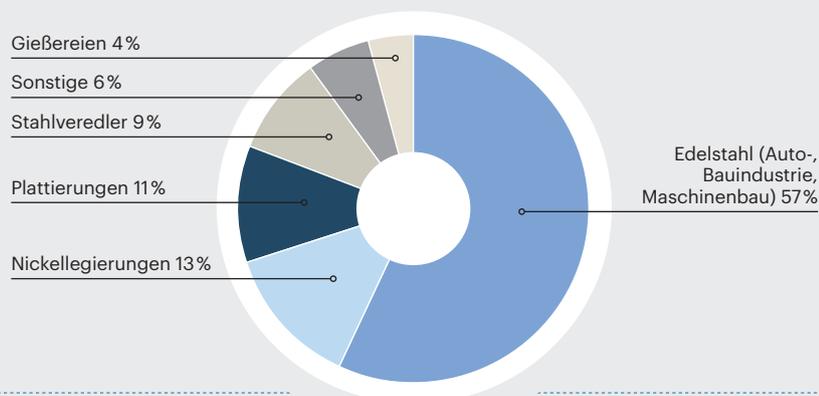


Pb

Quellen: GDB, ILZSG

Grafik 28

VERWENDUNGSGEBIETE: NICKEL



Ni

Quellen: GDB, WBMS

**WIR – DAS TEAM FÜR DIE NICHEISEN-METALLINDUSTRIE.
DIE WIRTSCHAFTSVEREINIGUNG METALLE.**

NE-Metalle
sind modernes
Leben

Das Industrieland
Deutschland stärken





PRÄSIDIUM

Oliver Bell

Hydro Aluminium Rolled Products GmbH,
Grevenbroich
Präsident

Friedrich W. R. Brökelmann

F. W. Brökelmann Aluminiumwerk
GmbH + Co. KG, Ense-Höingen
Vizepräsident

Harald Kroener

Wieland-Werke AG, Ulm
Vizepräsident

Rupprecht Kemper

Gebr. Kemper GmbH + Co. KG, Olpe
Schatzmeister

Dr.-Ing. Erwin Flender

Magma Gießereitechnologie GmbH,
Aachen

Ulrich Grillo

Grillo-Werke AG,
Duisburg

Roland Leder

Aleris Rolled Products Germany GmbH,
Koblenz

Egon Mackowiak

KME Germany GmbH & Co. KG,
Osnabrück

Dr.-Ing. Hinrich Mählmann

OTTO FUCHS KG,
Meinerzhagen

Paul Niederstein

The Coatinc Company Holding GmbH,
Bochum

Prof. Dr. Heiner Otten

Diehl Metall Stiftung & Co. KG,
Röthenbach

Heinz-Peter Schlüter

TRIMET Aluminium SE,
Essen

Peter Willbrandt

Aurubis AG,
Hamburg

GESCHÄFTSFÜHRUNG

Martin Kneer

Hauptgeschäftsführer
(030) 72 62 07-115
kneer@wvmetalle.de

Franziska Erdle

Geschäftsführerin
(030) 72 62 07-107
erdle@wvmetalle.de

Dr. Matthias Simon (GDB)

Geschäftsführer
(030) 72 62 07-119
simon@GDB-online.de

Christian Wellner (GDA)

Geschäftsführer
(0211) 47 96-162
christian.wellner@aluinfor.de

ANSPRECHPARTNERINNEN UND ANSPRECHPARTNER

Sarah Bäumchen

(030) 72 62 07-122
baeumchen@wvmetalle.de
Energie- und Klimapolitik

Rainer Buchholz

(030) 72 62 07-120
buchholz@wvmetalle.de
Kreislaufwirtschaft, Abfallpolitik, Nachhaltigkeit, Produktpolitik, Initiative Zink

Martin Brüning

(030) 72 62 07-111
bruening@wvmetalle.de
Kommunikation, Projektmanagement

Patricia Dichtl

(030) 72 62 07-121
dichtl@metalleproklima.de
Projektreferentin Unternehmensinitiative
„Metalle pro Klima“

Melanie Dillenberg

(030) 72 62 07-102
dillenberg@metalleproklima.de
Projektreferentin Unternehmensinitiative
„Metalle pro Klima“

Oliver Eisenberg

(030) 72 62 07-167
eisenberg@GDB-online.org
Konjunktur, Quartalsberichte, Betriebswirtschaftlicher Ausschuss

Franziska Erdle

(030) 72 62 07-107
erdle@wvmetalle.de
Geschäftsführerin, Strategische Rohstoffpolitik, Außenwirtschaftspolitik, Mittelstandspolitik, Nationale Forschungspolitik, Zulieferfragen

Martin Kneer

(030) 72 62 07-115
kneer@wvmetalle.de
Hauptgeschäftsführer

Rolf Kuby

+32 (2) 5 02 19 88
kuby@wvmetalle.de
Leiter Europabüro, EU-Industriepolitik,
Koordination EUROMETAUX-WVM,
Internationale Forschungspolitik

Dr. Michael Niese

(030) 72 62 07-182
niese@wvmetalle.de
Energie, Klimapolitik, Verkehrspolitik

Daniel Quantz

(030) 72 62 07-181
quantz@wvmetalle.de
Boden, Wasser, Luft, Immissionsschutz,
allgemeines Umweltrecht

Monika Setzermann

(030) 72 62 07-177
setzermann@wvmetalle.de
Steuern, Finanzen, Controlling, Organisation

Dorothea Steiger

(030) 72 62 07-138
steiger@wvmetalle.de
EU-Stoffpolitik / REACH, Konsortialmanagement

Dr. Martin Wieske

(030) 72 62 07-106
wieske@wvmetalle.de
Arbeits- und Gesundheitsschutz, Gefahrstoffrecht,
Unfallgeschehen

WWW.WVMETALLE.DE

Das digitale Angebot der Wirtschaftsvereinigung Metalle

Der Dachverband der Nichteisen-Metallindustrie informiert aktuell und umfassend aus der täglichen Arbeit. Neben Presseinformationen, Bildmaterial, Zahlen und Fakten sind vielfältige Publikationen über die Wirtschaftsbranche abrufbar. Für Mitgliedsunternehmen stehen im internen Bereich alle Rundschreiben und weiterführende Informationen der Fachbereiche zur Verfügung.

ANSCHRIFTEN

Wirtschaftsvereinigung Metalle

Wallstraße 58/59, 10179 Berlin

Telefon (030) 72 62 07-1 00, Fax (030) 72 62 07-1 98

Europabüro

Square Ambiorix 43, 1000 Brüssel, Belgien

Telefon +32 (2) 5 02 19 88, Fax +32 (2) 5 03 35 74

info@wvmetalle.de

www.wvmetalle.de

Metalle pro Klima

Wallstraße 58/59, 10179 Berlin

Telefon (030) 72 62 07-1 02, Fax (030) 72 62 07-1 98

info@metalleproklima.de

www.metalleproklima.de

MITGLIEDSCHAFTEN UND KOOPERATIONEN

Mitglied im Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und im Dachverband der Metallindustrie Europas EUROMETAUX (EM). Kooperation im Zusammenschluss der Energieintensiven Industrien Deutschlands (EID).

IMPRESSUM

Herausgeber:

Martin Kneer, Hauptgeschäftsführer

Wirtschaftsvereinigung Metalle, Berlin

Redaktion:

Wieland Kramer, Wuppertal

Stand: Mai 2014

Konzeption & Gestaltung:

KDI Designagentur, Köln

Druck:

DCM, Druck Center Meckenheim

Bildnachweis:

Aluminium Norf GmbH, Neuss (52); Udo Bullmann (41); Reinhard Bütikofer (41); Laurence Chaperon Photographie, Berlin (2, 11, 19, 35, 40, 47, 51, 55, 61, 65, 72, 79, 80, 83, 124); Corbis Images & Corbis Motion, Berlin (12, 26, 27); dpa Picture-Alliance GmbH, Frankfurt/Main (12, 16); EU-Parlament, Brüssel (6, 37); firo sportphoto, Dülmen (5); iStock by Getty Images (44); Hydro Aluminium Rolled Products GmbH, Grevenbroich (7, 63); Johnson Controls Systems & Service GmbH, Essen (67); Alexander Graf Lambsdorff (41); Mercedes Benz, Stuttgart (48); Fred de Noyelle/Godong/Corbis (16); Herbert Reul (41); Rheinzink GmbH & Co. KG, Datteln (71); Siemens AG, München (32); shutterstock / 360b (18); shutterstock / Julio Embun (9); shutterstock / Emelyanov (1); shutterstock / Igor Plotnikov (18); shutterstock / Indeeza (20, 23, 24); shutterstock / Paul Vasarhelyi (14); shutterstock / Pavel L Photo and Video (8, 14); shutterstock / Sean Pavone (13); shutterstock / T-Design (12); Philippe Veldeman (46); Voigt & Schweitzer GmbH & Co. KG, Essen (78); Wieland-Werke AG, Ulm (6, 9, 56); WVM Berlin (39, 107)

Die Nichteisen(NE)-Metallindustrie erzeugt und bearbeitet als Schlüsselindustrie Werkstoffe, die Lösungen für die Herausforderungen der Gesellschaft ermöglichen.

Lesen Sie den Geschäftsbericht und weitere Informationen online oder unterwegs.

Die Online-Version finden Sie unter www.wir-die-nichteisen-metallindustrie.de



Die App-Version finden Sie in den entsprechenden Online-Stores.

